

Zahlen und Fakten



194.000.000 €

Etat für 2021



1.545

Mitarbeiter_innen weltweit,
einschließlich der Auslandsbüros



106.333

Teilnehmende an
FES-Veranstaltungen
in Deutschland



106

Auslandsbüros



2.817

Stipendiat_innen



262

Veröffentlichungen
in Deutschland

18

Standorte
in Deutschland

303

davon ausländische
Stipendiat_innen

18.500

Digitale Publikationen



16.000

Besucher_innen im Museum
Karl-Marx-Haus in Trier



56.000 Lfm.

Archivbestand

1

Mio.

Publikationen im
Bibliotheksbestand



1.346.515

Follower der
FES-Social Media-Kanäle
weltweit

2021

JAHRESBERICHT

2022

PERSPEKTIVEN

Inhalt



VORWORT

- 05 Vorwort 08 2021 in Bildern
-

PRESSESPIEGEL

- 27 Die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
im Spiegel der Presse
-

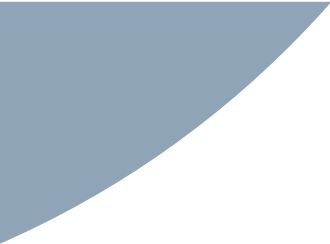
ARBEITSBEREICHE

- | | |
|------------------------------------|---|
| 38 Politische Bildung und Beratung | 49 Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. |
| 42 Internationale Arbeit | |
| 46 Wissenschaftliche Arbeit | 50 Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen |
-

PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

- 11 Corona und die Folgen
 - 13 Demokratie in Zeiten der Pandemie
 - 16 Wirtschaft und Soziales im Sog der Krise
 - 19 Souveränes Europa und Deglobalisierung
 - 23 Die internationalen Schockwellen der Krise(n)
-

ANHANG

- | | |
|--|--|
| 52 Organisationsplan | 65 Mitglieder des Kuratoriums |
| 54 Jahresabschluss zum 31.12.2020 | 65 Mitglieder des Auswahl-
ausschusses der Studienförderung |
| 60 Zum Selbstverständnis
der politischen Stiftungen | 66 Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
der Studienförderung |
| 61 Die neuen Gender-Leitlinien
der FES | 74 Anschriften |
| 62 Der Nachhaltigkeit verpflichtet | |
| 63 Mitglieder des Vorstands | |
| 64 Mitglieder des Vereins | |
-
- 76 Impressum
- 

Für Soziale Demokratie

Wer wir sind

Die 1925 gegründete Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland. Reichspräsident Friedrich Ebert gab ihr den Namen; seinem politischen Vermächtnis verdankt die Stiftung ihre Entstehung und Aufgabenstellung.

Als eine parteinahe politische Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das verbindet uns ideell mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Als gemeinnützige Einrichtung gestalten wir unsere Arbeit eigenständig und unabhängig.

Was wir anstreben

- Eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion
- eine lebendige und starke Demokratie
- eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit Guter Arbeit für alle
- einen Sozialstaat, der vorsorgend mehr Bildung und bessere Gesundheit ermöglicht, aber auch Armut bekämpft und die großen Lebensrisiken absichert
- ein Land, das in Europa und in der Welt Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt übernimmt

Was wir tun

Wir fördern und stärken die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Unsere Informations-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote motivieren und befähigen zu einem erfolgreichen politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagement. Wir verbessern die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen;
- Politikberatung: Wir entwickeln Strategien zu zentralen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sowie zu Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. An den Schnittstellen von Wissenschaft und politischer Praxis gestalten wir den öffentlichen Diskurs für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- internationale Zusammenarbeit: Mit Auslandsbüros in über 100 Ländern unterstützen wir eine Politik für friedliche Zusammenarbeit und Menschenrechte, fördern den Aufbau und die Konsolidierung demokratischer, sozialer und rechtsstaatlicher Strukturen und sind Wegbereiter für freie Gewerkschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Im europäischen Einigungsprozess engagieren wir uns intensiv für ein soziales, demokratisches und wettbewerbsfähiges Europa;
- Begabtenförderung unter besonderer Berücksichtigung von Studierenden und Promovierenden aus einkommensschwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund. Dadurch tragen wir zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie: Mit dem Archiv, unserer Bibliothek und zeitgeschichtlichen Projekten halten wir die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften lebendig und unterstützen die gesellschaftspolitische und historische Forschung.

Die FES im Jahr 2021 – Aufbruch in die neue Zeit

Wir haben die FES neu erfunden. Ein Jahr der Veränderungen liegt hinter uns, wie es die Stiftung so noch nie erlebt hat: Wir haben ein neues Leitungsteam an der Spitze der FES. Und wir haben neue Arbeitsweisen, neue Strukturen und neue Wege etabliert, die wir im Dialog mit Politik und Gesellschaft beschreiten. 2021 konnten wir die Früchte ernten, die in den Jahren zuvor gesät worden waren. Der vom Vorstand eingeleitete Prozess »FES100« hatte dazu die Weichen gestellt. Wir können daher mit Stolz sagen, dass wir nicht getrieben wurden von einer nie gekannten pandemischen Lage. Sondern wir haben beherzt die sich bietenden Chancen genutzt.

Die erste Jahreshälfte stand noch ganz im Zeichen des Lockdowns und mit strengen Kontaktbeschränkungen und Hygienebestimmungen. Die Mitarbeitenden meisterten den Arbeitsalltag mit all seinen Veränderungen vom Homeoffice aus. Nicht wenige mussten rund um Kita- und Schulschließungen im wahrsten Sinne des Wortes neue Arbeitszeitmodelle nutzen.

Die FES leitete derweil intern die größte Umstrukturierung seit Jahrzehnten ein. Allen voran fusionierten die beiden Abteilungen der politischen Bildung: Aus der Politischen Akademie und dem Politischen Dialog entstand zu Jahresbeginn die neue Abteilung Politische Bildung und Dialog. Einzelne Beratungseinheiten wurden in die ebenfalls neu entstandene Abteilung Analyse, Planung und Beratung integriert. Hier sind, nun gebündelt, die politischen Beratungseinheiten der FES versammelt, was eine straffere Arbeitsstruktur ermöglicht.

Mit Fusionsplänen befassten sich auch die beiden internationalen Abteilungen, der Internationale Dialog und die Internationale Entwicklungszusammenarbeit. Die künftige Abteilung Internationale Zusammenarbeit wird erst im Laufe des Jahres 2022 alle komplexen Prozesse des Zusammenwachsens abgeschlossen haben. In diesem Jahr wurde vorab die europäische und internationale Politikberatung im neuen Referat Globale und europäische Politik gebündelt.



Martin Schulz
Vorsitzender
der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.



Dr. Sabine Fandrych
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Die Abteilung Internationaler Dialog vollzog währenddessen einen eigenen Refomprozess: Das Referat Europäische Union/Nordamerika (ehemals Westeuropa/Nordamerika) bündelt nun die FES-Projekte zur EU sowie der G7. Das Referat Osteuropa (ehemals Mittel- und Osteuropa) konzentriert sich auf die Länder der östlichen und südöstlichen Partnerschaft sowie Zentralasien. Vier neue Themenbüros in Brüssel und Wien haben zudem in diesem Jahr die Arbeit aufgenommen. Mit diesen neuen Zuschnitten, neuen Referatsleitungen und klaren Verantwortlichkeiten wird die FES künftig in Deutschland, Europa und der Welt ihre Aufgaben noch besser erfüllen können.

Im Frühsommer, als die Corona-Lage sich entspannte und wir zur Normalität zurückkehren wollten, waren zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort Bonn plötzlich konfrontiert mit den katastrophalen Auswirkungen des Hochwassers im Ahrtal. Zahlreiche Wege und Straßen zur FES waren beschädigt oder ganz weggespült. 2021, so schien es, wollte uns testen.

Die Herausforderungen konnten den Enthusiasmus aber nicht dämpfen, den im Spätsommer der Bundestagswahlkampf auslöste. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben sich auch privat engagiert und hautnah den Wandel der Stimmung im Land miterleben können. Wir waren uns schon zu Beginn der Pandemie sicher gewesen: Die Soziale Demokratie wird auf dem Weg aus der Krise die besseren Lösungen bieten.

Angesichts der gewaltigen Zukunftsaufgaben kann nur ein handlungsfähiger Staat Gerechtigkeit organisieren. Denn wo sich der Staat zurückzieht, nimmt die Ungleichheit zu. Mehr Staat ist selbst da notwendig, wo man ihn traditionell nicht zu brauchen meinte: beim Thema Handel zum Beispiel, einer klassischen Domäne der Marktkräfte. In diesem Jahr wurde in Deutschland endlich ein Lieferkettengesetz verabschiedet, das die Unternehmen zur Wahrung menschenrechtlicher Standards verpflichtet. Wir sind stolz darauf, dass die FES mit langem Atem hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten konnte.

6

Klima, Krise, Kapital – wie wir in unserem Jahresbericht in allen Facetten beschreiben, zeigen uns die Folgen der Krisen, dass der Staat keineswegs »out« ist. Im Gegenteil. Angesichts der gewaltigen Zukunftsaufgaben kann nur ein handlungsfähiger Staat Gerechtigkeit organisieren. Die Ära der Devise »Privat vor Staat« hat abgedankt. Zu diesem Schluss kommen unsere zahlreichen wissenschaftlichen Studien. Denn Ungleichheit nimmt überall dort zu, wo sich der Staat aus der Fläche zurückzieht. So gibt es selbst in Deutschland zunehmend reiche und arme Regionen. Unsere Studien zu Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen belegen dies. Hier muss künftig staatliche Regional- und Strukturpolitik gegensteuern, wenn es gleiche Lebenschancen für alle geben soll.

In der ganzheitlichen Betrachtung, die uns bei allen Themen am Herzen liegt, erinnern wir auch daran, dass die Perspektiven vieler Menschen im Osten des Landes bisweilen andere sind als die im Westen. Ostdeutschland spielt daher eine wichtige Rolle in der Arbeit der Stiftung. Die Reflexionen über die Prozesse und den Stand der Vereinigung sind in den letzten Jahren differenzierter und wieder relevanter geworden. Fragen nach Identität und Zusammenhalt in Ost und West müssen neu verhandelt werden. Bei der FES-Veranstaltung »Mission Zukunft Ost« im brandenburgischen Ludwigsfelde stellte der damalige Vizekanzler Olaf Scholz erstmals seine Grundsätze für die Politik in und für Ostdeutschland vor. Er betonte nachdrücklich, welche Bedeutung dieser Region für die Entwicklung und Stabilität ganz Deutschlands zukommt.

Mehr Staat ist selbst da notwendig, wo man ihn traditionell nicht zu brauchen meinte: Beim Thema Handel zum Beispiel, eine klassische Domäne der Marktkräfte. Der globale Handel hat bislang nämlich nicht für globale Wohlstandsverteilung gesorgt. Im Gegenteil. Mit der Suche nach Gerechtigkeit drängt nun auch die Frage in den Vordergrund, wer sie organisiert.

Wir sind sehr stolz darauf, dass die FES mit langem Atem hier einen entscheidenden Beitrag leisten konnte. Denn in diesem Jahr wurde in Deutschland ein Lieferkettengesetz verabschiedet, das die Unternehmen zur Wahrung menschenrechtlicher Standards verpflichtet. In den letzten

fünf Jahren hatte die FES die Debatte darum beharrlich und unter manchen Widerständen vorangetrieben. Mit ihren Partnern aus Politik, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen geht es nun an die Umsetzung. Wir bleiben also dran. Denn die Länder des globalen Südens können künftig nur dann gute Partner sein, wenn beide Seiten dabei gewinnen.

Viele Bürgerinnen und Bürger machen sich zunehmend Sorgen wegen der komplexen Wechselwirkungen der privatwirtschaftlich organisierten Digitalisierung und ihrer Wirkung auf unsere Demokratien. Es ist alarmierend, dass Tech-Giganten mittels geheimer Algorithmen manipulieren können, wie wir unsere öffentlichen Debatten führen; dass Hass im Netz mit Reichweite belohnt und gefährliche Falschinformationen massenhaft verbreitet werden. Diskussionsrunden und Podien, die die 15 Landes- und 108 Auslandsbüros der FES zu diesem Thema anboten, wurden stark nachgefragt.

Dem Hass, der insbesondere politisch aktiven Frauen, Migrant_innen und Jüd_innen entgegenschlägt, muss Einhalt geboten werden. Doch wie, das wird eine zentrale Frage unserer vernetzten Demokratie werden müssen. Die FES lud daher Engagierte aus der europäischen Zivilgesellschaft, Politik, Tech-Unternehmen und Wissenschaft zur Konferenz #unboxinghatespeech ein. Außenminister Heiko Maas und Justizministerin Christine Lambrecht sowie die Generalsekretärin des Europarats diskutierten mit ihnen über Gegenstrategien zu gesellschaftlichen Angstzuständen. Rund 20.000 Zuschauende verfolgten die Live-Übertragung der Veranstaltung auf zwei TV-Kanälen.

Wir wollten wissen, wer die »Profiteure der Angst« sind und wo sie zulegen können. Dies haben wir in europäischen Ländern mit starken rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien untersucht, also in Schweden, Finnland, Italien, Frankreich, Spanien, Rumänien, Griechenland und Deutschland. Heraus kam, dass die durch schlechtes staatliches Krisenmanagement in der Coronakrise verstärkte Angst die Menschen dazu treibt, Verschwörungserzählungen und Fake News in den Sozialen Medien zu glauben. Das zeigt, dass auch bei der Art und Weise, wie wir uns in Krisen verhalten, die staatliche Rolle entscheidend ist.

Dass Demokratie kein Selbstläufer ist, haben inzwischen alle verstanden. Wie sehr zu ihrem Erhalt tatsächlich auch in Deutschland die »Mitte« gefordert ist, das zeigte unsere diesjährige Mitte-Studie, die im Juni erschien. Die Autor_innen der renommierten Studie machen aber eine zum Teil unentschlossene Haltung jener Milieus aus, die es besser wissen müssten. Dabei ist es dringend erforderlich, dass die gesellschaftliche Mitte Haltung zeigt, Position bezieht und ihre demokratischen Strukturen stärkt – wozu sie auch das Potenzial hat.

Um unsere Werte zu leben, kommt es manchmal einfach darauf an, dass wir helfen. Uns alle hatten die entsetzlichen Entwicklungen in Kabul Mitte August überrascht, wo innerhalb weniger Tage die Regierung kollabierte und die Taliban die Macht zurückeroberten. Unter Aufbietung aller Kräfte und Möglichkeiten gelang es der FES, ihre acht afghanischen Ortskräfte und deren Familien aus dem Land zu retten. Nach Wochen der Angst und Verzweiflung leben sie nun in Deutschland und erfahren tatkräftige Unterstützung durch zahlreiche ehrenamtlich tätige Kolleginnen und Kollegen. Das ist gelebte Solidarität. An dieser Stelle unsere Anerkennung und Dank an alle, die hier mitgewirkt haben.

Trotz Pandemie, internationaler Krisen und externer Konflikte – auch der Blick nach innen ist notwendig. Denn die Arbeitswelt verändert sich rasant, durch Digitalisierung, aber auch durch ein neues Verständnis des Miteinanders. Stichworte sind hier Agilität, rollenbasiertes Arbeiten und mehr selbstbestimmte Teamarbeit. Dem tragen wir mit innovativen Ansätzen in der Organisationsentwicklung Rechnung. Die Geschäftsführung hat dazu eine Steuerungsgruppe ins Leben gerufen, die die komplexen Veränderungen mit Expertise und Mut zum Experiment begleiten wird.

Wenn die Zeiten hart sind und sich vieles ändert, muss mehr miteinander gesprochen werden. Wir machen es uns daher zur Aufgabe, mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern regelmäßig im Gespräch zu sein. Dafür haben wir das neue FES-Townhall-Format etabliert. Wie in einer TV-Debatte diskutieren wir live mit allen Mitarbeitenden – von Chile bis Peking. So konnten wir uns als neue Stiftungsleitung trotz des Corona-bedingten Homeoffice im Frühsommer den Fragen der Belegschaft stellen. Und nur wenige

Tage nach der Bundestagswahl konnten wir erdumspannend und gemeinsam mit rund 400 Kolleg_innen die Lage aus verschiedenen Blickwinkeln analysieren.

Es sind solche Momente, in denen wir spüren, wie die FES von ihren engagierten und idealistischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lebt. Sie sind es, die unsere Stiftung täglich gestalten, repräsentieren, kritisieren und weiterdenken – von der Hausmeisterei bis zur Führungsetage. An dieser Stelle unsere Anerkennung und unser Dank an sie. Dank gebührt auch ein weiteres Mal unserem langjährigen Vorsitzenden Kurt Beck. Und natürlich Dr. Roland Schmidt, der die Geschäfte der FES bis zum Sommer 2021 führte. Gemeinsam steuerten sie das FES-Schiff durch Wellen und Stürme und bereiteten unsere Stiftung auf die neue Ära vor.

Mit großem Respekt vor der Aufgabe haben wir von ihnen in diesem Jahr das Steuerrad übernommen. Gemeinsam halten wir nun Kurs auf die neue Zeit, die uns allen noch manches abverlangen wird. Wir sind bestens vorbereitet und voller Ideen für eine innovative und menschliche Soziale Demokratie.

Ihr

Martin Schulz

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

und Ihre

Dr. Sabine Fandrych

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Berlin/Bonn im Mai 2022

2021 in Bildern





PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

Ohne Zweifel hat COVID-19 unsere Gesellschaft verändert. Anzeichen sind die wachsende Ungleichheit, die erschreckende Popularität von Verschwörungsmythen und populistischen Politikangeboten und die augenscheinliche Schwäche der internationalen Ordnung. All dies gab es bereits vor der Corona-Krise, doch hat sie die gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Probleme weltweit noch deutlicher zutage treten lassen. Ob Politik und Gesellschaft das Momentum nutzen werden, um gegenzusteuern, muss sich noch zeigen.

Soziale Verwerfungen und Verlierer der Krise

Globale Krisen wie die Corona-Pandemie treffen alle – aber nicht alle im selben Maß. Die Opfer sind weltweit in erster Linie Arme und Angehörige ethnischer Minderheiten, die von Gesundheitssystemen und sozialen Basisdiensten ausgeschlossen sind. Selbst innerhalb eines reichen Landes wie Deutschland verstärkt die Pandemie Ungleichheiten. Alleinerziehende, Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund sind überproportional betroffen. Viele Berufe, die für das Funktionieren unserer Gesellschaft wichtig sind, erfahren zu wenig Wertschätzung. Die Arbeitsbedingungen der Altenpflegekräfte in neun EU-Ländern beleuchtet die FES-Studie »An der Corona-Front«, die im September vorgestellt wurde.

Lange Zeit wurde kaum gesehen, welche Opfer junge Erwachsene während der Corona-Krise zu erbringen hatten. Studierende mussten ihre Studienpläne kurzfristig ändern, Praktika und Auslandsaufenthalte entfielen. Vielen fehlte die Ausrüstung für die Teilnahme an digitalen Lehrveranstaltungen. Auf diese Herausforderungen reagierte die Abteilung Studienförderung der FES mit großem Engagement und umsichtiger Unterstützung der Stipendiatinnen und Stipendiaten.

In der dreiteiligen Videoreihe »Und dann kam Corona« richtete das FES-Debattenportal sagwas den Blick beispielhaft auf drei junge Frauen. Die Web-Videos sind ein eindrucksvolles Plädoyer dafür, auch die Bedürfnisse junger Menschen ernst zu nehmen. Das Format »Ungehört! Junge Anliegen an die Politik in der Corona-Pandemie« brachte Jugendvertreter_innen aus Schule, Gewerkschaft und Verbänden mit politischen Verantwortlichen zusammen. Die Forderungen der Teilnehmenden nach einer jugendgerechten Krisenpolitik wurden im Juni in einem Policy Paper veröffentlicht.



Um aufzuzeigen, welche Chancen die Pandemie bei allem Schrecken auch bietet, veröffentlichte die FES im Dietz-Verlag die Reihe »Rausgeblickt: Perspektiven für eine Welt nach Corona«. Darin beantworten Autor_innen wie die Transformationsforscherin Maja Göpel oder der Ökonom Thomas Piketty die Frage, wie wir unsere Demokratien zukünftig gerechter und solidarischer gestalten können.

Beschleunigte Digitalisierung

Die Pandemie beschleunigt die Digitalisierung insbesondere in der Arbeitswelt. Das Homeoffice als Arbeitsform wird sich in vielen Berufen etablieren. Videokonferenzen werden manche Geschäftsreise unnötig machen. Expert_innen erwarten 18 Prozent weniger Verkehrsaufkommen, wenn Beschäftigte an zwei oder drei Tagen in der Woche im Homeoffice arbeiten.

Schul- und Kita-Schließungen während der Pandemie führten dazu, dass die Fürsorge- und Erziehungsarbeit vor allem wieder von Frauen geschultert wurde.



Natürlich hat die Digitalisierung auch Schattenseiten. Im Homeoffice besteht die Gefahr, dass sich das Privatleben noch schwerer vom Arbeitsleben abgrenzen lässt. Außerdem hat die zunehmende Durchdringung des Arbeitsplatzes mit digitalen Werkzeugen zur Folge, dass Beschäftigte stärker überwacht werden. Um dem zu begegnen, unterstützte die FES Gewerkschaftsnetzwerke in transnationalen Unternehmen bei der Ausgestaltung von Tarifverträgen, die den Einsatz von künstlicher Intelligenz regulieren.

Während die Digitalisierung in den Schulen kaum vorankommt, eröffnet sie der politischen Bildung neue Wege. Darüber diskutierten im Dezember 100 Teilnehmende der virtuellen Fachtagung »Innovativ, informativ, interaktiv – Digitale Politische Bildung, die Menschen erreicht«.

Antifeminismus und Retraditionalisierung

Unter Druck geriet in der Krise das moderne Frauen- und Familienbild. Schul- und Kita-Schließungen führten dazu, dass die Fürsorge- und Erziehungsarbeit vor allem wieder von Frauen geschultert wurde. Die FES-Studie »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück?« zeigt, dass Männer inzwischen

zwar mehr beitragen, dass aber die Hauptlast der unbezahlten Sorgearbeit nach wie vor bei den Frauen liegt.

Anlässlich des Internationalen Frauentages machte die FES mit einer Kampagne unter dem Titel »Was heißt schon systemrelevant? Wir SIND das System« darauf aufmerksam, dass Frauen in doppelter Hinsicht von der Krise betroffen sind, weil sie oft in schlecht bezahlten systemrelevanten Berufen arbeiten und zusätzlich unbezahlte Sorgearbeit leisten. Ansätze für die Gestaltung einer geschlechtergerechten Gesellschaft diskutierte die FES unter anderem mit der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Serpil Midyatli sowie bei zahlreichen Veranstaltungen der Landesbüros.

Besonders bitter ist, dass vor allem politisch engagierte Frauen mit Hass und Drohungen konfrontiert sind. Aggressive Frauenfeindlichkeit ist in vielen Ländern eines der Haupthindernisse für die Verwirklichung gleichberechtigter, inklusiver Demokratien. Vor diesem Hintergrund trafen sich im Mai Sozialdemokratinnen aus Lateinamerika und Deutschland zu einem Online-Workshop mit dem Titel »Gemeinsam gegen politische Gewalt!«. Sie forderten wirksamere Mechanismen und Gesetze, um politische Gewalt in all ihren Ausdrucksformen zu unterbinden.

Demokratie in Zeiten der Pandemie

Der lautstarken Elitenschelte einer Minderheit stand 2021 ein gewachsenes Vertrauen in staatliche Institutionen, Qualitätsmedien und Wissenschaft gegenüber. Wissenschaftler_innen haben in der Corona-Krise durch klare und nachvollziehbare Kommunikation an Glaubwürdigkeit gewonnen. Die Politik, die ständig neue Maßnahmen erwägen musste, war angewiesen auf wissenschaftliche Expertise. Diese Kooperation sollte auch für weitere globale Herausforderungen wie die Klimakrise genutzt werden. Denn nur durch ein sensibles Zusammenspiel von Wissenschaft, Bildung, Öffentlichkeit und Politik lassen sich Falschinformationen und Hetze eindämmen. Die FES trägt mit ihrer Arbeit in vielerlei Hinsicht dazu bei.

Die geforderte Mitte

Viel wurde im Jahr 2021 über »Querdenkertum«, Verschwörungsmuthe und die Wut berichtet, die sich in die Reaktion auf die Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie mischen. In nahezu allen europäischen Ländern gibt es Bürgerinnen und Bürger, die die Corona-Schutzmaßnahmen ablehnen. Die Proteste kommen dabei aus unterschiedlichen Milieus, den Kitt zwischen ihnen bilden oftmals krude Verschwörungsmuthe. Vor diesem Hintergrund erschien im Juni die neue »Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel »Die geforderte Mitte«. Ihre Botschaft: Die gesellschaftliche Mitte muss Haltung zeigen, Position beziehen und ihre demokratischen Strukturen stärken – wozu sie auch das Potenzial hat.

Die Studie, die alle zwei Jahre rechtsextreme, menschenfeindliche und demokratiegefährdende Haltungen in der Gesellschaft analysiert, untersuchte auch besorgniserregende Trends wie Verschwörungsglauben, Antigender-Mobilisierung, Rassismus sowie die Klimadebatte. Sie erzeugte, wie schon die Ausgaben zuvor, ein enormes Medienecho. Die Ergebnisse wurden in unzähligen Veranstaltungen der Landesbüros mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten diskutiert. So nahm das Mainzer Regionalbüro bei einer Diskussion im Landtag mit dem rheinland-pfälzischen Innenminister Roger Lewentz das Propagandafeld Klima in den Blick.

Wer aber gewinnt, wenn Demokrat_innen verlieren? In der Publikationsreihe »Profiteure der Angst« ging die FES in Deutschland und sieben weiteren Ländern mit starken rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien der Frage nach, wie Rechte von der Corona-Krise profitieren. Die Erkenntnis: Die Pandemie hatte zunächst zu einem allgemeinen Vertrauenszuwachs in die Regierungen geführt. Ab der zweiten Corona-Welle wuchs jedoch die Unzufriedenheit und es kam zu massiven Protestaktionen. Fake News und Verschwörungserzählungen erlangten zusehends Einfluss auf öffentliche Debatten.

Gegen Hass und Falschinformationen

Wie die westlichen Demokratien hier gegensteuern können, erörterten im Februar Engagierte aus der europäischen Zivilgesellschaft, aus Politik, Tech-Unternehmen und Wissenschaft in einer zweitägigen Kooperationsveranstaltung der FES mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesjustizministerium. Außenminister Heiko Maas, Justizministerin Christine Lambrecht, die Generalsekretärin des Europarats Marija Pejčinović Burić und die österreichische EU-Ministerin Karoline Edtstadler diskutierten über Strategien gegen die Verbreitung von Hassrede. Über den Hashtag #unboxinghate-speech und digitale Tools brachten Außenstehende ihre Vorschläge ein. Die Veranstaltung, die von zwei Fernsehsendern live übertragen wurde, stieß europaweit auf große Resonanz.



Bei der Kooperationsveranstaltung »Unboxing Hate Speech – Europäische Impulse für Respekt und Solidarität im Netz« am 18. Februar 2021 diskutierte unter anderem Justizminister Heiko Maas über Strategien gegen die Verbreitung von Hassrede.
www.fes.de/unboxing-hate-speech-konferenz

Bei zahlreichen Trainingsangeboten der FES übten Engagierte, sich gegen Hetze und Verschwörungsmysmen zu stellen und demokratische Werte öffentlich wirkungsvoll zu verteidigen. Das Landesbüro Sachsen etwa thematisierte die Zusammenhänge von Rechtsextremismus und Social Media und die Verbreitung von Verschwörungserzählungen. Die Veranstaltungen mit den Autor_innen Maik Fielitz und Pia Lamberty hatten besonders großen Zulauf.

Mit den Gefahren des Rechtsextremismus beschäftigten sich auch die FES-Stipendiat_innen, etwa in dem Web-Seminar »#Halle: Hintergründe, Aufarbeitung und Folgen des Anschlags im Prozess gegen den rechtsextremen Attentäter«. Der Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby sprach mit den Teilnehmenden über zivilgesellschaftliches und politisches Handeln gegen rechtsextreme Strukturen.

Für Demokratie und Grundwerte

Gelebte Demokratie findet täglich dort statt, wo Bürgerinnen und Bürger gesicherte Fakten von Meinungen und Falschinformationen unterscheiden müssen. Das war besonders im Bundestagswahlkampf eine Herausforderung, da im Netz gezielt angstmachende Falschmeldungen gestreut wurden. Die Landes- und Regionalbüros der FES vermittelten Kompetenzen, die Nutzer_innen von Social Media helfen zu erkennen, welche Quellen seriös sind – und welche »Nachrichten«

erfunden oder manipuliert wurden. An junge Wähler_innen wandte sich die FES im Zuge der fünf Landtagswahlen und der Bundestagswahl mit mehreren zielgruppengerechten Filmen und der Kampagne »#RettetdieWahlen«.

Anlässlich des Internationalen Tages der Demokratie am 15. September lud das FES-Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern den stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Ethikrates Julian Nida-Rümelin nach Rostock ein. Vor etwa 70 Gästen leitete Nida-Rümelin Grundsätze unserer demokratischen Verfassung her, beschrieb Krisensymptome und gab Denkanstöße, wie dem Vertrauensverlust in die Demokratie begegnet werden könnte. Bei einer Podiumsdiskussion zu »Demokratie in Krisenzeiten – Krise der Demokratie?« des Fritz-Erler-Forums in Stuttgart arbeitete der Züricher Politologe Daniel Kübler heraus, dass Staaten, die in normalen Zeiten Grundrechte stark schützen, dies auch in Krisenzeiten tun, während restriktive oder zentralistische Staaten Freiheitsrechte wesentlich stärker einschränken.

Aus Anlass der pandemiebedingten Grundrechtseinschränkungen wurde auch über die Grundwerte der Sozialen Demokratie diskutiert: Welche Beschneidungen der Freiheit sind notwendig und angemessen? Welche Gerechtigkeitsaspekte gelten beim Impfen? Welche Solidarität brauchen die Beschäftigten im Gesundheitswesen? Die Publizistin Carolin Emcke und der stellvertretende SPD-Vorsitzende Kevin Kühnert sprachen auf Einladung des Archivs der sozialen Demokratie

im Juni darüber, ob zwischen Gleichstellungspolitik oder Antirassismus und der sozialen Frage Gegensätze bestehen und wie unterschiedliche Interessen vereinbart werden können.

Nach wie vor sind die Perspektiven vieler Menschen im Osten des Landes bisweilen andere als im Westen. Daher spielt Ostdeutschland eine wichtige Rolle in der Arbeit der Stiftung. Bei der Veranstaltung »Mission Zukunft Ost« des Landesbüros Brandenburg am 26. Mai in Ludwigsfelde stellte Vizekanzler Olaf Scholz erstmals seine Grundsätze für die Politik in und für Ostdeutschland vor. Er betonte, welche Bedeutung dieser Region für die Entwicklung und Stabilität ganz Deutschlands zukommt. Zu den Podiumsgästen zählte auch Matthias Platzeck, ehemaliger Ministerpräsident Brandenburgs und Mitglied im FES-Vorstand.





Die Friedrich-Ebert-Stiftung verleiht seit 1982 jährlich den Preis »Das politische Buch«. Für sein Werk »Flucht. Eine Menschheitsgeschichte« wurde dem Experten für Flucht und Vertreibung, Andreas Kossert, am 17. Mai 2021 der Jurypreis verliehen.

www.fes.de/preis-das-politische-buch/preisbuecher



Humanitäre Appelle an Politik und Gesellschaft

Die Pandemie hat andere relevante Themen an den Rand gedrängt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hielt dagegen und setzte weiterhin die Themen Einwanderung und Integration auf die Agenda. Der renommierte FES-Preis »Das politische Buch« ging in diesem Jahr an den Historiker Andreas Kossert für seinen Band »Flucht. Eine Menschheitsgeschichte«. Die Jury würdigte das Buch als »ein großes Plädoyer für Empathie und Mitmenschlichkeit« und »eine Pflichtlektüre für alle, die heute Flüchtlings- und Integrationspolitik gestalten«. Im Rahmen der Preisverleihung am 17. Mai sprach der Preisträger mit dem Schriftsteller Navid Kermani und der Autorin

Olga Grjasnowa darüber, wie von dem großen Leid der Flucht erzählt werden kann. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Serpil Midyatli lobte in ihrer Laudatio den humanitären Appell des Buches an die Politik.

Der Dokumentarfilm »Wir sind jetzt hier – Ankommen in Deutschland« von Niklas Schenck und Ronja von Wurmb-Seibel erzählt die Fluchtgeschichten junger arabisch- und afrikanischstämmiger Männer. Die FES stellte den Film im März beim Debattenportal sagwas vor. Die Landes- und Regionalbüros nutzten ihn, um das Thema in der Debatte zu halten und Initiativen zu unterstützen, die sich für Integration engagieren. Insgesamt wurde der Film rund 40-mal gezeigt und erreichte dabei über 2.000 Menschen.

Wirtschaft und Soziales im Sog der Krise

Die Corona-Pandemie hat Deutschland wie viele andere Länder in eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise gestürzt. Trotz staatlicher Maßnahmen zur Stabilisierung wurden viele Menschen wirtschaftlich hart getroffen und bestehende Ungleichheiten verstärkt. In den kommenden Jahren muss weiter massiv in die Transformation der Wirtschaft investiert werden, um Dekarbonisierung und Digitalisierung zu gestalten. Die große Herausforderung wird dabei sein, die gerechte Teilhabe aller zu gewährleisten. Progressive Konzepte, so die feste Überzeugung, sind der Weg und Soziale Demokratie ist das Ziel.

Wirtschaft fair gestalten

Ende April und Anfang Mai veranstaltete die FES den internationalen Kongress »Tag der progressiven Wirtschaftspolitik«. In Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) und dem Dezernat Zukunft ging es um die Frage: »Europa in der Corona-Krise – Chance für einen transformativen Neustart?«. Darüber diskutierten zahlreiche Expert_innen, darunter der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung Paolo Gentiloni.

Im Jahr 2021 kam endlich Bewegung in die Verhandlungen über eine globale Mindeststeuer, die dem internationalen Wettbewerb um niedrige Unternehmenssteuern einen Riegel vorschieben soll. Die FES arbeitet seit mehreren Jahren eng zusammen mit ICRICT, der Unabhängigen Kommission für die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung. Die mit prominenten Persönlichkeiten aus Nord und Süd besetzte Kommission erarbeitet Vorschläge, wie sich das internationale Steuersystem gerechter gestalten und in den Dienst der nachhaltigen Entwicklungsziele stellen ließe. Auch dies wurde beim »Tag der progressiven Wirtschaftspolitik« diskutiert.

Im Rahmen dieses hybriden Kongresses wurde am 3. Mai in der FES in Berlin der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft.Weiter.Denken« verliehen. Der Preis wurde geteilt und ging an Emmanuel Saez und Gabriel Zucman für ihr Buch »Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert« und an Philipp Staab für sein Buch »Digitaler Kapitalismus – Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit«. Die Begrüßungsrede zur Preisverleihung hielt der SPD-Bundesvorsitzende Norbert Walter-Borjans. In der anschließenden

Diskussionsrunde sprachen die Preisträger mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Mit dem Kongress konnten neue Impulse für die Debatte zur sozial-ökologischen Neuausrichtung der Wirtschaft in Deutschland und Europa gegeben werden.

Das Comeback des Staates

Staatliches Handeln hat auch in der Sphäre der Wirtschaft wieder an Bedeutung gewonnen, wie die staatlichen Rettungsprogramme für die Privatwirtschaft zeigten. Das Prinzip »Privat vor Staat« wurde kritisch hinterfragt, auch weil Versäumnisse der Vergangenheit, beispielsweise bei der Digitalisierung, unübersehbar wurden. Mit dieser Diagnose einher geht die Forderung nach einer anders ausgerichteten, investierenden Wirtschafts- und Finanzpolitik, welche die bisherige Fixierung auf die Schwarze Null und die Schuldenbremse infrage stellt. Dies diskutierten der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans und Mehrdad Payandeh, DGB-Bezirksvorsitzender Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt bei einem Livestream-Event des Landesbüros Niedersachsen im März.

Die sozialen Kosten der Pandemie müssen noch stärker in den Blick genommen werden. Denn prekär Beschäftigte verloren als Erste ihre Arbeit und konnten nicht von Instrumenten wie dem Kurzarbeitergeld profitieren. Insbesondere Beschäftigte im Pflegesektor gerieten an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Privat litten unter dem Lockdown vor allem die Menschen, die in beengten Verhältnissen wohnen. Alles in allem hat sich durch die Pandemie der Trend zur sozialen Ungleichheit verstärkt. Dies wirkt sich nicht nur negativ auf die Gesundheit und Bildung ärmerer Menschen aus, sondern kann auch zur Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Wirtschaftswachstum werden. In der Gesprächsreihe »Reden übers Jetzt« des Landesbüros Sachsen debattierten im Juni die Journalistin Julia Friedrichs

und Ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel über »Die Rückkehr der Klassengesellschaft?«. Julia Friedrichs stellte beispielhaft Biografien von Geringverdienenden, Minijobber_innen, Leiharbeiter_innen und Soloselbständigen vor und verwies auf den Zusammenhang von Armut und Reichtum.

Ungleichheit gibt es in Deutschland auch zwischen den Regionen: Dynamische Großstädte stehen ländlichen Räumen in der Strukturkrise gegenüber. Es ist Aufgabe staatlicher Regional- und Strukturpolitik, hier gegenzusteuern. Das fordern unisono mehrere Studien der FES-Landesbüros, etwa aus Niedersachsen und Hessen.

Großstädte zählen eher zu den Gewinnern der Transformation. Doch das schon vor der Pandemie zu beobachtende Innenstadtsterben wurde durch Lockdowns und wachsenden Online-Konsum beschleunigt. Das FES-Landesbüro Sachsen-Anhalt beleuchtete im März »Die Folgen von Corona für den Einzelhandel und die Gemeinden«. Hierbei wurde deutlich: Während Ketten und Supermärkte einen Aufschwung erlebten, musste der inhabergeführte Fachhandel mit gravierenden Einnahmeeinbußen zurechtkommen. Sowohl für die Kommunen als auch für den Einzelhandel waren die unübersichtlichen Regelungen in den Lockdown-Phasen eine Belastung.

Auch Europa leidet an Ungerechtigkeiten, die durch ungleiche Dynamiken erzeugt und verschlimmert werden. Die neuen FES-Disparitätenberichte zu Finnland, Schweden,

Italien, Estland und Rumänien kommen zu dem ernüchternden Schluss, dass die Bevölkerung in vielen ländlichen Regionen kaum noch Chancen hat aufzuholen. Hier ist nicht nur die nationale Politik aufgefordert, bei Investitionen und in der Förderpolitik umzudenken; auch die EU muss bei der Regional- und Strukturpolitik die räumliche und soziale Gerechtigkeit stärker berücksichtigen. Darüber diskutierten EU-Kommissar Nicolas Schmit und FEPS-Präsidentin Maria João Rodrigues bei einer Veranstaltung am 4. Oktober in Brüssel.

Gerechter Klimaschutz ...

Der Weltklimarat IPCC hält das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, für nicht mehr realistisch. Das geht aus seinem im August veröffentlichten Bericht hervor, der noch einmal bekräftigt, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Unterdessen wurden große Teile Europas von wochenlangen Waldbränden heimgesucht, während in Deutschland bei der Flutkatastrophe im Ahrtal und anderswo Hunderte Menschen ihr Zuhause, ihre Existenz und viele sogar ihr Leben verloren.

Das alles macht deutlich, dass für den Klimaschutz alle Kräfte gebündelt werden müssen: Es braucht eine ökologische Industriepolitik, eine Mobilitätswende, Effizienzsteigerungen



Im Rahmen der Veranstaltung »Tag der progressiven Wirtschaftspolitik« wurde am 3. Mai 2021 der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik an Emmanuel Saez und Gabriel Zucman sowie Philipp Staab verliehen. (v.l.n.r.: Emmanuel Saez, Philipp Staab, Gabriel Zucman, Brigitte Preissl, Olaf Scholz, Anke Plättner)

www.fes.de/tag-der-progressiven-wirtschaftspolitik/rueckblick-2021





Die Frage, wie Europas Modell einer Wirtschaft für das digitale Zeitalter aussehen könnte, stand im Zentrum des fünften Kongresses »Digitaler Kapitalismus«. (Im Bild: Moderatorin Geraldine de Bastion)
www.fes.de/digitalcapitalism

... und gerechter digitaler Kapitalismus

Die Digitalisierung wird als Schlüssel zur Lösung vielschichtiger Herausforderungen gesehen. Damit Digitalisierung jedoch wirklich zu Wohlstand und gerechter Teilhabe beitragen kann, muss der Staat sie aktiv gestalten. Denn der ungezügelt Kapitalismus ebenso wie die rein profitorientierte Digitalisierung können unserer Demokratie mehr schaden als nutzen, davon sind inzwischen viele Bürger_innen überzeugt.

Die Frage, wie Europas Modell einer Wirtschaft für das digitale Zeitalter aussehen könnte, stand im Zentrum des fünften Kongresses »Digitaler Kapitalismus«. Auf Einladung von FES, DGB, Hans-Böckler-Stiftung und FEPS diskutierten hochrangige Gäste aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft mit rund 2000 Teilnehmer_innen von 15. bis 19. November in unterschiedlichen digitalen Formaten. Der »#DigiCap« hat sich als eines der prominentesten Foren in der Debatte um die Zukunft des Kapitalismus in der Digitalisierung etabliert. Die vielen spannenden Beiträge machten deutlich: Europa braucht eine souveräne und innovative digitale Agenda, die die Digitalisierung der Wirtschaft nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern die Transformation nutzt, um unsere Wirtschaft demokratischer, nachhaltiger und gerechter zu machen.

Digitalisierung, analog zur einst begrüßten Globalisierung, wird auch in Regionen kritisch debattiert, die oft noch nicht einmal Zeit hatten, ihre Industrialisierung zu gestalten. »Digitalisierung und Zukunft der Arbeit« lautet daher das Thema eines Forschungsprojekts der FES in Bangladesch gemeinsam mit dem Centre for Policy Dialogue. Die FES in Südkorea entwickelt in Zusammenarbeit mit mehreren Partnerorganisationen Konzepte für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gestaltung des Transformationsprozesses.

Beim Blick in die Zukunft sollten stets die Lehren aus der Geschichte berücksichtigt werden. Die Ideengeschichte Guter Arbeit sowie frühere Automatisierungs- und Rationalisierungswellen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft halten einige Lektionen für heutige Entscheider_innen bereit. Dies griff das Archiv der sozialen Demokratie auf und diskutierte mit dem Arbeitskreis Humanisierung der Arbeit der Universität Heidelberg im Juni über historische, soziologische und gewerkschaftspolitische Perspektiven auf Gute Arbeit.

bei Gebäuden und ein Umdenken in der Landwirtschaft. Dabei muss eine gerechte Lastenverteilung immer mitgedacht werden. Deshalb sind neben der technologischen Dimension die sozialen Auswirkungen der Dekarbonisierung ein Arbeitsschwerpunkt im Referat Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine wichtige Stellschraube, gerade im Hinblick auf ärmere Haushalte, bietet eine Reform der Energiegrundversorgung. Die Studie »Wege zu einer sozial verantwortlichen Grundversorgung« präsentiert zahlreiche Optionen für politische Reformen.

In den Kommunen bieten sich konkrete Anknüpfungspunkte für Klimaschutz. Auf Grundlage des Klima-Handbuchs für Kommunen der FES Bayern, das im Herbst 2020 erschienen war, wurden Bürgermeister_innen, Stadt-, Gemeinde-, Kreis- und Landrät_innen, Mitarbeitende in Verwaltungen sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger darin bestärkt, sich vor Ort für Klimaschutz einzusetzen.

Da die Klimakatastrophe nur durch weltweite Zusammenarbeit zu verhindern ist, spielt die sozial-ökologische Transformation auch in der internationalen Arbeit der FES eine zentrale Rolle. So initiierte die FES London zusammen mit der Brüsseler Denkfabrik European Policy Centre ein Projekt zum Thema »Klimazusammenarbeit zwischen EU und UK nach dem Brexit«. Es diente dem Ideenaustausch und erarbeitete Politikempfehlungen zur Stärkung der Klimazusammenarbeit.

Souveränes Europa und Deglobalisierung

Die Europäische Union befindet sich in einem zentralen Moment ihrer Geschichte. Enorme Herausforderungen nach innen verbinden sich mit großem Druck von außen. Um in den geopolitischen Auseinandersetzungen des 21. Jahrhunderts bestehen zu können, braucht die EU eine klare Strategie. Aus Sicht der Sozialen Demokratie bedeutet dies: Die EU muss ihre eigenen Interessen vertreten, dabei aber den europäischen Werten verpflichtet bleiben. Ein souveränes Europa, das muss bedeuten: ein demokratisches, soziales, ökologisches, friedliches und partnerschaftliches Europa.

Mehr Souveränität wagen

Im Projekt »Souveränes Europa« erarbeitet die FES Beiträge zur sozialdemokratischen Idee von Europas Zukunft. Den Auftakt bildete eine Umfrage im Januar in acht EU-Ländern. Das wichtigste Ergebnis: 73 Prozent der 8.000 befragten Bürger_innen befürworten eine Stärkung der europäischen Souveränität. 77 Prozent plädieren zugleich für die Stärkung nationaler Souveränität, was offenbar nicht als Widerspruch angesehen wird. Die Studienergebnisse wurden im März vom FES-Vorsitzenden Martin Schulz und dem Präsidenten der Fondation Jean Jaurès, Jean-Marc Ayrault, mehr als 300 Teilnehmenden vorgestellt.

Auch die außen- und sicherheitspolitische Flaggschiff-Veranstaltung der FES, die Tiergartenkonferenz, widmete sich in diesem Jahr der Frage »Wie souverän ist Europa?«. Bundesfinanzminister Olaf Scholz betonte die großen Erfolge der EU bei der Befriedung innereuropäischer Konflikte, aber auch die Notwendigkeit der Selbstbefähigung in einer multipolaren Welt. Als Aufgaben nannte er insbesondere die Konsolidierung einer Fiskalunion, die Gründung eines Klima-Clubs und die Festigung eines solidarischen Europas. In der anschließenden Paneldiskussion debattierte Katarina Barley, Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments, mit der Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot und dem Schriftsteller Robert Menasse über die Stärkung europäischer Souveränität.

Demokratie und europäische Werte

Nationalismus, Populismus und Autoritarismus sind weltweit auf dem Vormarsch. Selbst in der Europäischen Union unterminieren einige demokratisch gewählte Regierungen Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit, unabhängige Justiz und kritische Medien. Und zahlreiche Akteure, nicht nur außerhalb der EU, setzen darauf, das Vertrauen in die europäischen Institutionen zu zermürben. Auch hier gilt es gegenzusteuern.

Um europäische Werte zu verteidigen und die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, organisierte die FES im Juli den ersten Hambacher Demokratie Dialog. Unter den Gästen waren Persönlichkeiten wie die Vizepräsidentin



Die Tiergartenkonferenz widmete sich am 26. Mai 2021 der Frage: »Wie souverän ist Europa?« Bei der außen- und sicherheitspolitischen Flaggschiff-Veranstaltung der FES strich Bundesfinanzminister Olaf Scholz (hier im Interview mit der freien Journalistin Tanja Samrotzki) die großen Erfolge der EU bei der Befriedung innereuropäischer Konflikte heraus.

www.fes.de/iez/tiergartenkonferenz-2021

Die Forderung nach einem European Green Deal, der auch genderspezifische Fragen in den Blick nimmt, wird in einem Policy Papier der FES mit konkreten politischen Empfehlungen verbunden. Die Ergebnisse der Analyse wurden im November auf der Klimakonferenz in Glasgow vorgestellt.

der Europäischen Kommission Věra Jourová, die italienische Digitalexpertin Francesca Bria, der FES-Vorsitzende Martin Schulz und der polnische Historiker Krzysztof Ruchniewicz. Von der Konferenz gingen zwei selbstkritische Botschaften aus: Erstens braucht Europa mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten. Zweitens müssen europäische Werte und Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU wirkungsvoller verteidigt werden.

Auch in Brüssel ist man über die Vertrauenskrise besorgt. Im Mai 2021 riefen Vertreter_innen europäischer Institutionen die Konferenz zur Zukunft Europas ins Leben. Bürgerinnen und Bürger wurden aufgefordert, ihre Ideen einzubringen. Vorausschauend hatte das Brüsseler EU-Büro der FES in mehreren Workshops bereits seit Herbst 2020 ein »Progressive Manifesto for a European Democracy« ausgearbeitet. Mit mehr als 60 Partnern aus einem Dutzend EU-Ländern sammelte es darin Empfehlungen zur Stärkung des Europäischen Parlaments, der Europawahlen und der

Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene sowie zur Verteidigung europäischer Werte. Das Manifest wurde pünktlich im Mai von Martin Schulz präsentiert. Rund 200 Personen aus ganz Europa nahmen an der Online-Veranstaltung teil.

Sozial-ökologische Transformation

Der 2019 geschmiedete European Green Deal (EGD) weist einen Weg zur Klimaneutralität für Europa. Im Juli 2021 legte die EU-Kommission nach und stellte die wichtigsten zwölf Gesetzespakete für den klimaneutralen Umbau der EU vor. Ziel ist es, diesen sozial gerecht zu gestalten; dafür wurde ein Sozialfonds aufgelegt. Dass die Klimafrage eine eminent soziale Frage ist, sagen die europäischen Gewerkschaften schon lange. Damit der Kampf gegen den Klimawandel auch von einer breiten Bevölkerungsmehrheit mitgetragen wird, fordern sie einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, die »Just Transition«. Die von der FES und dem DGB herausgegebene Publikation »Die sozial-ökologische Transformation der Europäischen Wirtschaft – Gewerkschaftliche Perspektiven« stieß im deutschsprachigen Raum und bei europäischen Partnern auf große Resonanz.

Der European Green Deal berücksichtigt noch nicht die vielfältigen Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit; Expert_innen nennen ihn »vollkommen genderblind«. Dies ist problematisch, denn so laufen Maßnahmen Gefahr, genderspezifische Diskriminierungen aufrechtzuerhalten oder sogar zu verschärfen. Eine Analyse der FES untersucht deshalb die klimapolitischen Maßnahmen des EGD aus feministischer Perspektive und gibt Empfehlungen für eine geschlechtergerechte Umsetzung in den emissionsstärksten Sektoren Mobilität, Energie und Landwirtschaft. Die Ergebnisse wurden im November auf der internationalen Klimakonferenz COP 26 in Glasgow vorgestellt.

Neben der Verpflichtung zu den europäischen Werten wird es in Zukunft wichtig sein, die Bereitschaft der beitragsinteressierten Länder zur Energiewende zu prüfen. Denn insbesondere im Westbalkan stehen einer Energiewende zahlreiche Hürden entgegen. Eine Studie der FES mit dem Titel »Die politische Ökonomie der Energiewende in Südosteuropa« benennt etwa fehlende Rechtssicherheit für Investitionen und Ängste vor den sozialen Folgen. Die Autor_innen halten es für wichtig, den Prozess des EU-Beitritts dieser Länder an Fortschritte bei der Energiewende zu knüpfen. Die Westbalkanländer müssten ihre Anstrengungen steigern, während die EU mit einer ambitionierten Energie- und Klimapolitik vorangehen müsse.



Im März und April lud die FES zu einer dreiteiligen digitalen Konferenzreihe zum Thema »Auf zu den Vereinigten Staaten von Europa? Leitbilder für eine zukunftsfähige europäische Wirtschaftspolitik«. Mitveranstalter waren die Hans-Böckler-Stiftung, ver.di, die IG Metall und der DGB.
(v.l.n.r.: Philippa Sigl-Glößner, Melinda Crane, Reiner Hoffmann)



Gerechte Wirtschaft

Ein Europa mit dem Ziel Souveränität hat einiges vor sich: Die wirtschafts- und sozialpolitischen Baustellen reichen von der Energiewende über Digitalisierung, Pandemiebewältigung, Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel bis hin zur wachsenden sozialen Ungleichheit. Brüssel wird nicht umhinkommen, die Wirtschaft aktiv zu steuern, wenn es seinen demokratischen, sozialen und ökologischen Gestaltungsansprüchen gerecht werden möchte. Doch diese Herausforderungen bedürfen größerer politischer Gestaltungsmöglichkeiten. Eine mögliche Vision wäre eine demokratisch kontrollierte europäische Wirtschaftsregierung, welche die gemeinsame Haushalts- und Schuldenpolitik gestaltet und strategische öffentliche Investitionen in Infrastruktur, wirtschaftliche Innovation, Bildungs- und Sozialsysteme ermöglicht.

»Auf zu den Vereinigten Staaten von Europa? Leitbilder für eine zukunftsfähige europäische Wirtschaftspolitik« hieß eine dreiteilige FES-Konferenzreihe im März und April. Gemeinsam mit dem DGB und anderen gewerkschaftlichen Partnern wurde über die Rolle europäischer Wirtschaftspolitik für die Stärkung der sozialen Dimension der EU diskutiert. Bei der Abschlussveranstaltung erörterten Martin Schulz sowie die Vorsitzenden von DGB und ver.di, Reiner Hoffmann und Frank Werneke, welche Chancen eine flexible Integration für die EU-Wirtschaftspolitik böte.

Frieden und Sicherheit

Das Afghanistan-Debakel hat gezeigt, dass Europa in Gewaltkonflikten kaum handlungsfähig ist. Dass die EU in der Friedens- und Sicherheitspolitik souveräner werden muss, bestreiten nur wenige in Europa. Dass dies eng verbunden ist mit der Entwicklung eines neuen strategischen Kompasses der EU und der Neuaufstellung der NATO, ist ebenso Konsens. Die Europäische Union muss die eigene Souveränität dringend stärken und zugleich transatlantisch ausgerichtet bleiben. Außerdem muss die EU für sich klären, ob es ihr vor allem um den Schutz Europas geht oder um die Fähigkeit, als globaler Krisenmanager zu wirken.

Ein deutliches Plädoyer für mehr europäische Souveränität formuliert die Schrift »Die Wiederherstellung europäischer Sicherheit – Vom Verwalten der Beziehungen zur prinzipiengeleiteten Zusammenarbeit«. Sie ruft die Staaten Europas eindringlich dazu auf zusammenzuarbeiten, um Konflikte in Europa zu lösen und gleichzeitig vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen durchzuführen. Mittelfristig müssten die EU-Staaten neue Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle ausarbeiten und aktuelle gemeinsame Prinzipien und Verpflichtungen entwickeln. Die Schrift wurde auf Initiative der FES und des OSZE-Generalsekretärs Thomas Greminger gemeinsam mit dem slowakischen Thinktank GLOBSEC sowie hochrangigen Expert_innen der »Cooperative Security Initiative« ausgearbeitet.



»50 Jahre Nobelpreis Willy Brandt«: In einem Festakt würdigte die Friedrich-Ebert-Stiftung am 8. Dezember Willy Brandts Beitrag zu einem sichereren Europa und einer gerechteren Welt. (Im Bild: Ursula Schröder, Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg) www.fes.de/themenportal-die-welt-gerechtig-gestalten/frieden-und-sicherheit/willy-brandt-friedenspolitik-in-unserer-zeit



Dass Multilateralismus auch aktive Friedenspolitik ist, das zeigte die FES-Ringvorlesung »Neue Dimensionen der Weltinnenpolitik«. Gemeinsam mit der Universität Bonn organisiert, befassten sich im Wintersemester 2021/22 namhafte Expert_innen mit den von Willy Brandt ausgehenden Impulsen internationaler Politik mit Blick auf heutige Herausforderungen. Brandts friedenspolitische Überzeugungen prägen die sozialdemokratische Außen-, Friedens- und Entwicklungspolitik bis heute. Als Bundeskanzler erhielt er dafür 1971, vor einem halben Jahrhundert also, den Friedensnobelpreis.

In der Vorlesungsreihe sowie beim wissenschaftlichen Symposium am 8. Dezember standen Zukunftsfragen im Zentrum: Gelten die Prämissen von Willy Brandts Entspannungspolitik

und Gemeinsamer Sicherheit noch in einer Welt sich verlagernder Machtzentren? Norbert Walter-Borjans unterstrich in seiner Eröffnungsrede, dass die Grundannahmen für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit nach wie vor gültig sind: Abschreckung und militärische Verteidigungsfähigkeit reichen für Sicherheit nicht aus. Diese könne nur gemeinsam, aber nicht gegeneinander organisiert werden, bekräftigte OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid und forderte handlungsfähige Bündnisse zur Förderung von kollektiver Sicherheit. Diese braucht laut NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg Dialog, Vertrauen und punktuelle Zusammenarbeit – aber auch die Fähigkeit zur Abschreckung: »Die Situation ist sehr ernst und wir rufen Russland auf zu deeskalieren.«

Die internationalen Schockwellen der Krise(n)

Die Covid-19-Krise hat die Weltwirtschaft erschüttert und die Schwachstellen der heutigen komplexen globalen Produktionssysteme aufgezeigt. Unternehmen in ganz Asien mussten ihre Strategien der Internationalisierung überdenken und betriebliche Veränderungen vornehmen, um eine größere Robustheit der Lieferketten zu gewährleisten.

Fehlende Gesichtsmasken oder Corona-Tests, ein Mangel an Halbleitern und Computerchips, lange Lieferzeiten für E-Bikes oder Autos machten deutlich, dass die Pandemie zu einer Neubewertung der Art und Weise führen muss, wie wir produzieren, handeln und einkaufen. Es ist wahrscheinlich, dass sich die Verflechtung der Weltwirtschaft in den kommenden Jahren verändern wird. Dabei geht es beispielsweise um eine europäische bzw. deutsche Produktion strategisch wichtiger Güter sowie die Diversifizierung der Lieferketten, um vor allem die Abhängigkeit von China zu reduzieren.

Lieferketten nachhaltig gestalten

Ein herausragender Erfolg für die FES war in diesem Jahr, dass in Deutschland ein Lieferkettengesetz verabschiedet wurde, das die Unternehmen zur Wahrung menschenrechtlicher Standards verpflichtet. Die Stiftung hatte zusammen mit ihren Partnern aus Politik, Gewerkschaften und NGOs die Debatte darum seit fünf Jahren beharrlich vorangetrieben. Nun geht es an die Umsetzung. Die FES wird zusammen mit den Gewerkschaften Vorschläge entwickeln, wie z. B. Betriebsräte dabei unterstützt werden können, die Möglichkeiten des Gesetzes wahrzunehmen. Gleichzeitig hat die Stiftung ein Projekt mit dem Ziel eines europäischen Lieferkettengesetzes aufgelegt. Sie wird sich 2022 intensiv an der Debatte über den Gesetzentwurf der EU-Kommission beteiligen.

Für neue Strategien in den Lieferketten braucht es zunächst eine gute Datengrundlage. Diese liefert eine Studie der FES zusammen mit der deutschen Außenhandelskammer in Singapur. Unter dem Titel »Supply Chains under Tension – The Impact of COVID-19« wurden die Rückmeldungen von 337 befragten Unternehmen in der gesamten Asien-Pazifik-Region aufbereitet. Die Studie unterbreitet einen der umfassendsten Datensätze überhaupt zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf globale Lieferketten. Sie wird von Unternehmen und der Politik aufgegriffen, um Wertschöpfungsketten zu gestalten.

Lieferketten werden nur dann robuster, wenn sie sozial und ökologisch nachhaltig sind. Das gilt gleichermaßen für die Rohstoffgewinnung. Hier setzt die FES auch vor Ort an. Das neue Büro in Kinshasa begleitet die Umsetzung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien. Darunter versteht man Mineralien wie Zinn und Gold, die mit Zwangsarbeit abgebaut werden oder zur Finanzierung bewaffneter Konflikte beitragen. Ziel des von der FES gestarteten Dialogs zwischen dem Handelsausschuss des Europaparlaments und dem kongolesischen Wirtschafts- und Sozialrat ist es, den Handel mit Konfliktmineralien besser zu überwachen und auf verantwortungsvolle Quellen zu beschränken.



Umwälzungen in der Arbeitswelt begleiten

Weltweit führen die Digitalisierung, der Kampf gegen die Erderhitzung und die Corona-Pandemie zu Umwälzungen in der Arbeitswelt. Die FES unterstützt internationale Gewerkschaften dabei, die Transformation aktiv mitzugestalten. Darauf zielt auch das FES-Projekt »Gewerkschaften im Wandel 4.0«. Es erarbeitet zusammen mit Gewerkschaften konkrete Strategien zur Bewältigung der Modernisierung, etwa bei den boomenden Lieferdiensten, die mit stark informeller Arbeit einhergehen. So unterstützte die FES Gewerkschaften in Uganda, Argentinien und Indonesien dabei, eine bessere Interessenvertretung von Beschäftigten in der informellen und der Plattformwirtschaft zu erstreiten.

Die Corona-Pandemie hat auch deutlich gemacht, dass Gewerkschaften ihre Fähigkeiten zum digitalen Organisieren verbessern müssen. Wie technologische Innovationen strategisch genutzt werden können, lernten über 100 Gewerkschafter_innen aus aller Welt in einem von der FES mitentwickelten Online-Kurs.

Dass die digitale Revolution auch massive Ungleichheit mit sich bringt, zeigt das globale Projekt »The Future is Feminist«, das die FES unter anderem mit der indischen Nichtregierungsorganisation IT for Change umgesetzt hat. Dabei entstand ein feministischer Aktionsrahmen für die Digital-

wirtschaft mit dem Titel »Der Deal unserer Träume«. Die darin formulierten Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit bei der Nutzung von Daten wurden breit rezipiert.

In vielen Regionen ist informelle Arbeit ohne Arbeitsvertrag oder Zugang zu sozialer Sicherung schon lange die vorherrschende Arbeitsform. Wie soziale Sicherung im informellen Sektor verbessert werden kann, untersucht eine länderübergreifende Umfrage der FES in Afrika in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Die Ergebnisse zeigen: Eine Interessenvertretung auch für informell Beschäftigte und eine stärker auf den informellen Sektor ausgerichtete Gesundheitspolitik sind zentral, um soziale Ungleichheit und künftige Krisen zu bekämpfen.

In Mexiko kämpfen die FES und ihre Partner seit einiger Zeit gegen Gewerkschaften, die mit den Arbeitgebern klünzeln und Beschäftigte zwingen, sogenannte Schutzverträge zu unterschreiben. Die neue Arbeitsrechtsreform, die dies unterbinden soll, trägt weitgehend die Handschrift der FES. Die Stiftung wurde auch zu einem exklusiven Gesprächskreis mit der US-amerikanischen Vizepräsidentin Kamala Harris gebeten, um über die Arbeitsrechtsreform und die Auswirkungen auf das neue Handelsabkommen T-MEC zwischen Mexiko, den USA und Kanada zu informieren.



Flucht und Migration in den Fokus rücken

Die Pandemie hat große Auswirkungen auf die Mobilität und die Lebensbedingungen von Migrantinnen und Migranten. Es bleibt daher eine wichtige Aufgabe, breit über Flucht- und Migrationsbedingungen zu informieren. Die FES startete bereits 2020 zusammen mit der Global Coalition on Migration die Online-Artikelserie »Fokus Migration und COVID-19«, nachzulesen auf dem FES-Themenportal »Flucht, Migration, Integration«, das nach wie vor hohe Zugriffszahlen verzeichnet.

Immer dringlicher wird es, gute Verfahren für eine geordnete Migration zu entwickeln. Daran arbeitet das FES-Projekt »Promoting Migration Governance« in der Sahelregion und Nordafrika mit

einem spezifischen Ansatz zur Arbeitsmigration und der Rolle der Gewerkschaften dabei. So diente eine FES-Studie zu Wanderarbeiter_innen in Mali als Grundlage für das erste Beratungszentrum des Landes für Migrantinnen und Migranten. In Tunesien wiederum förderte die FES eine Kampagne der Gewerkschaft UGTT, die irregulär beschäftigte Wanderarbeiter_innen unterstützt.

Damit Frauenrechte in Migrationskontexten nicht länger missachtet werden, müssen Frauenrechtsorganisationen besser in die globalen Beratungen einbezogen werden. Deshalb legten die FES und das Women in Migration Network im März eine Bestandsaufnahme solcher Organisationen vor, die an der Schnittstelle von Gender und Migration arbeiten. Der Bericht floss in die Arbeit der Expert_innen-gruppe für die Rechte der Frauen im Rahmen des Globalen Paktes der Vereinten Nationen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration ein. Auch die Empfehlungen des »Spotlight Report on Global Migration« der FES für eine rechtebasierte und entwicklungsorientierte Migrationspolitik fanden ihren Weg in den UN-Migrationspakt.

Konflikte konstruktiv bearbeiten

Der chaotische Abzug des Westens aus Kabul hat Fragen aufgeworfen, mit denen wir uns in Europa am liebsten nicht befassen würden: Wie viel Opfer- und Risikobereitschaft sollen und können europäische Gesellschaften aufbringen, um außenpolitische Ziele zu erreichen? Was können Militär, Entwicklungszusammenarbeit und Demokratieförderung überhaupt leisten? Und wie gehen wir künftig mit Auslandseinsätzen um? Nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit sind Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik wieder auf der Tagesordnung.

Die FES griff diese Debatte mit der Studie »Drei Visionen für die NATO« auf. Sie war Grundlage für eine Reihe von Gesprächen mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Hier standen bewusst Fragen zu nuklearer Teilhabe und Abschreckung im Zentrum, um die Gemeinsamkeiten und Interessenkonflikte in Europa und in der transatlantischen Partnerschaft herauszuarbeiten. Die teilnehmenden Abgeordneten lobten, dass das Format einen ehrlichen, hilfreichen Austausch zwischen den Mitgliedsstaaten ermöglicht, der fortgeführt werden soll.

Sehr kontrovers wird die Frage diskutiert, ob die Bundeswehr für Auslandseinsätze bewaffnete Drohnen erhalten soll. Eine Entscheidung, die weitreichende Folgen für die deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik und die Zukunft

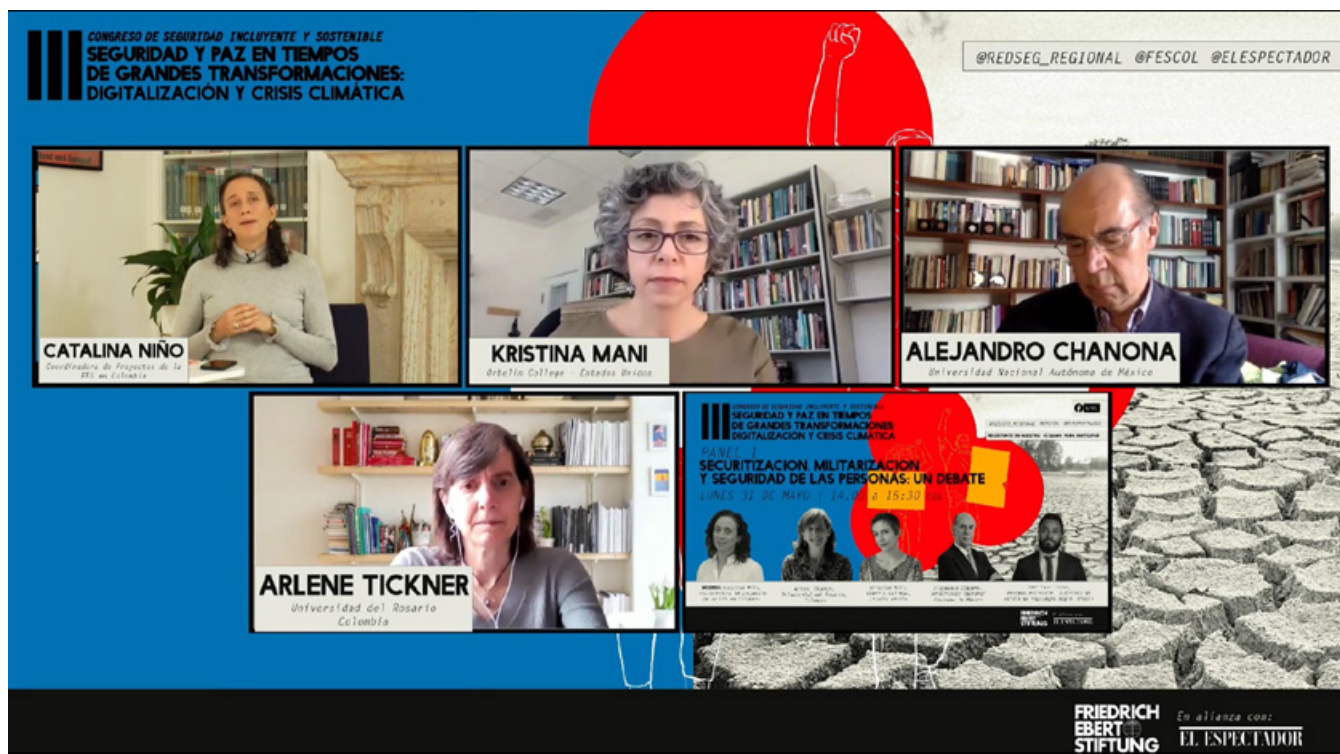


von Militäreinsätzen hat. In einem von der FES organisierten Fachgespräch erörterte die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Eva Högl mit Vertreter_innen der Kirchen, der IG Metall, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr eine Bewaffnung von Drohnen unter völker- und verfassungsrechtlichen, ethischen und politischen Gesichtspunkten. Die Ergebnisse des Hearings flossen unmittelbar in die parlamentarische Befassung mit dieser Frage ein.

Entscheidend für die langfristige Beendigung von Konflikten sind starke Systeme kollektiver Sicherheit. Hierfür kommt der Afrikanischen Union eine zentrale Rolle zu. Die mit Partnern der FES entwickelten Szenarien zur Zukunft der Afrikanischen Sicherheitsarchitektur wurden in Berlin, Brüssel sowie in mehreren afrikanischen Staaten vorgestellt. Die Szenarien waren auch Thema beim Treffen des neu gewählten AU-Kommissars für Frieden und Sicherheit Bankole Adeoye mit Martin Schulz im Juni.

Die regionale Sicherheitskonferenz der FES zu Lateinamerika fand in diesem Jahr – wie viele andere Formate – digital statt (Screenshot).

26



Die Stärkung politischer Teilhabe in Konfliktregionen, insbesondere die Beteiligung von Frauen, erhöht die Chance auf Frieden. Vor dem Hintergrund der vor 20 Jahren verabschiedeten UN-Resolution »Frauen, Frieden und Sicherheit« fand in Kamerun die erste Nationale Frauenfriedenskonvention statt, die maßgeblich von der FES initiiert und gestaltet wurde. Zentrale Forderungen der 1.500 Teilnehmenden waren eine stärkere Beteiligung von Frauen in Konfliktmediationen, ein nationaler Dialog und die bessere Unterstützung von Kriegsopfern.

Der regionale Sicherheitskongress der FES in Lateinamerika ist als Format einzigartig. Das Netzwerk der FES, das diese Tagung gemeinsam ausrichtete, umfasst mehr als 80 Personen aus Regierungen, Parlamenten, Zivilgesellschaft und Medien aus Lateinamerika, Spanien, Deutschland und den USA. Die mehr als 1.500 Teilnehmenden und die rund 40.000 Aufrufe der Ergebnisse im Nachgang der Tagung zeigten, dass die FES mit dem Thema »Sicherheit und Frieden in Zeiten großer Veränderungen: Digitalisierung und Klimakrise« einen Nerv traf.



DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG E.V.
IM SPIEGEL DER PRESSE

01

DIE ZEIT
3. JANUAR 2021

Als Versuch, eingerostete Demokratien wieder zum Laufen zu bringen, stellt die *ZEIT* ausführlich die Einrichtung von Bürgerräten vor, die weltweit mit großen Hoffnungen verbunden seien. Mit Blick auf den Start eines vom Bundestag unterstützten bundesweiten Bürgerrats nimmt der Artikel auch Bezug auf die FES-Studie »Vertrauen in Demokratie«.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG
7. JANUAR 2021

Sambia galt als das erste afrikanische Land, das im Zuge der Corona-Krise teilweise zahlungsunfähig geworden war. Fritz Kopsieker/FES-Sambia beschreibt gegenüber der *Neuen Zürcher Zeitung*, weshalb die Sambier sich ruhig verhielten. Da sich die ausgesetzten Schuldzahlungen auf ausländische Gläubiger bezögen, sei der Staat im Land selbst handlungsfähig und weitgehend liquide.

Der *Tagesspiegel* berichtet über eine aktuelle Zwölf-Länder-Umfrage, die im Auftrag des FES-Büros New York durchgeführt wurde. Demnach begrüßte fast in allen beteiligten Ländern eine Mehrheit der Befragten die Amtsübernahme durch Joe Biden. Zugleich hegten die Befragten aber Zweifel, ob der neue US-Präsident die gewaltigen Aufgaben erfüllen und die weltweite Führungsrolle der USA wieder zurückgewinnen kann.

WDR, SZ, SPIEGEL U. A.
22. JANUAR 2021

Sehr große Medienresonanz erzielen die Empfehlungen der FES-Expert_innen-Kommission zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler während der Corona-Pandemie. Die Vorschläge werden in 23 Medien vorgestellt, darunter *WDR*, *Süddeutsche Zeitung*, *Tagesspiegel*, *taz* und *SPIEGEL Online*.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
29. JANUAR 2021

Die *Süddeutsche Zeitung* beleuchtet die deutlich verschlechterte Position Ungarns im Korruptionsindex von Transparency International und verweist auf einen Bericht der FES in Budapest, demzufolge Orbáns illiberales Regime darauf basiere, das Recht zugunsten der eigenen Anhänger_innen zu beugen.

02

TAGESSPIEGEL
1. FEBRUAR 2021

Der *Tagesspiegel* berichtet über die Folgen des Militärputsches in Myanmar. Angesichts der Verhängung des Ausnahmezustands wird auch der FES-Vertreter Bernt Berger nach seiner Einschätzung gefragt. Für ihn handelt es sich um einen »Putsch light«, der sich gegen die De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi richtet, die trotz aller Beschränkungen ihren Einfluss geschickt ausgebaut hatte.

TAGESSPIEGEL
3. FEBRUAR 2021

In einem Bericht über Studentenproteste in Istanbul, die sich gegen die Leitung der Universität und den türkischen Präsidenten Erdogan richten, konstatiert der *Tagesspiegel*, dass der Graben zwischen der jungen Generation und der türkischen Regierung nicht mehr überbrückbar scheint. Als Beleg verweist der Artikel auf eine von der FES unterstützte Befragung, die bereits vor Ausbruch der Proteste ergab, dass gut zwei von drei jungen Türk_innen ihre Zukunft im Ausland sehen.

DEUTSCHE WELLE
4. FEBRUAR 2021

Anlässlich des 150. Geburtstags von Friedrich Ebert widmet sich die *Deutsche Welle* dem historischen Bild des ersten deutschen Reichspräsidenten. Sie beschreibt ihn als ebenso bewundert wie umstritten, aber auch als Opfer einer Hetzkampagne rechter Kräfte. Gegenüber dem Sender bezeichnet der FES-Historiker Peter Beule Ebert als den richtigen Mann, der zur richtigen Zeit am richtigen Platz gewesen sei. »Er gilt heute zu Recht als Wegbereiter der Demokratie, der in einer der komplexesten Problemlagen in der deutschen Geschichte Verantwortung übernommen hat.«

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
12. FEBRUAR 2021

In der vom Bayern-Forum mitgetragenen Diskussionsreihe über das geplante große Baugebiet im Münchner Nordosten, in dem einmal bis zu 30.000 Menschen wohnen sollen, sieht die *Süddeutsche Zeitung* Chancen, die von Anwohner_innen gewünschte und von Expert_innen angemahnte Beteiligung umzusetzen. Diskutiert wurde über die wünschenswerte urbane Mischung von Wohnen, Handwerk, Gewerbe und Kultur.

REDAKTIONSNETZWERK
DEUTSCHLAND
24. FEBRUAR 2021

Das *Redaktionsnetzwerk Deutschland* befragt Expert_innen zu den deutsch-russischen Beziehungen; darunter Peer Teschendorf, FES-Moskau. Er findet, Deutschland habe den Status als Fürsprecher Russlands in der EU mittlerweile eingebüßt, man brauche mehr Dialog und den mit neuer Qualität. »Die Zeiten werden schwieriger.«

VORWÄRTS
2. MÄRZ 2021

Welches Verständnis haben die Bürger_innen in der EU eigentlich von europäischer Souveränität? Der *Vorwärts* stellt die Ergebnisse einer Befragung vor, die in acht europäischen Ländern Antworten auf diese Frage suchte. Das Meinungsforschungsinstitut Ipsos hatte im Auftrag der französischen Jean-Jaurès-Stiftung und der FES 8.000 Menschen aus Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, Lettland, Schweden, Rumänien und Polen befragt. Zitiert wird auch Martin Schulz, der die Ergebnisse so kommentiert: »Vieles von dem, was die Studie zeigt, habe ich erwartet. Das spiegelt auch meine lange Erfahrung als Europapolitiker wider.«

NEUES DEUTSCHLAND
12. MÄRZ 2021

In der Teilnahme von gut 300 Interessierten an einer Onlinediskussion der FES in Niedersachsen zum Thema »Rechtsextremismus in der Polizei – alles Einzelfälle?« erkennt *neues deutschland* die Besorgnis vieler Menschen über rechte Tendenzen innerhalb einer Institution, die das Gewaltmonopol des Staates ausübt.

04

DEUTSCHLANDFUNK
19. MÄRZ 2021

Der *Deutschlandfunk* widmet den neuen Repressionen gegen die russische Zivilgesellschaft eine ausführliche Analyse. Es wird darauf hingewiesen, dass zu den ausländischen Förderern der russischen Zivilgesellschaft auch die deutschen politischen Stiftungen zählen. Hervorgehoben wird die FES mit ihrem Einsatz für Dialog in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Der FES-Vertreter in Moskau, Peer Teschendorf, beschreibt dieses Engagement als gefährdet.

DEUTSCHLANDFUNK
23. MÄRZ 2021

Den Ankauf chinesischen Impfstoffs durch den Senegal erklärt Thomas Mättig, FES Dakar, im *Deutschlandfunk* als politischen Erfolg Chinas: »Das war sicherlich ein Coup für China, aber auch für den Senegal, dass relativ früh, Mitte Februar schon, 200.000 Dosen chinesischen Impfstoffs hier ankamen.«

DIE ZEIT
30. MÄRZ 2021

Die *ZEIT* macht eine neue Bewegung aus, die die Vision einer besseren Datenwelt entwickelt. Ihre Botschaft sei: Es gibt ein Gegenmodell zu den Internetkonzernen. In der Bestandsaufnahme wird auf eine FES-Studie verwiesen, nach der die Mehrheit der Deutschen beim Gedanken an Digitalisierung Jobverluste befürchtet.

HANDELSBLATT, SZ, WEB.DE
6. APRIL 2021

Handelsblatt, *Süddeutsche Zeitung* und *web.de* greifen die Befunde einer Studie zur Zunahme überschuldeter Privathaushalte auf, an der die FES beteiligt war. Alle Beiträge stellen das Fazit heraus: »Eine finanzielle Überforderung vieler Menschen ist bereits nach der sogenannten ersten Covid-19-Welle nachweisbar und wird in Zukunft für eine erhebliche Anzahl an Menschen in verschärfter Form zutreffen.«

STUTTGARTER ZEITUNG
8. APRIL 2021

Mehr als jede_r zweite Bürgermeister_in in Baden-Württemberg ist in sozialen Medien wie Facebook und Instagram bereits persönlich angefeindet und beleidigt worden. Das geht aus einer anonymen Umfrage im Auftrag der FES unter den 1.101 Rathauschef_innen im Südwesten hervor. Die *Stuttgarter Zeitung* berichtet exklusiv.

TAGESSPIEGEL, STERN, FAZ U.A.
10. APRIL 2021

Die Ergebnisse der Studie »Fragile Freundschaft« des FES-Büros in Rom, die untersucht hat, was Deutsche und Italiener_innen voneinander halten, greifen elf Medien (in Deutschland) auf. Es zeigte sich, dass Kenntnisse der jeweils anderen Sprache und das Wissen übereinander auch nach Jahrzehnten des Zusammenwachsens in der EU nicht besonders ausgeprägt sind. U. a. berichten *Tagesspiegel*, *STERN*, *FAZ*, *WDR*, *Deutschlandfunk* und *SPIEGEL*.

DEUTSCHE WELLE
10. APRIL 2021

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im westafrikanischen Benin konstatiert die *Deutsche Welle* angesichts der unzureichenden Wahlmöglichkeiten den Weg des Landes in die Autokratie. Dies bestätigt der FES-Vertreter Hans-Joachim Preuß: »Wir haben ein Parlament, das ausschließlich aus Anhängern des Präsidenten besteht«, dasselbe gelte für den Obersten Gerichtshof.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG
27. APRIL 2021

Der FES-Büroleiter in Zypern, Hubert Faustmann, kommentiert gegenüber der *Neuen Zürcher Zeitung* die Gespräche von Vertreter_innen der Republik Zypern und der Türkischen Republik Nordzypern über Fragen einer Wiedervereinigung: »Die Erwartungen sind so niedrig wie noch nie in den letzten zwei Jahrzehnten.«

05

FRANKFURTER RUNDSCHAU
4. MAI 2021

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Errichtung einer Stiftung »Orte der deutschen Demokratiegeschichte« ist Gegenstand einer ausführlichen Analyse der *Frankfurter Rundschau* zur Frage nach der Wertschätzung der Demokratie in unserer Gesellschaft. Dabei wird auch eine repräsentative Studie der FES zitiert, die zeigte, dass die Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform nach wie vor auf hohem Niveau stabil ist.

TAGESSCHAU
11. MAI 2021

Vor dem Hintergrund der engen Grenzen, die ausländischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen in China bereits gesetzt sind, thematisiert die *Tagesschau* das geplante Investitionsabkommen zwischen der EU und China. Darin findet sich ein Passus, der über die bisherigen Regelungen sogar noch hinausgeht. Demnach sollen deutsche Stiftungen in China künftig nur noch von chinesischen Staatsbürger_innen geleitet werden.

MÄRKISCHE ALLGEMEINE
26. MAI 2021

Die *Märkische Allgemeine* berichtet über eine Veranstaltung des FES-Landesbüros Potsdam, bei der sich Olaf Scholz zuversichtlich zeigte, dass Brandenburg Vorreiter einer Industrialisierung Ostdeutschlands werden könne.

TAGESSPIEGEL
31. MAI 2021

Die in der FES-Studie »An der Corona-Front« gebündelten Erfahrungen von Altenpflegekräften in neun europäischen Ländern stehen im Mittelpunkt eines Artikels im *Tagesspiegel*. Aufgegriffen wird der Befund, dass die Corona-Pandemie gezeigt hat, dass sich die Defizite in der Altenpflege »verheerend auf die Fähigkeit ausgewirkt haben, die Schwächsten in der Coronavirus-Pandemie zu schützen«.

DIE WELT
31. MAI 2021

Angesichts des Betätigungsverbots von drei deutschen in Russland tätigen Organisationen beleuchtet die *WELT* die zunehmenden Bestrebungen, die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen zu kriminalisieren. Sie zitiert aus deren gemeinsamer Erklärung, die das Vorgehen der russischen Generalstaatsanwaltschaft kritisiert.

06

DEUTSCHE WELLE
6. JUNI 2021

Die zahlreichen zeitgleichen Abstimmungen in Mexiko gelten als die bisher größte Wahl in der Geschichte des Landes und damit als demokratischer Stresstest. »Diese Zwischenwahlen werden zeigen, ob der mexikanische Staat und seine Institutionen in der Lage sind, einen überparteilichen und transparenten demokratischen Prozess zu gewährleisten«, erklärt Elisa Gómez, Koordinatorin des Politischen Dialogs der FES in Mexiko, in einem Interview mit der *Deutschen Welle*.

DEUTSCHLANDFUNK
14. JUNI 2021

Der *Deutschlandfunk* beschreibt die Situation der Bergleute in Albanien, einem der rohstoffreichsten Länder Südosteuropas. Den Minenarbeitern fehle jegliche Lobby, die Gewerkschaften seien zahnlos. Die FES-Büroleiterin in Albanien, Stine Klapper, macht deutlich: »Es fehlt an Gesundheits- und Arbeitsschutz. Das heißt, es passieren recht viele Unfälle. Es kommt auch immer wieder zu Todesfällen.«

07

ALLE LEITMEDIEN
22. JUNI 2021

32

Bundesweite Berichterstattung über die neue FES-Mitte-Studie in allen Leitmedien und über alle Medienformate hinweg. Hervorgehoben wird der Befund, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland rechtsextreme oder rechtspopulistische Positionen ablehnt und dass in der Mitte der Gesellschaft rechtsextreme Einstellungen zurückgehen.

DER SPIEGEL
28. JUNI 2021

In einem Artikel über die Folgen der bereits umgesetzten und möglichen zukünftigen Corona-Maßnahmen für den Schulbetrieb verweist der *SPIEGEL* auf die Empfehlungen der FES-Expertinnenkommission aus dem Jahr 2020.

DEUTSCHLANDFUNK
2. JULI 2021

Nach der Verurteilung des belarussischen Oppositionellen Babariko zu 14 Jahren Lagerhaft zitiert der *Deutschlandfunk* Christopher Forst, zuständig für das FES-Engagement in Belarus, der mit Blick auf die Oppositionsbewegung eine fast schon gespenstische Ruhe im Land beobachtet.

NEUES DEUTSCHLAND
12. JULI 2021

Die Zeitung *neues deutschland* thematisiert nach einem neuerlichen Fabrikbrand in Bangladesch die dortigen Mängel beim Arbeitsschutz. Dabei wird auch Bezug genommen auf ein von der FES mitorganisiertes Web-Seminar, in dem unzureichende Kontrollen angeprangert wurden. Gestützt wurde dies durch eine Studie der FES und ihrer Partnerorganisationen, nach der von den rund 4.000 Textilfabriken im Land fast jede vierte noch nicht überprüft wurde.

BAYERISCHER RUNDFUNK
15. JULI 2021

Der *Bayerische Rundfunk* berichtet über eine FES-Studie zu den Auswirkungen der Pandemie auf die finanzielle Situation der Menschen. Die Zahlen seien erschreckend, sagt eine Schuldnerberaterin: 30 Prozent der Bürger_innen hätten im vergangenen Jahr auf Ersparnisse zurückgegriffen. Bei 13 Prozent seien die Ersparnisse schon im Oktober aufgebraucht gewesen.

TAGESSPIEGEL
16. JULI 2021

In einem Gastbeitrag für den *Tagesspiegel* plädiert Christian Klatt, FES Bamako, vor dem Hintergrund des Abzugs der deutschen Truppen aus Afghanistan und des Anschlags auf die Bundeswehr im Norden Malis dafür, das Engagement in Mali und dem Sahel grundsätzlich zu überdenken.

08

DEUTSCHE WELLE
3. AUGUST 2021

Die *Deutsche Welle* befasst sich mit der Auflösung des tunesischen Parlaments und der darauf folgenden politischen Krise. Zu den Verwerfungen habe insbesondere die prekäre soziale Lage im Land geführt, lautet die Diagnose. Verwiesen wird auf die Ergebnisse einer von der FES Tunis mitverfassten Studie, die u.a. ermittelt hatte, dass das Gesamteinkommen zweier Elternteile im Mindestlohnsektor lediglich ein Drittel der monatlichen Lebenshaltungskosten deckt.

TAGESSPIEGEL,
AUGSBURGER ALLGEMEINE
3. AUGUST 2021

Tagesspiegel und *Augsburger Allgemeine* zitieren die FES-Vertreterin in Kabul, Magdalena Kirchner, nach deren Einschätzung der beginnende Vormarsch der radikal-islamischen Taliban absehbar Tausende zur Flucht ins Ausland zwingen wird.

ZEIT, STERN U.A.
10. AUGUST 2021

Über die Vorstellung neuer Veranstaltungsformate und Programmangebote des Karl-Marx-Hauses durch Martin Schulz und den neuen Museumsleiter Jürgen Schmidt berichten fünf Medien, darunter *ZEIT* und *STERN*.

T-ONLINE
26. AUGUST 2021

Viele seltene Rohstoffe stammen aus Namibia. Geht der Plan der Bundesregierung auf, gilt das bald auch für grünen Wasserstoff. Grundlage könnte die von der Bundesregierung unterzeichnete Wasserstoff-Partnerschaft mit dem südafrikanischen Land sein. In einen Beitrag dazu bei *t-online* fließt die Bewertung einer FES-Untersuchung ein, nach der sich erst noch zeigen müsse, ob tatsächlich eine Win-Win-Situation für das Geber- und das Empfängerland entsteht.

SWR
30. AUGUST 2021

Im *SWR* beschreibt Tobias Mörschel, FES Rom, den Wandel in der italienischen Politik, wo Umweltschutz für die Wähler_innen lange keine große Rolle gespielt habe, nun aber langsam an Bedeutung gewinne.

09

ZEIT, FAZ,
BADISCHE ZEITUNG U.A.
1. SEPTEMBER 2021

13 Medien berichten über die Evakuierung der afghanischen Ortskräfte von FES und KAS aus Kabul, darunter *ZEIT*, *FAZ*, *Badische Zeitung*, *Merkur*, *GMX*, *t-online* und *n-tv*.

RBB
5. SEPTEMBER 2021

Eine Diskussionsrunde beim *rbb-info-radio* behandelt die Frage, ob der Antiterrorkrieg als Reaktion auf 9/11 von Anfang an ein Fehler war. An der Diskussion ist Magdalena Kirchner, FES Kabul, beteiligt.

10

TAGESSPIEGEL,
BUNDESWEHR-JOURNAL
6. SEPTEMBER 2021

34 Der *Tagesspiegel* berichtet über das Ergebnis einer länderübergreifenden Studie des FES-Büros New York, derzufolge die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ihr Versprechen gebrochen haben, nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 Freiheitsrechte nur zeitlich begrenzt und nur gezielt zur Bekämpfung der terroristischen Bedrohung einzuschränken. Ein weiterer Bericht dazu erscheint im *Bundeswehr-Journal*.

BERLINER ZEITUNG
22. SEPTEMBER 2021

Ein Artikel der *Berliner Zeitung* legt dar, dass rechter Terror als Thema im Wahlkampf kaum eine Rolle spielt, obwohl rassistisch motivierte Anschläge zugenommen haben. Der Bericht weist auf die Mitte-Studie der FES.

TAGESSCHAU24,
DEUTSCHLANDFUNK
28. SEPTEMBER 2021

Anlässlich des Besuchs von Bundespräsident Steinmeier im Ruhrgebiet zum 60. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens erläutert der FES-Archiv-Mitarbeiter Stefan Zeppenfeld auf *tagesschau24* und im *Deutschlandfunk* die historischen Hintergründe des Abkommens.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
4. OKTOBER 2021

Gastautor Thomas Meyer beschäftigt sich in der *Süddeutschen Zeitung* mit der Idee der französischen Philosophin Cristina Lafont zur Rettung der Demokratie. Er setzt sich mit der kontroversen Debatte über ihr Plädoyer für eine vernunftgeleitete Idee von Demokratie auseinander und hebt eine »kluge Untersuchung« der FES in Paris hervor, die sich Fragen der Umsetzbereitschaft innerhalb der politischen Systeme und Klassen gewidmet hatte.

DEUTSCHE WELLE
8. OKTOBER 2021

Die *Deutsche Welle* stellt die Ergebnisse einer FES-Studie zur verschärften Beschäftigungskrise in Afrika südlich der Sahara vor: »Jedes Jahr suchen etwa 20 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz, den es weder auf dem Land noch in der Stadt gibt.«

TAZ
12. OKTOBER 2021

In einer Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Politikberatung während der Pandemie kommt die *taz* zu dem Schluss, dass diese verbessert werden müsse. Dabei wird auch auf eine aktuelle FES-Studie verwiesen, in der zehn Empfehlungen für »Gute wissenschaftliche Politikberatung nach der Pandemie« aufgeführt sind. Deren Fazit: Wissenschaftliche Politikberatung werde für die Bewältigung der Klimakrise »essenziell« sein.

DEUTSCHE WELLE
21. OKTOBER 2021

Die *Deutsche Welle* berichtet über die Verhängung des Ausnahmezustands durch Ecuadors Präsidenten Guillermo Lasso, der einen entschlossenen Kampf gegen die Drogenkartelle angekündigt hat. »Es ist erschreckend, dass Lasso den Begriff der Kriminellen und Terroristen ausdehnt und damit auch Streikende, zum Beispiel die Indigenen, Reisbauern oder Transportorganisationen mit einbezieht«, konstatiert der FES-Vertreter in Ecuador, Constantin Groll, gegenüber dem Sender.

11

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
29. OKTOBER 2021

Die *Süddeutsche Zeitung* nimmt Bezug auf eine FES-Publikation, die die Idee des Münchener Oberbürgermeisters Dieter Reiter für die Einführung von »Gemeinwohlwohnungen« zusammenfasst. Die Kernforderung: Private Eigentümer, die mit der Miete mindestens 15 Prozent unter dem Niveau des Mietspiegels bleiben, sollten dafür vom Finanzamt belohnt werden – ihre Mieteinnahmen sollten steuerfrei sein.

STERN, WELT,
JÜDISCHE ALLGEMEINE U. A.
11. NOVEMBER 2021

Die Übergabe von mehr als 100 Büchern, Briefen und Materialien über Reichskanzler Otto von Bismarck durch die Staats- und Universitätsbibliothek der Uni Hamburg an die FES ist Thema von Berichten in *STERN, WELT, Jüdische Allgemeine, RTL* und *ZEIT*.

DPA U. A.
17. NOVEMBER 2021

Die Begegnung und der Dialogversuch von Olaf Scholz mit zwei Klimaaktivist_innen im Haus der FES sowie das Scheitern einer Konsensfindung ist Gegenstand einer *dpa*-Meldung und von (mindestens) vier Beiträgen, darunter im *Tagesspiegel*. Ein ausführlicher Artikel in der *ZEIT* widmet sich dem Zustandekommen und dem Ablauf des Treffens.

TAGESSPIEGEL
22. NOVEMBER 2021

Tagesspiegel Checkpoint berichtet zunächst exklusiv über eine FES-Studie, die untersucht, welches Bild Berlinerinnen und Berliner von sich haben. Demnach halten zwei Drittel der Bewohner_innen der Hauptstadt ihre wirtschaftliche Lage für gut, 88 Prozent loben den öffentlichen Nahverkehr, 95 Prozent lieben die vielfältige Kultur- und Kunstlandschaft.

DER SPIEGEL
24. NOVEMBER 2021

Über eine FES-Studie, die nachweist, dass ohne Migrant_innen und Geflüchtete auf dem deutschen Arbeitsmarkt in weiten Teilen nichts mehr ginge, berichtet der *SPIEGEL* vorab. Die Studie zeige, so der Artikel, wo sie als Fachkräfte besonders gebraucht werden und was das für die Zukunft bedeutet.

MERKUR
26. NOVEMBER 2021

Italien und Frankreich wollen künftig ihre Beziehungen weiter verstärken und haben dazu einen Freundschaftspakt geschlossen. Der *Merkur* zitiert Tobias Mörschel, FES Rom, der in dem Vertrag einen Impuls zur Zusammenarbeit in Europa sieht. »Es ist nicht gegen Europa oder gegen Deutschland gerichtet.« Für Deutschland gehe es nun darum, das »Dreieck« und einen Vertrag mit Italien zu schließen.

12

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG
2. DEZEMBER 2021

Eine Konferenz in Shanghai, die Einblick in »Think-Tanks mit chinesischen Charakteristika« gibt, weckt das Interesse der *Neuen Zürcher Zeitung*. Denn trotz mangelnder Meinungs- und Forschungsfreiheit in China konnte sich eine der chinesischen Denkfabriken gemeinsam mit der FES der riesigen Plattformökonomie im Land widmen. Wer genau sich wo traf, das musste auf Bitten der Organisatoren gegenüber der Zeitung allerdings geheim bleiben.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
5. DEZEMBER 2021

Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet über ein iranisch-deutsches Videoprojekt, bei dem ein iranischer Regisseur und eine deutsche Regisseurin in 16 Interviews untersuchten, wie die Familie als kleinste Zelle der Gesellschaft in der Zukunft aussehen wird. Hervorgehoben wird in dem Beitrag der enorme Aufwand, den die FES ermöglichte.

DIE WELT
9. DEZEMBER 2021

Die *WELT* greift die Ergebnisse einer gemeinsamen Studie von FES, ver.di und wmp consult auf, die sich mit dem geplanten Ausbau des ÖPNV in Hamburg befasste. Die erforderliche Personalgewinnung wurde darin aufgrund der teilweise unattraktiven Arbeitsbedingungen als schwierig diagnostiziert. Zitiert wird auch der Leiter des Hamburger FES-Büros, Dietmar Molthagen, der auf eine bislang zu wenig beachtete, aber zentrale Dimension der Verkehrswende hinweist: die Folgen für die Beschäftigten.

FRANKFURTER RUNDSCHAU
16. DEZEMBER 2021

Die Ampel-Koalition hat eine »feministische Außenpolitik« angekündigt. Die *Frankfurter Rundschau* analysiert das Konzept, das den einzelnen Menschen und nicht die Sicherheit von Staaten in den Fokus rückt. Die Bestandsaufnahme konstatiert eine Marginalisierung der Frauen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Es habe sich seit Jahrzehnten nicht viel geändert – trotz UN-Resolution, Folgeresolutionen und Aktionsplänen. Um eine Einschätzung wird auch die FES gebeten. Anja Papenfuß resümiert: »Nur 25 von 1.500 Friedensverträgen, die zwischen 2000 und 2016 geschlossen wurden, erwähnen Frauen. Weniger als drei Prozent der Unterzeichnenden von Friedensabkommen und weniger als zehn Prozent der Verhandlungsführenden waren Frauen.«

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG U. A.
30. DEZEMBER 2021

Mehrere Artikel, darunter in der *Süddeutschen Zeitung*, widmen sich der erneuten Übernahme der Macht im Sudan durch das Militär. Nach wochenlangen Protesten hatte der zivile Ministerpräsident Abdullah Hamdok seinen Rücktritt verkündet. Die FES-Vertreterin im Sudan, Christine-Felice Röhrs, ordnet den Vorgang ein: »Er hatte eigentlich keine Wahl mehr. Er hat einfach zu viel von dem, was er erreichen wollte, nicht geschafft.« So sei es nicht gelungen, das Blutvergießen auf der Straße zu verhindern.

ARBEITSBEREICHE

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

- 38 Politische Bildung und Dialog
- 40 Analyse, Planung und Beratung
- 41 Zentrale Aufgaben/Managerkreis

INTERNATIONALE ARBEIT

- 42 Internationaler Dialog
- 43 Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
- 44 Die Auslandsbüros
der Friedrich-Ebert-Stiftung

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

- 46 Studienförderung
- 47 Archiv der sozialen Demokratie

PREISE DER FRIEDRICH- EBERT-STIFTUNG E.V.

- 49 Das politische Buch
- 49 Hans-Matthöfer-Preis
für Wirtschaftspublizistik
- 49 FES-Menschenrechtspreis

UNSELBSTSTÄNDIGE STIFTUNGEN UND SONDERVERMÖGEN

- 50 Erich-Brost-Sondervermögen
- 50 Franziska-und-Otto-
Bennemann-Stiftung
- 50 Hans-und-Traute-
Matthöfer-Stiftung

Politische Bildung und Beratung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet im Inland politische Bildung und Beratung, orientiert am Leitbild der Sozialen Demokratie. Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente, um auch unter schwierigen Bedingungen demokratische Mitgestaltung und die Identifikation der Bürger_innen mit dem Gemeinwesen zu ermöglichen.

Mit ihrer politischen Bildungsarbeit will die FES zur Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger_innen beitragen und zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt motivieren. Zugleich versteht sich die Stiftung als Plattform des gesellschaftspolitischen Dialogs, indem sie öffentliche Debatten fördert und die Politik berät. Die Angebote sind zielgruppenorientiert, thematisch strukturiert und regional flexibel organisiert. Sie basieren auf den Säulen Politikvermittlung, Lernprojekte, Kompetenztrainings und Politikberatung. Dabei nutzen sie vielfältige methodische, insbesondere partizipative Ansätze. Eine Vielzahl neuer digitaler Formate ist durch gezielte Förderung in den Vorjahren und ihren Einsatz insbesondere während der Corona-Pandemie entstanden: Web-Seminare, Live-Streams, Blogs, YouTube-Videos, Podcasts, Online-Barcamps, E-Paper-Reihen, Erklärfilme, Messenger-Spiele, Online-Quiz oder Apps fürs Mobiltelefon. Auch jenseits von Einschränkungen durch die Pandemie werden digitale Formate eingesetzt, teils hybrid, um ein breiteres Publikum zu erreichen, insbesondere Jugendliche.

Politische Bildung und Dialog

Die neue Abteilung Politische Bildung und Dialog (PBD) bietet politische Bildung und Beratung in allen 16 Bundesländern und berät an den Standorten Berlin und Bonn zu

ausgewählten Politikfeldern, z. B. zum Themenschwerpunkt »Demokratie«, zu »Politik in Ostdeutschland« oder zu »Jugend und Politik«.

Im neu gegründeten Referat Engagement, Qualifizierung und Digitale Bildung (EQD) mit Sitz in Bonn qualifizieren fünf Fachteams bundesweit Bürgerinnen und Bürger für aktive Teilhabe in verschiedenen Politikbereichen, bilden Arbeitnehmer_innen, Jugendliche, Medienschaffende und kommunalpolitisch Engagierte weiter und vermitteln Kompetenzen für digitale Formate und Medien. Das Team Digitale Bildung agiert als Motor für innovative digitale Bildung in die Stiftung hinein, schafft Standards für die digitale Bildungsarbeit und vermittelt Kolleg_innen und Trainer_innen entsprechende Kompetenzen. Mit den digitalen Angeboten der OnlineAkademie, des Debattenportals sagwas und von FES digital wirkt das Team auch nach außen.

Im ebenfalls neu gegründeten Referat Demokratie, Gesellschaft und Innovation (DGI) am Standort Berlin stehen Grundsatzfragen der Sozialen Demokratie, Innovationen der politischen Bildungsarbeit sowie demokratische und gesellschaftliche Entwicklungen im Fokus. Das Referat bündelt Kernfragen der politischen Bildung und Beratung zum Arbeitsschwerpunkt Demokratie. Es erarbeitet Leitlinien zur Förderung von Innovationen in der gesamten Abteilungsarbeit. Im Aufbau begriffen ist eine digitale Kommunikationsplattform, die künftig progressive Politikansätze



Blog zur Bundestagswahl 2021

Wie schauen junge Menschen in Deutschland auf die Rolle des Staates?

Dr. Christine Hübner, Sascha Nicke und Dr. Jan Eichhorn, djpart Think Tank für politische Partizipation



Die geforderte Mitte

Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21

Franziska Schröter, Andreas Zick, Beate Küpper (Hg.)

DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IN DEUTSCHLAND

Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit

- Bürger_innen, die politische Information und Orientierung suchen
- Jugend und politischer Nachwuchs
- Engagierte in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen
- Multiplikator_innen mit Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten
- Aktive in der Zivilgesellschaft
- Multiplikator_innen in Parteien und Parlamenten
- Vertreter_innen aus Medien, Kultur und Kreativwirtschaft



aus den Bundesländern bündelt und sie politischen Partnern und der interessierten Öffentlichkeit aufbereitet zur Verfügung stellt.

Die Arbeitslinie Politik für Ostdeutschland entwickelte im Rahmen der Politikberatung die Publikation »Was tun? Was tun! Ideen für ein starkes Ostdeutschland«, deren Handlungsempfehlungen zentrale Partner im Kontext der Bundestagswahlen aufgriffen. Das Projekt gegen Rechtsextremismus stärkt mit seiner Arbeit Multiplikator_innen, die sich gegen demokratiefeindliche Strömungen engagieren. Zu den herausragenden Aktivitäten gehört die regelmäßige Analyse rechtsextremer und rechtspopulistischer Einstellungen in der Bevölkerung (FES-Mitte-Studien).

Die Landes- und Regionalbüros greifen bundes-, landes-, kommunal- und europapolitische Themen auf, die sie dezentral auch im ländlichen Raum für ein breites Publikum aufbereiten. In etlichen Bundesländern konnte die überarbeitete, nunmehr multimediale Rechtsextremismus-Ausstellung ab dem zweiten Halbjahr wieder gezeigt werden. Beispielhaft für die landespolitische Arbeit ist das online-gestützte Kommunalwahltool zum Selbstlernen in Niedersachsen. Es basiert auf einer interaktiven Lernlandkarte, kurzen Einspielfilmen unter Mitwirkung bekannter Kommunalpolitiker_innen und Begleittexten, die insbesondere Erstwähler_innen und Schüler_innen zur Kommunalpolitik informieren. Das Landesbüro Rheinland-Pfalz gestaltete mit einem Workshop für die europäische Jugend und einer Fachkonferenz den Auftakt der neuen Reihe »Hambacher Demokratiedialog« (HDD). Sie leistet an einem für die deutsche und europäische Demokratiegeschichte zentralen Ort einen wesentlichen Beitrag zur FES-weiten Themenlinie »Souveränes Europa« als Plattform für den Austausch europäischer Akteur_innen zu progressiver europäischer Politik.

Im Laufe des Jahres organisierte die Abteilung Politische Bildung und Dialog on- und offline knapp 1940 Veranstaltungen für rund 51.000 Interessierte. Hinzu kamen rund 100 Publikationen, überwiegend Online-Formate und E-Papers.

Analyse, Planung und Beratung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung (APB) der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar der Sozialen Demokratie. Durch empirische Sozialforschung und andere Instrumente spürt sie Trends in der deutschen und europäischen Gesellschaft sowie in der politischen Debatte auf. Sie testet neue Ideen der Sozialen Demokratie und lotet das Zustimmungspotenzial in unterschiedlichen Milieus der Gesellschaft aus. Darüber hinaus bietet sie mit diversen Formaten politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger_innen Beratung zu sozialen, finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen. Sie bringt Expertise aus Wissenschaft, Praxis und Politik zusammen, um evidenzbasierte Beiträge zu aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu leisten. In drei Publikationsreihen – FES diskurs, FES impuls, FES kompakt – veröffentlicht die Abteilung umfangreiche Expertisen und Studien ebenso wie kurze handlungsorientierte Analysen für Multiplikator_innen und Expert_innen.

Zu ausgewählten Themen veranstaltet die Abteilung APB große öffentliche Kongresse, bei denen neue Ideen und inhaltliche Impulse mit einem Kreis von deutschen, europäischen und internationalen Wissenschaftler_innen und Entscheidungsträger_innen diskutiert werden. Im Vordergrund steht dabei die Auseinandersetzung mit neuen progressiven Ideen zur Gestaltung eines gerechten Wirt-



Bezahlbare Wohnungen sichern

Sozialer Wohnungsbau, Wohnungsgemeinnützigkeit und Gemeinwohnlösungen

Arnt von Bodelschwingh, Katharina Enders, Jochen Lang, Dirk Löh



Neue Klimaziele: Darum kommt der Kohleausstieg früher

Isabel Schrems unter Mitarbeit von Rebecca Lewalter

schafts- und Sozialsystems angesichts von Megatrends wie Digitalisierung, Klimawandel und wachsender sozialer Ungleichheit. Ideen zur Gestaltung einer Vielzahl von Politikfeldern werden außerdem in kleinen Gesprächs- und Arbeitskreisen formuliert, diskutiert und empirisch unterfüttert.

Während sich das Referat Analyse und Planung mit übergeordneten Trends und Debatten befasst, berät das Referat Beratung zu einem breiten Spektrum von Politikfeldern: Arbeit, Bildung & Forschung, Digitalisierung, Finanzen & Wirtschaft, Gender & Familie, Klima & Energie, Kultur & Medien, Migration & Integration, Recht, Freiheit & Sicherheit, Stadtentwicklung & Wohnen & Mobilität, Strukturwandel.

Das Referat Analyse und Planung ist als Neugründung aus dem FES100-Prozess hervorgegangen und befindet sich noch im Aufbau. Zu seinen Aufgaben zählt einerseits die Analyse von gesellschaftspolitischen Trends durch repräsentative Meinungsumfragen und wissenschaftliche Studien. Andererseits initiiert das Referat Prozesse der stiftungsweiten Zusammenarbeit und setzt diese beispielsweise in stiftungsweiten Fokusprojekten um.

Zentrale Aufgaben / Managerkreis

Der Managerkreis (MK) der Friedrich-Ebert-Stiftung ist ein Forum für Unternehmer_innen, Führungskräfte und Vertreter_innen aus Wirtschaftsverbänden und Politik, die sich der Sozialen Demokratie verbunden fühlen. Das 1991 gegründete Netzwerk hat gegenwärtig rund 900 Mitglieder. Sie pflegen den Austausch mit der Politik und bringen ihren unternehmerischen Sachverstand ein. So gelingt es, eine Brücke zwischen Management und Politik zu schlagen.

Ziel der Aktivitäten in den acht regionalen Arbeitskreisen und fünf thematischen Arbeitsgruppen ist es, politische

Handlungsempfehlungen für eine innovative, ökologische und sozial gerechte Zukunft zu entwickeln. Inhaltliche Grundlage bildet seit 2019 ein Szenarienprozess, aus dem unter dem Titel »Created by Germany« ein wünschenswertes Szenario für 2035 abgeleitet wurde. Der »Monitor Deutschland 2035« zeigt in Infografiken Trends von Wertschöpfung und Innovation bis zu sozialer Sicherheit auf. Auf dieser Grundlage erarbeiten Mitglieder Positionen und Impulspapiere, u. a. zu den Themen Transformation, Energiewende, bezahlbares Wohnen und Digitalisierung. Zudem gibt es Hintergrundgespräche und öffentliche Konferenzen mit politischen Entscheidungsträger_innen. Die gute regionale Verankerung des MK ist das Ergebnis einer engen Kooperation mit den FES-Landesbüros. Mit den Arbeitseinheiten der Stiftung findet ein regelmäßiger Austausch statt um wirtschaftspolitische Positionen einzubringen.

Der Managerkreis bietet auch exklusive Business Meetings für Frauen. Highlights waren 2021 die Gespräche mit der Vorsitzenden des Ethikrates, Prof. Dr. Alina Buyx, sowie mit der TV-Moderatorin Sandra Maischberger im Managerkreis Rhein-Main. FES-Stipendiat_innen werden durch ein Coaching in der Phase des Berufseinstiegs unterstützt.

Für die Öffentlichkeitsarbeit nutzt der MK verschiedene Kanäle: Neben dem Managerkreis-Magazin gibt es die Podcast-Reihe »Managerkreis-Impulse«, die 18 weitere Folgen produziert hat; neu hinzugekommen sind YouTube-Filme auf Grundlage von Veranstaltungen. Ein besonderer Erfolg war der Film »Tesla baut in Grünheide – Was das für den Wirtschaftsstandort Brandenburg bedeutet« mit über 4000 Aufrufen.

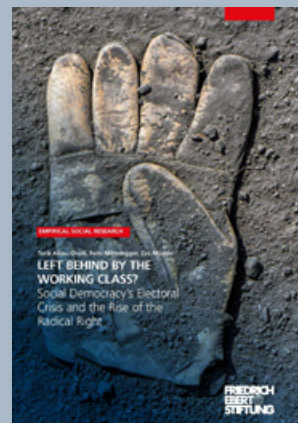
Im Jahr 2021 organisierte der Managerkreis 123 Veranstaltungen – online, hybrid und in Präsenz –, viele davon in den acht Regionalkreisen.



Analyse zur Bundestagswahl 2021

Eine historische Bundestagswahl mit einem roten Comeback

Catrina Schläger,
Martin Güttler,
Jan Niklas Engels



Left behind by the working class?

Social Democracy's Electoral Crisis and the Rise of the Radical Right

Tarik Abou-Chadi,
Reto Mitteregger,
Cas Mudde

Internationale Arbeit

Die Corona-Pandemie hat einige globale Trends verstärkt, welche die internationale Ordnung destabilisieren. Nationale Egoismen, Großmachtpolitik, die Schaffung von Einflussphären und der Kampf um Ressourcen stellen den Multilateralismus vor ungeheure Belastungsproben. Die Auswirkungen der Pandemie haben Millionen Menschen in Armut gestürzt und ein großer Teil der Weltbevölkerung ist noch immer ungeimpft. Dringend notwendig sind internationale Solidarität, gemeinsame Krisenvorsorge und Sonderprogramme zur Krisenmilderung.

Die USA, geschwächt durch vier Jahre Trump-Regierung, wenden sich unter Präsident Biden wieder ihren Verbündeten und den globalen Problemen zu. Nun steht die westliche Wertegemeinschaft vor der Aufgabe, die großen Herausforderungen wie den Kampf gegen Klimawandel und Armut und für Bildung, Gesundheit und Sicherheit zu organisieren. Unser demokratisches Modell ist enormen Belastungen ausgesetzt. Nicht nur Autokratien oder Diktaturen wie Russland, China, die Türkei, Venezuela oder Belarus stellen Bedrohungen dar. Auch opportunistische Regierungen, kurzfristige Gewinnmaximierungen großer Unternehmen oder taktische Allianzen in multilateralen Konstellationen gefährden die erreichten Fortschritte.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt durch Dialog und internationale Kooperation sich entwickelnde Demokratien, organisiert Begegnung und leistet Beratung auf nationaler, regionaler und globaler Ebene. Die Kooperationsprogramme der FES haben zum Ziel, die weitere Globalisierung sozial und gerecht zu gestalten. Dabei stellt die Überwachung der Corona-Konjunkturprogramme eine demokratische Herausforderung dar, denn sie sollen nicht nur die unmittelbaren Auswirkungen lindern, sondern gleichzeitig soziale und klimatische Nachhaltigkeit sichern sowie die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterstützen.

Die FES nutzt ihre hervorragenden Zugänge zu zahlreichen Akteuren, um auch kleineren Organisationen eine Stimme zu

geben, Vertrauen in die internationale Politik zu schaffen und Möglichkeiten für Kooperationen auszuloten. Einen hohen Stellenwert hat das Thema »Gute Arbeit weltweit«. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Gewerkschaften setzt die Stiftung sich für gerechte Arbeitsbedingungen, Unternehmensverantwortung und Gewerkschaftsrechte auch in den Lieferketten ein. Wichtige Formate sind die jährliche Tiergartenkonferenz für progressive Außen- und Sicherheitspolitik, der Global Solutions Summit, der Gerechtigkeitsfragen erörtert, sowie das digitale ipg-journal als progressive Debattenplattform.

Internationaler Dialog

Die Europäische Union, ihre Nachbarschaft und die transatlantischen Beziehungen stehen im Zentrum der Arbeit der Abteilung Internationaler Dialog. Die Auslandsbüros bearbeiten grenzüberschreitend vier strategische Themen, die von entsprechenden Kompetenzzentren in Brüssel und Wien unterstützt werden: Friedens- und Sicherheitspolitik, sozial-ökologische Transformation, Arbeit der Zukunft sowie Demokratie und Demokratieförderung. Dazu erstellt die FES Expertisen und Umfragen, organisiert den Austausch und bietet Beratung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene an. Dabei werden das progressive FES-Netzwerk gestärkt, junge Multiplikator_innen gefördert und Institutionen, Verbände und Nichtregierungsorganisationen einbezogen.



Fragile Freundschaft

Eine Meinungsumfrage zu den deutsch-italienischen Beziehungen

Michael Braun,
Frederic Malter,
Tobias Mörschel



Ungleiches Europa

Regionale Disparitäten in der EU überwinden

Björn Hacker

Die EU muss weltpolitisch handlungsfähiger werden. Dies gilt für die Bekämpfung der Corona-Pandemie, des Klimawandels, von Armut und Hunger ebenso wie für den Systemkonflikt mit autoritären Regimen wie China und Russland. Beim Rückzug aus Afghanistan offenbarten sich gravierende Defizite bei der Verteidigungsfähigkeit. Außer Frage steht, dass die EU ihren inneren Zusammenhalt und ihre Handlungsfähigkeit stärken muss. Eine Umfrage in acht Ländern ergab, dass 73 Prozent der Europäer_innen ein starkes und souveränes Europa wollen, sowohl nach innen durch starke Sozialsysteme als auch nach außen durch sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit.

All dem hat die FES durch eine Vielzahl von Studien, Umfragen, Beratungsleistungen und Veranstaltungen Rechnung getragen. Zudem hat das ipg-journal einen pluralistischen Diskurs über europäische Integration, Außenpolitik, internationale Beziehungen, Nachhaltigkeit und die Zukunft der Arbeit unterstützt und damit über die Portale auf Deutsch, Englisch und Russisch erneut mehrere Millionen Seitenaufrufe generiert.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) verfolgt schwerpunktmäßig vier Projekte, die miteinander verknüpft sind: erstens ein Wiederaufbau-Projekt, denn die Folgen der Pandemie werden die Länder des globalen Südens noch lange beschäftigen; zweitens ein Transformationsprojekt, das die strukturellen Ursachen ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen und Gewaltkonflikte angeht und einen neuen Sozialvertrag aufsetzt; drittens ein solidarisches Finanzierungsprojekt, das die Kosten für den Wandel gerecht verteilt; und viertens ein Vertrauensprojekt, das demokratisches Vertrauen zwischen und innerhalb von Gesellschaften stärkt.

Zentraler Pfeiler der IEZ-Arbeit ist die internationale Gewerkschaftsarbeit. Denn in allen Feldern der Transformation –

Arbeit, Digitales, Dekarbonisierung, Demokratie – müssen Gewerkschaften zentrale Akteure sein, wenn der Wandel gelingen soll. Allein im globalen Gewerkschaftsprojekt gibt es jährlich 250 Aktivitäten. Dazu gehören gewerkschaftliche Netzwerke in multinationalen Unternehmen genauso wie Weiterbildungskurse und Studiengänge für Gewerkschafter_innen, die zum Beispiel die Global Labour University anbietet. Zusammen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) veröffentlicht die FES jedes Jahr den Globalen Rechtsindex. Der Befund für 2021: In vielen Ländern wurden im Zuge der Corona-Krise die Versammlungsfreiheit eingeschränkt und Gewerkschaften verboten.

Vorarbeiten zu einem für 2022 geplanten Projekt zu resilienten Demokratien unternahm die Stiftung mit der globalen Gesprächsreihe »Resilient Democracies«. Darin beschäftigten sich Politiker_innen aus vier Kontinenten mit den Problemen bedrängter Demokratien. Die in den globalen Dialogen formulierten Thesen sollen wichtige Impulse für die Arbeit transnationaler Akteure der Sozialen Demokratie geben.

Klimabedingte Katastrophen werden zunehmend dazu führen, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Damit erhält das Resettlement von Geflüchteten als wichtiges Instrument des internationalen Flüchtlingsschutzes große Bedeutung. Zusammen mit der European Stability Initiative startete die FES eine Dialogserie, um nach dem besten Weg zu einer internationalen Resettlement-Allianz von Zivilgesellschaft, Denkfabriken und staatlichen Akteuren zu suchen. Die Serie bildete den Auftakt für eine Initiative, die 2022 weiterentwickelt werden soll.

Um Gerechtigkeitsfragen ging es beim »Global Solutions Summit« der FES, an dem rund 5.000 Interessierte teilnahmen. FES-Vorsitzender Martin Schulz und UN-Generalsekretär António Guterres plädierten gemeinsam für mehr Impfgerechtigkeit und forderten eine globale Impfstrategie.



Gewerkschaften im Wandel 4.0

Wie sich Gewerkschaften weltweit der neuen Welt der Arbeit stellen

Uta Dirksen,
Mirko Herberg



Friedensmacht EU

Vorschläge zur Konfliktlösung in Kolumbien und Venezuela

Kristina Birke Daniels,
Susanne Stollreiter,
Katharina Wegner

DIE AUSLANDSBÜROS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG



Nordamerika

- 1 Ottawa
- 2 New York (UN)
- 3 Washington D. C.

Lateinamerika

- 4 Mexiko-Stadt
- 5 Guatemala-Stadt
- 6 San Salvador
- 7 Tegucigalpa
- 8 Santo Domingo
- 9 San José
- 10 Panama-Stadt
- 11 Caracas
- 12 Bogotá
- 13 Quito
- 14 Lima
- 15 La Paz
- 16 São Paulo
- 17 Santiago de Chile
- 18 Buenos Aires
- 19 Montevideo

Europa

- 20 Lissabon
- 21 Madrid
- 22 London
- 23 Paris
- 24 Brüssel (EU)
- 25 Genf (UN)
- 26 Rom
- 27 Prag
- 28 Bratislava
- 29 Wien (OSZE)
- 30 Zagreb
- 31 Budapest
- 32 Belgrad
- 33 Banja Luka
- 34 Sarajevo
- 35 Prishtina
- 36 Tirana
- 37 Skopje
- 38 Athen
- 39 Sofia
- 40 Bukarest
- 41 Chisinau
- 42 Kiew
- 43 Warschau
- 44 Vilnius
- 45 Riga
- 46 Stockholm
- 47 Tallinn
- 48 Moskau
- 49 St. Petersburg
- 50 Nikosia
- 51 Istanbul
- 52 Ankara

**Naher/Mittlerer Osten
und Nordafrika**

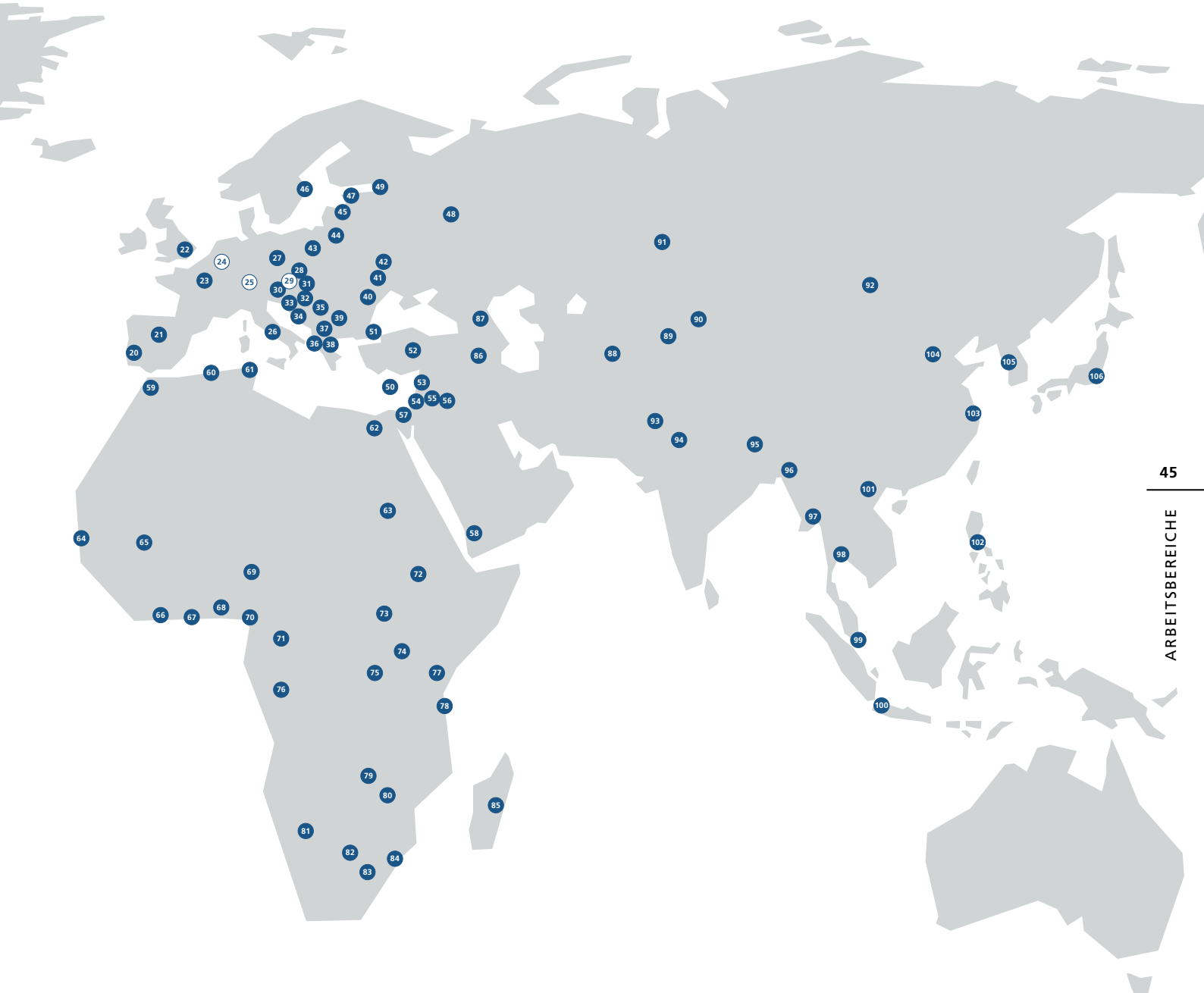
- 53 Beirut
- 54 Tel Aviv
- 55 Jerusalem (Ost)
- 56 Amman
- 57 Gaza-Stadt
- 58 Sanaa
- 59 Rabat
- 60 Algier
- 61 Tunis
- 62 Kairo
- 63 Khartum

Afrika

- 64 Dakar
- 65 Bamako
- 66 Abidjan
- 67 Accra
- 68 Cotonou
- 69 Abuja
- 70 Lagos
- 71 Jaunde
- 72 Addis Abeba (AU)
- 73 Juba
- 74 Kampala
- 75 Kigali
- 76 Kinshasa
- 77 Nairobi
- 78 Daressalam
- 79 Lusaka
- 80 Harare
- 81 Windhuk
- 82 Gaborone
- 83 Johannesburg
- 84 Maputo
- 85 Antananarivo

Asien

- 86 Eriwan
- 87 Tiflis
- 88 Taschkent
- 89 Bischkek
- 90 Almaty
- 91 Nur-Sultan
- 92 Ulan Bator
- 93 Islamabad
- 94 New Delhi
- 95 Kathmandu
- 96 Dhaka
- 97 Yangon
- 98 Bangkok
- 99 Singapur
- 100 Jakarta
- 101 Hanoi
- 102 Manila
- 103 Shanghai
- 104 Peking
- 105 Seoul
- 106 Tokio



- Länder-/Regionalbüros
- Verbindungsbüros zu internationalen Organisationen

STAND: MAI 2022

Wissenschaftliche Arbeit

Ihre wissenschaftliche Arbeit, Beratung und Begabtenförderung organisiert und trägt die FES durch die Studienförderung, das Archiv der sozialen Demokratie und die Bibliothek. Die Studienförderung unterstützt begabte und engagierte Studierende aus dem In- und Ausland, die sich sozialdemokratischen Werten verbunden fühlen. Im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek wird das kollektive Gedächtnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften bewahrt und im gesellschaftspolitischen Diskurs sichtbar gemacht.

Studienförderung

Seit ihrer Gründung als Studienförderwerk vor über 95 Jahren zielt die Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Vergabe von Stipendien nicht nur auf Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit, sondern auch auf den Aufbau und den Erhalt der Demokratie. Diese Form der Demokratieförderung mittels Stipendien an begabte und engagierte Studierende erweist sich als wirksames Instrument, besonders in Zeiten, in denen die Demokratie unter Druck steht.

Unser Ziel ist es daher, Menschen zu fördern, die bereit sind, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Dabei sind alle Fachrichtungen wichtig, denn vielversprechende Nachwuchskräfte werden überall gebraucht: in Politik und Verwaltung, in Gewerkschaften, in der Wirtschaft, bei Medien, in Schulen und in der Wissenschaft. Im Studium und in ihrem Beruf zeichnen sich FES-Stipendiat_innen durch gesellschaftspolitisches Engagement und überdurchschnittliche Leistungen aus.

Den pandemiebedingten Herausforderungen hat sich die FES-Studienförderung als solidarisches Netzwerk auch

im zweiten Corona-Jahr erfolgreich gestellt. Es gelang unter großem Einsatz aller Beteiligten, die gesamte Arbeit aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Das eigens für die Studienförderung programmierte Community Portal fördert die Vernetzung und den Austausch aller aktuellen und ehemaligen Stipendiat_innen im digitalen Raum.

Studienförderung 2021



2.817
Stipendiat_innen

51 %
Frauenanteil

759
neu aufgenommen

4.923
Bewerbungen

Wolfgang Schroeder
Markus Trömmel (Hg.)
**Rechtspopulismus
Zivilgesellschaft
Demokratie**

Rechtspopulismus
Zivilgesellschaft
Demokratie

Wolfgang Schroeder,
Markus Trömmel (Hg.)



Scharnierzeit der
Entspannungspolitik

Willy Brandt als Außenminister der
Großen Koalition (1966–1969)

Scharnierzeit der
Entspannungspolitik

Willy Brandt als Außenminister
der Großen Koalition
(1966–1969)

Maak Flatten

Sowohl die Betreuung und Beratung als auch die finanzielle Förderung der Stipendiat_innen waren in vielen Fällen von existenzieller Bedeutung.

Bildung ist grundlegend für Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe. Daher berücksichtigen wir bei der Auswahl besonders Frauen, FH-Studierende, Studierende der MINT-Fächer, Studierende aus Zu- und Einwandererfamilien sowie junge Menschen, die als Erste aus ihrer Familie studieren. Sie alle eint ihr großes gesellschaftspolitisches Engagement für eine starke Solidargemeinschaft. Mehr als 50 Prozent der FES-Stipendiat_innen in der BMBF-Förderung sind parteipolitisch aktiv.

Auch nach Ende der Förderung ermutigt die Stiftung die derzeit rund 23.000 Ehemaligen, sich weiter gesellschaftspolitisch einzubringen und das Netzwerk der Sozialen Demokratie mitzugestalten. Viele Ehemalige übernehmen Führungsaufgaben in Wissenschaft, Forschung, Kultur und Medien oder arbeiten in politischen und politiknahen Organisationen. Sie sind daher wichtige Vermittler bei der Beratung rund um den Berufseinstieg junger Ehemaliger.

Solidaritätsfonds

1971 wurde auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiat_innen sowie Ehemaliger der Solidaritätsfonds gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, um verfolgte und in Not geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen.

Spenden unter dem Stichwort:

»Solidaritätsfonds der FES«

IBAN: DE52 1007 0000 0938 4744 00

BIC: DEUTDE33XXX

Archiv der sozialen Demokratie

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) ist das historische Gedächtnis der Sozialen Demokratie. Es steht in der Tradition der 1878 von August Bebel gegründeten Parteibibliothek und des -archivs. 1969 wurde es zur Marke AdsD, mittlerweile hat es seine Tradition und Arbeit in die digitale Welt des 21. Jahrhunderts überführt. Kernleistungen sind die Sammlung, Sicherung, Bewahrung, Erschließung und Zurverfügungstellung der gedruckten und ungedruckten Unterlagen und anderer Artefakte der Sozialen Demokratie. Das AdsD ist mit seinen Beständen, (digitalen) Services und Produkten ein leicht zugänglicher, international bekannter Wissensspeicher. Es arbeitet gemäß internationalen Standards und nimmt unter den Archiven der deutschen politischen Stiftungen eine führende Rolle für digitale Services und die digitale Langzeitarchivierung ein. Das AdsD bietet Informationen, Bildung und Beratung in verschiedenen Formaten und Kanälen an. Es fördert Netzwerkarbeit und wirkt als demokratischer Wertevermittler und Akteur für Wissenschaft und historisch-politische Bildung.

Die Beratungs- und Vermittlungsarbeit des AdsD verknüpft historische Themen mit Herausforderungen der Gegenwart. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt vor 50 Jahren gab 2021 Anlass, in einer Ringvorlesung über die globalen Dimensionen von Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit zu diskutieren. Der demokratiegeschichtliche Schwerpunkt des AdsD zeigte sich ferner in Veranstaltungen zur Geschichte der Sozialdemokratie im Kaiserreich und zur aktuellen Debatte um die Ausgestaltung der Paulskirche.

2021 setzte das AdsD eine strukturelle Reorganisation um, so dass die Arbeitsbereiche Archiv und Bibliothek enger verzahnt wurden. Die Neuformierung der Arbeitsbereiche ging mit der Einführung eines neuen digitalen Anfragensystems



Eliten und Elitenkritik vom 19. bis zum 21. Jahrhundert

Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 61 2021

hg. Friedrich-Ebert-Stiftung



Entbehrung und Erfüllung

Praktiken von Arbeit, Körper und Konsum in der Geschichte moderner Gesellschaften

Gleb J. Albert, Daniel Siemens, Frank Wolff (Hg.)

einher. Die Verwaltung der Magazine sowie die Retrodigitalisierungsstraßen wurden zusammengefasst. Arbeitsprozesse zur Retrodigitalisierung werden aufeinander abgestimmt und Effizienzgewinne erzielt. Außerdem werden Produkte wie die digitale Bibliothek sowie Komponenten des digitalen Lesesaals erneuert und das Webarchiv um ausgewählte Twitter-Kanäle erweitert. Die dauerhafte Sicherung und Archivierung sind zentrale Herausforderungen, die nunmehr für digitales Bibliotheks- und Archivgut gemeinsam koordiniert und durchgeführt werden können.

Auch 2021 hat die Bibliothek ihre Dienstleistungsangebote und Digitalisierungsaktivitäten ausgebaut. So konnte die »Onleihe« erneut einen deutlichen Zuwachs verzeichnen. Die für die Digitalisierung des sozialdemokratischen Zentralorgans Vorwärts erarbeitete Web-Infrastruktur wurde dank einer Förderung durch das BKM-Programm »Neustart Kultur« genutzt, um weitere zentrale Titel der historischen sozialdemokratischen Presse zu digitalisieren. Damit stehen nun insgesamt 18 zentrale historische Zeitungstitel der Sozialdemokratie aus Kaiserreich, Weimarer Republik und Exil während des Nationalsozialismus zur Volltextrecherche zur Verfügung. Die Provenienzforschung am Gründungsbestand der Bibliothek wurde im Jahr 2021 systematisch fortgesetzt. Im Jahr 2022 wird eine erste Restitution von Büchern erfolgen, die in diesem Rahmen eindeutig als NS-Raubgut identifiziert wurden.

Archiv der sozialen Demokratie 2021



3.000

Anfragen

233

retrodigitalisierte
Zeitungen und
Zeitschriften

143 TB

Speichervolumen
des Langzeitarchivs

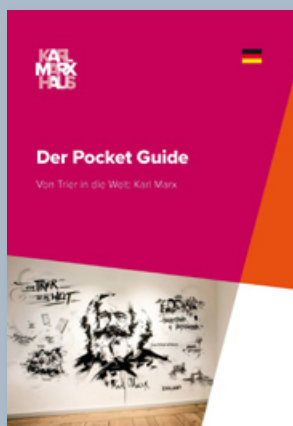
Das Museum Karl-Marx-Haus in Trier als einzigartiger historischer Lernort zu Leben, Werk und Wirkung des Universalgelehrten zog 16.000 Besucher_innen an. Da das Museum über Monate geschlossen bleiben musste, wurde das digitale Angebot stark ausgebaut. So ermöglicht ein 360-Grad-Rundgang Besucher_innen, sich online einen Überblick über das Museum zu verschaffen. Gleichzeitig wurde vor Ort ein Informationsangebot durch Pocket-Guides in englischer, französischer, italienischer, spanischer, niederländischer und chinesischer Sprache geschaffen.



Legitimierung staatlicher Herrschaft in Demokratien und Diktaturen

Festschrift für
Ralph Jessen

Stefanie Coché,
Hedwig Richter (Hg.)



Der Pocket Guide

Von Trier in die Welt:
Karl Marx

Anja Kruke,
Ann-Katrin Thomm

Das politische Buch

Der Preis »Das politische Buch« ging 2021 an den Historiker Andreas Kossert für seinen Band »Flucht. Eine Menschheitsgeschichte«. Kossert stellt darin die Flüchtlingsbewegung des frühen 21. Jahrhunderts in einen großen geschichtlichen Zusammenhang. Nah an den Einzelschicksalen zeigt er auf bewegende Weise, welche existenziellen Erfahrungen mit dem Verlust der Heimat einhergehen und warum es für Vertriebene zu allen Zeiten so schwer ist, in der Fremde neue Wurzeln zu schlagen.

Die Jury würdigte das Buch als »ein großes Plädoyer für Empathie und Mitmenschlichkeit« und »eine Pflichtlektüre für alle, die heute Flüchtlings- und Integrationspolitik gestalten«. Im Rahmen der Preisverleihung am 17. Mai diskutierte der Preisträger mit dem Schriftsteller Navid Kermani und der Autorin Olga Grjasnowa darüber, wie von dem großen Leid der Flucht erzählt werden kann und welche Rolle die Literatur dabei spielt.

Der Preis »Das politische Buch« zählt zu den wichtigsten Sachbuchpreisen im deutschen Sprachraum. Die Friedrich-Ebert-Stiftung verleiht ihn jährlich für eine herausragende Neuerscheinung, die sich kritisch mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen auseinandersetzt und richtungsweisende Denkanstöße gibt. Die Entscheidung trifft eine unabhängige Jury.

www.fes.de/preis-das-politische-buch

FES-Menschenrechtspreis

Die Corona-Pandemie wirft ein Schlaglicht auf globale Ungleichheit. Gerade die Menschen in Subsahara-Afrika sind mit wachsender Armut, fehlender sozialer Sicherung und Impfungerechtigkeit konfrontiert. In diesen Zeiten ist das Engagement für die Menschenrechte benachteiligter und vulnerabler Bevölkerungsgruppen von immenser Bedeutung. Der Menschenrechtspreis der FES wurde daher 2021 der botswanischen Menschenrechtsaktivistin Alice Mogwe verliehen. Die Juristin engagiert sich seit Jahrzehnten für die Rechte von ethnischen Minderheiten, Frauen, Homosexuellen, Arbeiter_innen und Migrant_innen sowie gegen die Todesstrafe.

Die Stiftung würdigte mit dem Preis Alice Mogwes Engagement in Botswana und im südlichen Afrika sowie die Arbeit ihrer Organisation DITSHWANELO für die demokratischen Rechte von Bürger_innen. Die Preisverleihung fand am 1. Dezember 2021 in Gaborone, Botswana, statt.

www.fes.de/menschenrechtspreis

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Der Preis »Wirtschaft.Weiter.Denken« der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der FES ging 2021 zu gleichen Teilen an Philipp Staab für sein Buch »Digitaler Kapitalismus« sowie an Emmanuel Saez und Gabriel Zucman für ihr Werk »Der Triumph der Ungerechtigkeit«.

Philipp Staab, Soziologieprofessor am Einstein Center Digital Future der Humboldt-Universität zu Berlin, analysiert in »Digitaler Kapitalismus« die Strategien der großen Akteure der Internetökonomie und erklärt, wie der digitale Kapitalismus funktioniert. Hier agieren Unternehmen nicht nur als Wettbewerber auf Märkten, sondern sie konstituieren selbst diese Märkte, auf denen sie dann die Angebots- und Nachfragebedingungen gestalten. »Der ungebremsste Siegeszug der Internetfirmen in der Pandemie unterstreicht die große Relevanz des Buches«, urteilte die Jury und plädierte dafür, die auf das Internet gerichtete Wirtschaftspolitik radikal zu überdenken.

Die französischen Ungleichheits-Forscher Emmanuel Saez und Gabriel Zucman von der University of California in Berkeley zeigen in »Der Triumph der Ungerechtigkeit« anhand einer historischen Analyse der US-Verteilungspolitik, wie es dazu kam, dass Einkommen und Vermögen so stark auseinandergedriftet sind – und warum dies das Ergebnis bewusster Politik ist. Das Buch liefere eine wichtige Grundlage für die Diskussion darüber, »welchen Beitrag Besteuerung leisten kann, um die Spaltung von Gesellschaften zu stoppen«, hieß es in der Begründung der Jury. Die Preisverleihung fand am 3. Mai 2021 im Rahmen des Tags der Progressiven Wirtschaftspolitik in Berlin statt.

www.fes.de/abteilung-wirtschafts-und-sozialpolitik/hans-matthoefer-preis-fuer-wirtschaftspublizistik



Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925–2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen, davon vier Jahre Finanzminister unter Helmut Schmidt, der selbst auch dem Beirat der Stiftung angehörte. Die unselbstständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe relevanter Bücher und Texte, die dem Stiftungsziel entsprechen. Es handelt sich vorrangig um Werke, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen für die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben. Die Bedeutung gesellschaftlicher Akteure, vor allem der Gewerkschaften, die Vermittlung der Aspekte der Globalisierung und Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie der Sozialen Demokratie sind weitere Leitlinien für die Auswahl der Projekte der Stiftung.

Die Stiftung vergibt jährlich unter dem Motto »Wirtschaft. Weiter.Denken« den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik. Im Mai konnte er zum siebten Mal vergeben werden. Der Hauptpreis ging zu gleichen Teilen an Philipp Staab für sein Buch »Digitaler Kapitalismus« und an die Autoren Emmanuel Saez und Gabriel Zucman für ihr Werk »Der Triumph der Ungerechtigkeit«.

Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann (1903–2003) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat, bis 1959 Oberbürgermeister von Braunschweig. 1959 bis 1967 diente er als Minister der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann (geb. Stellmacher, 1905–1986) verheiratet. Die 1990 eingerichtete unselbstständige Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung in der FES fördert die Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte.

Im Jahr 2021 förderte die Stiftung folgende Projekte:

- die Fachtagung »Corona und die Folgen auf Einkommen, Vermögen und Arbeitsmarkt: Welche Konsequenzen ziehen wir daraus?« der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen in Gladenbach im August 2021
- die Fachtagung »Kulturelle Identität und politisches Handeln« der Philosophisch-Politischen Akademie im November 2021

- die Veranstaltungen und Publikationen des Arbeitskreises Mittelstand der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES mit den Themenschwerpunkten »Private Überschuldung« und »Arbeitsmarktpotenziale von Geflüchteten«
- die Veranstaltungen und Publikationen des Projekts »New Economy Forum«
- die Veranstaltungen und Publikationen des Dezernats Zukunft


Erich-Brost-Sondervermögen

Der aus Ostpreußen stammende Journalist Erich Brost (1903–1995) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat. 1948 gründete er zusammen mit dem Journalisten Jakob Funke die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ). Bis 1970 war Erich Brost Chefredakteur und danach bis zu seinem Tod Herausgeber der WAZ. Die 1994 gegründete Erich-Brost-Stiftung wurde 2006 als Sondervermögen Erich Brost in das Vermögen der Friedrich-Ebert-Stiftung übertragen und fördert im Sinne ihres Gründers Aktivitäten zu den folgenden Themen:

- Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn, vor allem mit Polen
- Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses
- Aufarbeitung der Erfahrungen mit den beiden Diktaturen in Deutschland
- bürgerschaftliches Engagement
- Bildungspolitik
- Inklusion

Auch im Jahr 2021 ließen sich pandemiebedingt nicht alle geplanten Maßnahmen umsetzen. Mit großer Verzögerung wurde im September das 32. Bautzen-Forum zum Thema »Täter und Opfer der SED-Diktatur« realisiert. Ebenfalls verspätet fand im September die Jahreskonferenz des internationalen Netzwerks von Rechtsextremismus-Expert_innen in Stockholm statt.



- 
- 52 Organisationsplan
 - 54 Jahresabschluss
 - 60 Zum Selbstverständnis
der politischen Stiftungen
 - 61 Die neuen Gender-Leitlinien der FES:
Geschlechtergerechtigkeit ist soziale
Gerechtigkeit
 - 62 Der Nachhaltigkeit verpflichtet
 - 63 Mitglieder des Vorstands
 - 64 Mitglieder des Vereins
 - 65 Mitglieder des Kuratoriums
 - 65 Mitglieder des Auswahl-
ausschusses der Studienförderung
 - 66 Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
der Studienförderung
 - 74 Anschriften
-

76 Impressum

ANHANG



Organisationsplan

STAND: MAI 2022

Mitgliederversammlung des Vereins der Friedrich-Ebert-Stiftung

VORSTAND

Vorsitzender:
Martin Schulz

Stellvertretende Vorsitzende:
Daniela Kolbe, Michael Sommer

**Stabsstelle
Kommunikation**
Adrienne Woltersdorf

**Strategische
Kommunikation
und Markenführung**
Sarah Tangen

**Digitale Kommunikations-
entwicklung**
Tobias Metz

**Redaktion und
Community Management**
Reimar Winkler

Presse und Präsentation
Adrienne Woltersdorf

Antikorruptionsbeauftragte
Birgit K. Schultz

Datenschutz
Dr. Georg Wronka, R.A.

Koordination Gender
Dr. Stefanie Elies

Managerkreis der FES
Marei John Ohnesorg

Revision
Birgit K. Schultz

**Steuerungsgruppe
Organisationsentwicklung**

**Analyse, Planung und
Beratung**
Dr. Andrä Gärber

**Referat Analyse und
Planung**
Catrina Schläger
*Empirische Sozial-
und Trendforschung:*
Jan Niklas Engels
Kultur und Debatten:
Sarah Klausner
*Neue Gesellschaft
Frankfurter Hefte:*
Dirk Kohn
Stiftungsweite Projekte:
Martin Güttler
*Umfeldanalysen und
Debatten:*
Dr. Robert Philipps

Referat Beratung
Julia Bläsius
*Arbeit und
Gewerkschaften:*
Susan Javad
*Bildung, Forschung
und Innovation:*
Dr. Martin Pfafferott
Digitalisierung:
Stefanie Moser
*Familien- und
Geschlechterpolitik:*
Vanessa Kiesel
*Klima-, Energie- und
Umweltpolitik:*
Max Ostermayer
Kultur und Medien:
N.N.

Migration und Integration:
Susan Javad
*Recht, Freiheit und
Sicherheit:*
Marius Müller Hennig
*Regionale und sektorale
Strukturpolitik:*
Vera Gohla
Soziales:
Iva Figenwald
*Stadtentwicklung, Bau,
Wohnen und Mobilität:*
Lisa Pfann
Wirtschaft und Finanzen:
Markus Schreyer

**Politische Bildung und
Dialog**
Dr. Manuela Erhart

**Referat Demokratie,
Gesellschaft und Innovation**
Dr. Stefanie Elies
*Akademie für Soziale
Demokratie:*
Jochen Dahm
*Demokratie und
Partizipation:*
Alina Fuchs
Gegen Rechts:
Franziska Schröter
*Geschlechtergerechtigkeit
und Gender:*
Dr. Ursula Bitzegeio
*Kultur und Politik/
Ostdeutschland:*
Franziska Richter
Zusammenhalt in Vielfalt:
Florian Dähne

**Referat Engagement,
Qualifizierung, Digitale
Bildung**
Dr. Irina Mohr
*Arbeitnehmer-
Weiterbildung:*
Jochen Reeh Schall
Digitale Bildung:
Katrin Matuschek
*Engagement in
Kommunalpolitik und
Zivilgesellschaft:*
Anne Haller
JournalistenAkademie:
Carla Schulte Breidenbach
Jugend und Politik:
Ina Koopmann

Landes- und Regionalbüros

*Bayern
(München/Regensburg):*
Felix Henkel/ Eva Nagler
Berlin:
Felix Eikenberg
Brandenburg:
Anne Seyfferth
*Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg:*
Anja Dargatz
Hessen:
Severin Schmidt
*Julius-Leber-Forum
(Hamburg, Bremen,
Schleswig Holstein):*
Dr. Dietmar Molthagen
Mecklenburg-Vorpommern:
Frederic Werner
Niedersachsen:
Stephan Meuser
Nordrhein-Westfalen:
Petra Wilke
Rheinland-Pfalz/Saarland:
Brigitte Juchems
Sachsen (Dresden / Leipzig):
Matthias Eisel
Sachsen-Anhalt:
Dr. Ringo Wagner
Thüringen:
Mirko Hempel

**Internationale Entwick-
lungszusammenarbeit**
Christiane Kesper

Globale und Europäische Politik
Konstantin Bärwaldt
Europäische Integration: Ralf Hexel
Frieden und Sicherheit: Eva Ellereit
Geschlechtergerechtigkeit: Natalia Figge
Globale Ökonomie: Sarah Ganter
Internationale Politik und Gesellschaft/lipg-journal:
Anja Wehler-Schöck
Klima und Energie: Yvonne Blos

Gewerkschaftskoordination
Mirko Herberg

Afrika
Henrik Maihack
Gewerkschaften:
Britta Utz

Asien und Pazifik
Marc Saxer
Gewerkschaften:
Anja Bodenmüller-Raeder

Lateinamerika und Karibik
Valeska Hesse
Gewerkschaften:
Mareike Le Pelley

**Naher und Mittlerer Osten,
Nordafrika**
Elisabeth Braune
Gewerkschaften:
Helmut Elischer

**Evaluierung/
Qualitätsmanagement**
Philipp Kauppert

Internationaler Dialog
Michael Meier

Gewerkschaftskoordination
Dr. Marc Meinardus

**Europäische Union/
Nordamerika**
Matthias Jobelius

Osteuropa
Kristin Linke,
Dr. Helene Kortländer

**Innovation und
Qualitätsmanagement**
Daniel Reichart

Betriebsrat

Gesamtbetriebsrat
Jochen Reeh Schall
BR Berlin
Monika Schneider
BR Bonn
Marion Fiedler

**Vertrauensperson der
schwerbehinderten
Menschen**
Marion Fiedler

■ Dem geschäftsführenden Vorstand zugeordnet

Kuratorium	Vorsitzende: MP'in a.D. Hannelore Kraft	Stellv. Vorsitzende: Heike Taubert
-------------------	---	--

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied:
Dr. Sabine Fandrych

Studienförderung
Pia Bungarten

Stellv. Abteilungsleitung und Ausländische Stipendiat_innen
Judith Illerhues

Auswahl
Martin Weinert

Beratung und Betreuung
Elena Espinosa

Ehemalige und Berufsorientierung
Rebecca Demars

Finanzbetreuung
Carmen Schmitz

Ideelle Förderung und stipendiatisches Netzwerk
Kathrein Hölischer

Promotionsförderung
Dr. Markus Trömmel

Team Kommunikation und journalistische Nachwuchsförderung
Ines Herr

Archiv der sozialen Demokratie
Dr. Anja Kruke

Erschließung, Beratung und Nutzung in Archiv und Bibliothek
Harry Scholz

Beratung und Nutzung:
Olaf Guercke

Erwerbung und Erschließung Bibliothek:
Marcus Sommerstange

Erwerbung Archiv:
Harry Scholz

Infrastrukturen und digitale Grundsatzfragen
Dr. Andreas Marquet

Karl-Marx-Haus Trier
Dr. Jürgen Schmidt

Public History
Dr. Stefan Müller

Sammlungsprofil und Überlieferungsbildung
Michael Oberstadt

Finanzen und Organisation
Dr. Manfred Öhm

Controlling und Organisation
Axel Schmidt

Finanzbuchhaltung
Janine Schmidt

Informationstechnologien
Volker Schäfer

IT-Betrieb:
Christoph Geyer

IT-Prozessunterstützung:
Volker Schäfer

Projektbrechnung
Jutta Klemm

Vergabestelle
Tino Ernst

Zentrale Dienste Berlin
Tino Ernst

Hausmanagement, Beschaffung, Bau- und Liegenschaftsmanagement

Zentrale Dienste Bonn
Diana Gohle

Hausmanagement, Post- und Versanddienstleistungen, Hausdruckerei

Personalabteilung
Jürgen Stetten

Duale Ausbildung
Yasmina Bouziri

Grundsatzfragen und Personalentwicklung
Maria Theodossiou

Organisationsentwicklung/ Digitalisierung Personalwesen
Anja Minnaert

Personalbetreuung Ausland
Laura Gelenkirch
Katharina Kuhlmann
Bettina Pohl
Ariane Rödel

Personalbetreuung Inland
Phyllis Abay
Naima Becker
Sener Dogan
Bettina Pohl
Birgitt Rodenbusch

Rotation
Julia Müller Edelhoff

Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2021 (Stand 31.12.2021):

	2021		2020	
	VZÄ*	Personen	VZÄ*	Personen
Mitarbeiter_innen im Inland	491	542	487	544
Mitarbeiter_innen im Ausland	111	114	111	111
Mitarbeiter_innen insgesamt	602	656	598	655
Ortskräfte weltweit		889		keine Angabe
Insgesamt		1.545		

* Seit 2018 wird die Anzahl der Beschäftigten in sogenannten Vollzeitäquivalenten (VZÄ) angegeben. Die Anzahl der VZÄ gibt an, wie viele Vollzeitstellen sich rechnerisch bei einer gemischten Personalbelegung mit Teilzeitbeschäftigten ergeben.

Jahresabschluss

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2020

AKTIVA

Angaben in Euro

	01.01.2020	Zugänge/ Umbuchungen	Abschrei- bungen/ Abgänge/ Umbuchungen	31.12.2020	31.12.2019
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	762.492,00	156.826,33	379.050,33	540.268,00	762.492,00
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten	74.133.251,45	417.418,40	3.763.164,69	70.787.505,16	74.133.251,45
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.743.947,81	1.924.923,24	1.033.566,70	6.635.304,35	5.743.947,81
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	79.877.199,26	2.342.341,64	4.796.731,39	77.422.809,51	79.877.199,26
III. Finanzanlagen	40.638.734,29	1.839.849,90	0,00	42.478.584,19	40.638.734,29
	121.278.425,55	4.339.017,87	5.175.781,72	120.441.661,70	121.278.425,55
B. Zweckgebundenes Vermögen				8.526.517,05	8.547.870,13
C. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				4.515.212,71	1.584.235,49
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				28.922.196,72	17.975.018,04
				33.437.409,43	19.559.253,53
D. Rechnungsabgrenzungsposten				10.621,61	61.553,99
				162.416.209,79	149.447.103,20

PASSIVA

Angaben in Euro

	01.01.2020	Einstellungen/ Zugänge	Entnahmen/ Auflösungen	31.12.2020	31.12.2019
A. Rücklage					
Zweckgebundene Rücklage	61.348.387,57	2.037.362,13	1.432.615,87	61.953.133,83	61.348.387,57
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO EUR 4.333.011,00 (Vj. EUR 2.413.122,46)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO EUR 43.723.247,02 (Vj. EUR 45.155.862,89)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 3 AO EUR 13.896.875,81 (Vj. EUR 13.779.402,22)					
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	762.492,00	156.826,33	379.050,33	540.268,00	762.492,00
II. Grundstücke und Bauten	52.353.340,13	417.418,40	2.920.038,31	49.850.720,22	52.353.340,13
III. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.819.102,55	1.924.923,24	1.031.857,70	5.712.168,09	4.819.102,55
IV. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	57.934.934,68	2.499.167,97	4.330.946,34	56.103.156,31	57.934.934,68
C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen				8.526.517,05	8.547.870,13
D. Pensionsrückstellungen				2.516.927,00	2.489.624,00
E. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				4.230.535,90	3.608.192,00
II. Sonstige Verbindlichkeiten				854.893,00	784.897,00
				5.085.428,90	4.393.089,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten				28.231.046,70	14.733.197,82
				162.416.209,79	149.447.103,20

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2020

Angaben in Euro

	2020		2019	
1. Projektgebundene Zuwendungen				
a) Bundesministerien	166.460.856,17		177.197.131,25	
b) Länder und andere Gebietskörperschaften	3.247.116,52		3.161.906,89	
c) Sonstige Zuwendungsgeber	2.425.337,53	172.133.310,22	2.440.840,57	182.799.878,71
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	160.129,96		163.299,40	
b) Wissenschaftliche Zwecke	100.000,00		100.000,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	346.379,38	606.509,34	323.943,24	587.242,64
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		4.330.946,34		3.228.538,56
4. Teilnahmegebühren		241.765,28		647.736,72
5. Sonstige Erträge		707.317,10		1.390.290,65
		178.019.848,28		188.653.687,28
6. Ausgaben aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studierende	26.528.487,13		27.193.385,19	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	20.013.142,29		23.306.443,87	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft	100.679.663,09		109.869.950,34	
d) Forschungsprojekte	6.453.519,57		6.774.200,72	
e) Förderung von Kunst und Kultur	17.701,38	153.692.513,46	70.280,88	167.214.261,00
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.014.250,88		3.764.421,29
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		2.499.167,97		2.285.974,27
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsausgaben		17.723.235,74		17.006.233,81
10. Mehreinnahmen aus laufendem Betrieb (im Vj.: Mindereinnahmen)		90.680,23		-1.617.203,09
11. Finanzergebnis		548.819,74		560.197,75
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		639.499,97		-1.057.005,34
13. Außerordentliche Aufwendungen		34.753,71		39.510,74
14. Mehreinnahmen (im Vj.: Mindereinnahmen)		604.746,26		-1.096.516,08
15. Entnahme aus zweckgebundener Rücklage		1.432.615,87		5.137.888,62
16. Einstellung in zweckgebundene Rücklage		2.037.362,13		4.041.372,54
17. Jahresergebnis		0,00		0,00

Gesamtübersicht aller im Haushalt 2022 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

STAND: 31. JANUAR 2022

Angaben in Euro

I. Einnahmen	
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
<i>Zuwendungen der Bundesministerien</i>	183.019.200
<i>Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften</i>	3.242.000
<i>Sonstige Zuwendungsgeber</i>	6.000.000
2. Spenden	545.000
3. Teilnahmegebühren	1.095.000
4. Sonstige Einnahmen	600.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
<i>Förderung von Studierenden und Graduierten</i>	29.790.200
<i>Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit</i>	25.883.190
<i>Internationale Zusammenarbeit</i>	110.654.505
<i>Forschungsprojekte</i>	6.197.179
<i>Förderung von Kunst und Kultur</i>	100.000
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen* nachrichtlich	40.812.831
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
<i>Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten</i>	19.414.926
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen	2.461.200
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen ist bereits in den Positionen 1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und 3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten. Er beträgt 40.812.831 Euro. Darin enthalten sind
Löhne und Gehälter: 31.564.463 Euro
Soziale Abgaben: 9.248.368 Euro

Zusätzliche Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Zuwendungen und sonstige Einnahmen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2020 größter einzelner Zuwendungsgeber.

84 Mio. € wurden für die Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben zugewendet. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ Sondermittel i. H. v. 5,4 Mio. € für den internationalen Klima- und Umweltschutz.

Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 89,4 Mio. €, wovon 14 Mio. € auf Verwaltungskosten entfielen.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit. Der Zuschuss i. H. v. 32,8 Mio. € wurde für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung im Inland gewährt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung der für die soziale Demokratie zeitgeschichtlich bedeutsamen Personen- und Organisationsbestände. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der auf diese Aufgabenbereiche entfallenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom Bundesministerium des Innern Mittel i. H. v. 1,6 Mio. € zur Durchführung von Investivmaßnahmen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung förderte mit 21,5 Mio. € die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium sowie die Unterstützung von Promotionsvorhaben. 2,5 Mio. € wurden dabei als Verwaltungs-, Auswahl- und Betreuungskostenpauschale gewährt.

Das Auswärtige Amt förderte mit 2,8 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierten in der Bundesrepublik. 16,2 Mio. € wurden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen.

Darüber hinaus gewährte das Auswärtige Amt der Stiftung Sondermittel i. H. v. 2,7 Mio. €, wovon 1,2 Mio. € für die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Teilhabe in der Region Mittlerer Osten/ Nordafrika verwendet wurden.

Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfielen beim Auswärtigen Amt insgesamt 2,8 Mio. €.

Insgesamt verringerten sich die 2020 vereinbarten Bundeszuwendungen gegenüber 2019 um 10,7 Mio. €, wobei die Mittel des BMZ um 8,6 Mio. €, die AA-Mittel um 0,3 Mio. € und die BMI-Mittel um 2 Mio. € sanken, während die BMBF-Mittel um 0,2 Mio. € stiegen.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Durchführung von landesspezifischen Veranstaltungen der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit in Höhe von 3,2 Mio. €. Mit 1,8 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber, u. a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Von sonstigen Zuwendungsgebern wurden zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen von verschiedenen Organisationen im Ausland insgesamt 312 T€ zugewendet.

Die Eigenbeiträge der Teilnehmer_innen an den Bildungsveranstaltungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 242 T€.

Die Position »Sonstige Erträge« umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen, dem Kantinenbetrieb in Bonn (insgesamt 165 T€), Kostenerstattungen (12 T€), Anlageerlöse (184 T€), Publikations- und Eintrittserlöse (101 T€) sowie Erträge aus Vermietung und Verpachtung (28 T€).

Ausgaben und Aufwendungen

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen belaufen sich auf 154 Mio. €. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 37,6 Mio. € und setzte sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 29,6 Mio. €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 8 Mio. €.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminare, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und die Erstellung von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Zentralen in Bonn und Berlin sowie an Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern, den Ländern Mittel- und Osteuropas und Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter_innen betrug 20,1 Mio. €.

In der Position »Forschungsprojekte« werden Ausgaben für den Betrieb des Karl-Marx-Hauses in Trier, für die historische Arbeit, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie und für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek ausgewiesen.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Von besonderer Bedeutung für die Friedrich-Ebert-Stiftung sind die Erträge aus den unselbstständigen Stiftungen. Diese Vermögen aufgrund von Testamenten oder Schenkungen i. H. v. derzeit 8,5 Mio. € stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender_innen Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Spenden, die für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung eingegangen sind. Die Höhe dieser Spenden belief sich auf 607 T€.

Bescheinigung des Abschlussprüfers

An die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn:

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihrer Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an die Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung unter Beachtung des IDW-Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter

sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den unten aufgeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.

Abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) werden keine sonstigen Rückstellungen angesetzt, ist das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten bilanziert, werden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen und werden Periodenabgrenzungen von Einnahmen und Ausgaben mit einer haushaltsrechtlichen Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen. Zudem werden in der Einnahmen- und Ausgabenrechnung außerordentliche Aufwendungen und das Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit ausgewiesen.

Köln, den 26. August 2021

Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

gez.
Finsterer
Wirtschaftsprüfer

gez.
Hille
Wirtschaftsprüfer

Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen

Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Zusammenfassung der Erklärung:

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger_innen mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;

- durch Veranstaltungen, Stipendien sowie Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen beizutragen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind.

Es gehört zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.
info@fes.de

Die neuen Gender-Leitlinien der FES: Geschlechtergerechtigkeit ist soziale Gerechtigkeit

Die Arbeit der FES orientiert sich an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Hieraus folgen konkrete politische Ziele, um gleiche Verwirklichungschancen und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten zu garantieren – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung. Die Soziale Demokratie war stets Vorreiterin für Geschlechtergerechtigkeit. Das gilt etwa für die Einführung des Frauenwahlrechts (1919) oder für die in der Verfassung verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau¹. Dieses politische Vermächtnis prägt unser Selbstverständnis. Unsere Überzeugung ist: Ohne Geschlechtergerechtigkeit gibt es keine soziale Gerechtigkeit und keine lebendige, starke Demokratie. Deshalb wollen wir mit unserer Arbeit dazu beitragen, Diskriminierung abzubauen und tatsächliche Gleichstellung zu erreichen.

Diese Leitlinien geben Orientierung über Ziele, Grundprinzipien und die Arbeitsansätze der FES, um zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beizutragen.

Geschlechtergerechtigkeit bedeutet für die FES die »Freiheit zu unterschiedlichen und nicht nach Geschlecht vorgezeichneten Seins- und Lebensweisen auf der Basis von Gleichheit in der Verteilung von Ressourcen, Einflussmöglichkeiten und Wertschätzung«². Die FES setzt sich in ihrer Arbeit in Deutschland und weltweit daher für die folgenden Ziele ein:

→ **Eigenständige Existenzsicherung, gerechte Einkommensverteilung und gleiche Teilhabechancen**

Das bedeutet unter anderem existenzsichernde Erwerbseinkommen von Frauen, soziale Absicherung und geschlechtergerechte Aufteilung von familiärer Fürsorgearbeit, Abbau der geschlechtsbezogenen Einkommensungleichheit, gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, eine gesamtgesellschaftliche und politische Verantwortung für Sorgearbeit, gleiche Teilhabe von Frauen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben.

→ **Würde und Unversehrtheit**

Dazu gehören Bekämpfung von Sexismus, Bekämpfung jeglicher Form von geschlechtsbezogener Gewalt, Schutz vor sexueller Ausbeutung, sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen.

→ **Offenheit und Vielfalt**

Das bedeutet Abbau von Geschlechterstereotypen, Freiheit in der Gestaltung von Geschlechterrollen und Familienkonzepten, Anerkennung der Vielfalt aller Geschlechter.

Die Grundprinzipien unserer geschlechterpolitischen Arbeit sind:

→ **Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensbereichen und Politikfeldern**

Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe, strategisch, methodisch und inhaltlich, in allen Politikbereichen, z. B. Finanzpolitik, Verkehrspolitik, Klimaschutz³, Gestaltung der Digitalisierung.

→ **Geschlechtergerechtigkeit in Europa und der Welt**

Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit sind universelle Ziele für die nationale, europäische und internationale Zusammenarbeit und Politik sowie gleichzeitig Bedingungen für Demokratie, nachhaltige Entwicklung, Armutsreduzierung und Friedenssicherung. Sie orientieren sich an internationalen Abkommen, Instrumenten und Konzepten wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) und dem UN-Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW).

Für unsere Arbeitsansätze nach innen und außen heißt das:

Die FES befördert aktiv die Beachtung des Prinzips des Gender Mainstreaming in allen ihren Zuständigkeits- und Arbeitsbereichen sowie das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit. In unseren Prinzipien der Mitarbeiter_innen-Führung, verantwortet von der Personalabteilung, ist festgehalten: »Führungskräfte in der FES fördern Vielfalt sowie Gender-Gerechtigkeit und setzen sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.« Die Gleichstellungsbeauftragte der FES erfüllt ihre Aufgaben laut § 6 der Gesamtbetriebsvereinbarung für die Mitarbeiter_innen.

Die FES unterstützt und befähigt die Mitarbeiter_innen bei der fachlich-inhaltlichen Umsetzung des Gender Mainstreaming und begleitet sie durch die Gestaltung geschlechtergerechter Prozesse und Strukturen über eine zentrale Genderkoordinierung, mit Genderkoordinator_innen in den Arbeitseinheiten (u. a. in Abteilungen, Referaten, Regionalbüros, Landesbüros), durch Fortbildungen, aber auch als Teil des Qualitätsmanagements durch Monitoring und Evaluation.

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen, die geschlechtsbezogenen Benachteiligungen zu überwinden. Wir vermitteln in unseren Programmen und Formaten ein gleichberechtigtes, modernes Geschlechterbild. In unserer Gleichstellungsarbeit nehmen wir eine intersektionale Perspektive ein, d. h. wir berücksichtigen das Zusammenwirken von

Geschlecht und weiteren sozialen Kategorien wie Ethnizität, Religion, soziale Position, ökonomische Ungleichheit, Behinderung und sexuelle Orientierung. Diese Kategorien interagieren mit Geschlecht und verstärken häufig soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen. Das Eintreten für eine Überwindung der auf Identität basierenden Benachteiligungen steht nicht im Widerspruch zur Überwindung ökonomischer Ungleichheit, sondern bedeutet, gemeinsam für größere Gerechtigkeit – auch soziale Gerechtigkeit – für immer mehr Menschen einzutreten.

Das Ideal einer diskriminierungsfreien, geschlechtergerechten und vielfältigen Gesellschaft verfolgen wir, indem wir die Inhalte, Methoden und Produkte unserer Arbeit immer wieder auch Gender-Analysen und -Evaluationen unterziehen und sie gleichstellungsorientiert gestalten. In unseren Veranstaltungen, unseren Publikationen und unserer Kommunikation, z. B. über das Themenportal »Gender Matters« und seine Social-Media-Kanäle, machen wir auch nach außen sichtbar, dass wir für das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit sowie für einen modernen, intersektionalen, solidarischen und politischen Feminismus stehen und gesellschaftliche Transformation und soziale Gerechtigkeit einfordern. Unser Leitfaden »Eine Sprache für Alle« gibt Orientierung für geschlechtersensible Kommunikation.

Diese geschlechterpolitischen Leitlinien knüpfen an das Leitbild der Friedrich-Ebert-Stiftung an, hier heißt es:

Wir engagieren uns für Geschlechtergerechtigkeit – in jedem Bereich des Lebens. Denn nur eine Demokratie, die wirkliche Gleichstellung zwischen den Geschlechtern schafft, ist eine Soziale Demokratie.

Die neuen Genderleitlinien wurden erarbeitet vom Gender-Koordinierungskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, beschlossen von der Abteilungsleiter_innen-Runde der FES am 23. September 2021.

Weitere Quellen:

Intern:

- FESnet-Community Zentrale Genderkoordinierung, <https://intranet.fes.de/workspaces/zentrale-genderkoordinierung/apps/blog/blog>
- Leitfaden geschlechtersensible Sprache »Eine Sprache für Alle« (2021)
- Gender in der internationalen Arbeit der FES: <https://intranet.fes.de/pages/finanzhandbuches-der-internationalen-arbeit/apps/wiki/instrumente/list/view/8de87e58-8a75-4765-8988-d6746b185655?currentLanguage=DE>
- Maier, Tanja, Re:framing Gender – Geschlechtergerechte politische Kommunikation verstehen und umsetzen, Berlin, 2021.

Extern:

- Deutscher Bundestag, DS 18/12640 (2017): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.
- Dritter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, BMFSFJ, 2021, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/184544/665a7070dbc68f9984fe968dc05fd139/dritter-gleichstellungsbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>.

¹ Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes besagt: »Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.«

² Pimminger, Irene, Geschlechtergerechtigkeit: ein Orientierungsrahmen für emanzipatorische Geschlechterpolitik / Irene Pimminger. – Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, 2014, S. 53.

³ FES Gender Briefing »Gender und Klimawandel«, FESnet: file:///C:/Users/eliess/AppData/Local/Temp/52/Gender%20Briefing_Klimawandel.pdf

Der Nachhaltigkeit verpflichtet

Der Vorstand der FES hat die Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen mit dem erklärten Ziel, dass die Stiftung bis zu ihrem 100-jährigen Jubiläum 2025 ihre Arbeit noch stärker als bisher an Nachhaltigkeitszielen orientiert. Neben Klima und Umweltschutz bekennt sich die FES zu sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit, denn Fairness und Gerechtigkeit sind zentrale Grundlagen unseres Verständnisses von Nachhaltigkeit. Bereits heute hat die FES u. a. durch Energiesparmaßnahmen und Solaranlagen in Bonn und Berlin wichtige Schritte in Richtung Klimaschutz vollzogen. Hinzu kommen ein verstärkt nachhaltiges Beschaffungswesen und Angebote im Bereich Mitarbeitermobilität.

Nun haben Mitarbeitende im In- und Ausland Leuchtturmprojekte gestartet, um Nachhaltigkeit in der Stiftung konkret und sichtbar zu machen. Diese Projekte sollen Standards setzen für Nachhaltigkeit bei Bildungsveranstaltungen, im Gebäudebetrieb, in Auslandsbüros und bei der Weiterbildung für Mitarbeiter_innen. Auf Grundlage der Erfahrung mit den Leuchtturmprojekten wird die Ausrichtung der FES zu einer nachhaltigen Organisation bis 2025 Schritt für Schritt vorangetrieben. So nutzt die Stiftung die Nachhaltigkeitsidee nicht nur für einzelne Projekte, sondern als Ansatzpunkt für kontinuierlichen Wandel und Fortschritt in der Organisationsentwicklung.

Mitglieder des Vorstands

STAND: MAI 2022

Vorsitzender: Martin Schulz	Ehrenvorsitzender: Kurt Beck	Anschrift für Vorstand, Verein und Kuratorium <i>Postadresse:</i> Friedrich-Ebert-Stiftung 53170 Bonn <i>Haus-/Lieferadresse:</i> Friedrich-Ebert-Stiftung Godesberger Allee 149 53175 Bonn
Stellvertretende Vorsitzende: Daniela Kolbe, Michael Sommer	Mitglieder des Vorstands: Prof. Dr. Peter Brandt Dr. Barbara Hendricks Christina Kampmann Barbara Ludwig Dr. Rolf Mützenich Matthias Platzeck Anke Rehlinger	
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Sabine Fandrych,		

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landespartei-vorstände besetzt waren.

Von den elf Mitgliedern des Vorstandes sind:

- acht Mitglieder ohne o. a. Funktion
- ein Mitglied im Deutschen Bundestag
- ein Mitglied eines Landesparlaments
- ein Mitglied eines Landesparlaments, zugleich Mitglied einer Landesregierung

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.:
keine(r) in einer der o. a. Führungspositionen

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung [...] in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Mitglieder des Vereins

STAND: MAI 2022

Doris Ahnen	Sigmar Gabriel	Barbara Ludwig	Hubertus Schmoldt
Dr. Gerd Andres	Klara Geywitz	Christoph Matschie	Carsten Schneider
Niels Annen	Franziska Giffey	Serpil Midyatli	Prof. Dr. Hans-Peter Schneider
Dr. Katarina Barley	Günter Gloser	Franz Müntefering	Olaf Scholz
Doris Barnett	Reinhard Grätz	Dr. Rolf Mützenich	Gerhard Schröder
Kurt Beck	Bettina Hagedorn	Andrea Nahles	Günter Schröder
Uwe Karl Beckmeyer	Nina Hauer	Dietmar Nietan	Dieter Schulte
Dr. Christine Bergmann	Dr. Volker Hauff	Aydan Özoguz	Martin Schulz
Erik Bettermann	Hubertus Heil	Johannes Andreas Pflug	Werner Schulz
Jens Böhrnsen	Dr. Barbara Hendricks	Matthias Platzeck	Dr. Angelica Schwall-Düren
Klaus Brandner	Reiner Hoffmann	Konrad Porzner	Rolf Schwanitz
Prof. Dr. Peter Brandt	Dr. Eva Högl	Joachim Poß	Manuela Schwesig
Anke Brunn	Prof. Dr. Uwe Holtz	Florian Pronold	Dr. Carsten Sieling
Ilse Brusis	Berthold Huber	Prof. Dr. Christa Randzio-Plath	Heide Simonis
Prof. Dr. Udo Bullmann	Klaas Hübner	Dr. h.c. Hermann Rappe	Michael Sommer
Dr. h.c. Edelgard Bulmahn	Hedda Jungfer	Anke Rehlinger	Peer Steinbrück
Dr. Jürgen Burckhardt	Johannes Kahrs	Prof. Dr. René Repasi	Dr. Frank-Walter Steinmeier *
Delara Burkhardt	Christina Kampmann	Walter Riester	Dr. Wolfgang Thierse
Hans-Martin Bury	Sabine Kaspereit	Dennis Rohde	Franz Thönnies
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin	Reinhard Klimmt	Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis	Michael Vassiliadis
Dr. Klaus von Dohnanyi	Hans-Ulrich Klose	Axel Schäfer	Ute Vogt
Heide Dörrhöfer-Tucholski	Daniela Kolbe	Thorsten Schäfer-Gümbel	Dr. Klaus Wedemeier
Malu Dreyer	Walter Kolbow	Rudolf Scharping	Ernst Welteke
Garrelt Duin	Carmen König-Rothemund	Harald Schartau	Frank Werneke
Martin Dulig	Stefan Körzell	Günter Schlatter	Detlef Wetzell
Hans Eichel	Hannelore Kraft	Dr. Nils Schmid	Heidemarie Wieczorek-Zeul
Gernot Erler	Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp	Renate Schmidt	Dr. Bettina Wieß
Petra Ernstberger	Klaus-Dieter Kühbacher	Dr. Roland Schmidt	Klaus Wowereit
Nancy Faeser	Ute Kumpf	Ulla Schmidt	Dr. Monika Wulf-Mathies
Yasmin Fahimi	Dr. Gerlinde Kuppe	Wilhelm Schmidt	Dr. Jens Zimmermann
Dr. Sabine Fandrych	Prof. Manfred Lahnstein		Prof. Dr. Jürgen Zöllner
Elke Ferner	Dr. Jürgen Linde		Prof. Dr. Christoph Zöpel

* Dr. Frank-Walter Steinmeier: Mitgliedschaft ruht während Amtszeit als Bundespräsident

Mitglieder des Kuratoriums

STAND: MAI 2022

Vorsitzende

MP'in a. D. Hannelore Kraft

Stellv. Vorsitzende

Heike Taubert

Wolfgang Altenburg

Richard Becker

Dr. Wilhelm Bender

Klaus-Uwe Benneter

Ulla Burchardt

Prof. Dr. Friedrich Buttler

Harro Uwe Cloppenburg

Dr. Klaus von Dohnanyi

Rudolf Dreßler

Dr. Ursula Engelen-Kefer

Ingeborg Friebe

Prof. Dr. h.c. Cornelia
Füllkrug-Weitzel

Martin Gerster

Iris Gleicke

Prof. Dr. Helene Harth

Ingrid Häußler

Dr. Peter Heinemann

Dr. Christine
Hohmann-Dennhardt

Roland Issen

Gerhard Jochum

Prof. Dr. Karl Kaiser

Dr. Karl Kauermann

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Prof. Dr. Jürgen Kocka

Ursula Kraus

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Moritz Leuenberger

Markus Meckel

Siegmar Mosdorf

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Dr. Edith Niehuis

Aydan Özoguz

Prof. Dr. Winfried Polte

Dr. Simone Raatz

Dr. h.c. Hermann Rappe

Steffen Reiche

Edzard Reuter

Dr. Nikolaus Schneider

Wolfgang Schneiderhan

Karin Schubert

Dr. Manja Schüle

Rolf Schwanitz

Prof. Dr. Hartmut Soell

Karl Starzacher

Dr. Ralf Stegner

Ludwig Stiegler

Prof. Dr. Johano Strasser

Helmut Teitzel

Dr. Gerald Thalheim

Dr. Carl Tham

Wolfgang Tiefensee

Dr. Gottfried Timm

Gerd Walter

Dr. Rosemarie Wilcken

Dr. Monika Wulf-Mathies

Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses der Studienförderung

STAND: MAI 2022

Vorsitzende

Prof. Dr. Helene Harth

Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Dorothée de Nève

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Dr. Simone Raatz

Leiterin der Abteilung Studienförderung

Pia Bungarten

Stipendiatischer Sitz

Dr. Melanie Woitas

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst

Prof. Dr. Michael Bäuerle

Prof. Dr. Christian Bernzen

Prof. Dr. Ulrike Bick *

Christine Biehler

Prof. Dr. Franz-Josef

Brüggemeier

Dr. Michael Dauderstädt

Prof. Dr. Frank Decker *

Dr. rer. nat. Karamba Diaby *

Prof. Henning Eichinger *

Dr. Yassir El Jamouhi *

Dr. Stefanie Elies

Prof. Dr. Frank Engehausen

Prof. Dr. Roland C.E. Francis *

Dr. Florian Freund

Prof. Dr. Hermann Frister

Prof. Dr. Brigitte
Georgi-Findlay

Dr. Yvette Gerner

Dr. Uwe Gottschalk

Prof. Eberhard Grötsch

Prof. Dr. Corinna Grünh

Prof. Dr. Norbert Grulke

Prof. Dr. Peter Hantel

Prof. Dr. Dr. Ernest W. B.
Hess-Lüttich

Silke Hillesheim

Prof. Dr. Gunther Hirschfelder

Prof. Dr. Anke Holler

Prof. Dr. Wolfgang Honnen

Prof. Dr. Felix Hörisch

Dr. Hans-Gerhard Husung

Prof. Dr. Rainer Jonas

Prof. Dr. Deborah Kämper

Dr. Thomas Keidel

Dr. Ernst-J. Kerbusch

Prof. Dr. Hannes Kopf *

Prof. Dr. Christopher Kopper

Dr. Anja Kruke *

Evelin Manteuffel

Dr. Regine Mehl

Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte

Prof. Dr. Christoph Meyer

Prof. Dr. Andreas Möglich

Prof. Dr. Thomas J. J. Müller

Prof. Dr. Daniela Münkel

Prof. Dr. Rachid Ouaisa

Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer

Prof. Dr. Emanuel Richter

Prof. Dr. Birgitt Riegraf

Prof. Dr. Hermann Rösch

Prof. Florian Schacht

Dr. Marina Scharlaj *

Prof. Dr. Michael Schmidt

Dr. Petra Schmitt-Frister

Prof. Dr. Werner Schöning

Dr. Ilja-Kristin Seewald

Prof. Dr. Jasmin Siri

Dr. Ralf Stegner

Prof. Dr. Franz Streng

Prof. Dr. Jochen Struwe

Prof. Dr. Marion Tacke *

Dr. Christian von
Haldenwang *

Prof. Dr. Andrea Walter *

Prof. Dr. Rainer Walz

Prof. Dr. Katina Warendorf

Prof. Dr. Mathias

Witzens-Harig

Dr. Meik Woyke *

Prof. Dr. Maren Ziese

* Im Jahr 2020 durch den Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Auswahlausschuss berufen.

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Studienförderung

STAND: MAI 2022

AACHEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

RWTH

Dr. Jan-Christoph Heilinger

Prof. Dr. Hermann Wagner

AUGSBURG

Universität

Prof. Dr. Natascha Sojc

Prof. Dr. Dietmar Süß

BAMBERG

Universität

Jun.-Prof. Dr. Thomas Laux

Prof. Dr. Frank Westerhoff

BAYREUTH

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga

BERGISCH-GLADBACH

Prof. Dr. Dr. Alexander Lechleuthner

BERLIN

Ralf Beste

Staatssekretär Dr. Rolf Bösinger

Markus Bräuer

Dr. Yassir El Jamouhi

Prof. Dr. Hans Joachim Gießmann

Prof. Dr. Lydia Haustein

Dr. Ralf Kleindiek

Gerhard Lechleitner

Dr. Raphael L'Hoest

Dr. Andreas Linde

Norbert Lippok

Prof. Dr. Günther Maihold

Dr. Timo Noetzel

Claus Radziwill

Bettina Schattat

Prof. Dr. Hans-Jörg Schmedes

Prof. Dr. Ulrich Schöler

Dr. Damir Softic

Dr. Paul M. Starzmann

Prof. Dr. Peter Steinbach

Dr. Jan Stöß

Dr. Nicolai von Ondarza

Prof. Dr. Gert G. Wagner

Dr. Almut Wieland-Karimi

Dr. Sören Wiesenfeldt

Maren Wintersberg

Charité Universitätsmedizin

Prof. Dr. Roland C.E. Francis

Prof. Dr. Volker Köllner

Freie Universität

Prof. Dr. Thorsten Faas

Prof. Dr. Nina Kolleck

Dr. Simon Koschut

Prof. Dr. Sabine Kropp

Prof. Dr. Eun-Jeung Lee

Prof. Dr. Martin Lücke

Prof. Dr. Stefan Rinke

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Prof. Dr. C. Katharina Spiess

Hertie School of Governance

Prof. Dr. Anke Hassel

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Dr. Susan Kamel

Sabine Spelthahn

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga

Prof. Dr. Stephan Bröchler

Dr. Holger Brohm

Prof. Dr. Philipp Dann

Prof. Dr. Andreas Eckert

Prof. Dr. Christoph-Martin Geilfus

Prof. Dr. Kurt Graulich

Prof. Dr. Martin Heger

Dr. Bernd Henningsen

Prof. Dr. Thomas Mergel

Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Prof. Dr. Gerhard Werle

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Technische Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers

Prof. Dr. Etienne Emmrich

Prof. Dr. Oliver Schwedes

BIBERACH

Hochschule

Prof. Dr. Ismail Kasikci

BIELEFELD

Fachhochschule

Prof. Dr. Riza Öztürk

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Jütte

Prof. Dr. Johannes Voit

Prof. Dr. Véronique Zanetti

Prof. Dr. Stefan Berger

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Prof. Dr. Stefan Goch

Prof. Dr. Traugott Jähnichen

Dr. Alexander Kochinka

Prof. Dr. Klaus Kost

Prof. Dr. Karsten Rudolph

Prof. Dr. Adina Carmen Rusu-Klappheck

Prof. Dr. Manfred Wannöffel

Prof. Dr. Gereon Wolters

BOCHUM

Dr. Tuan Anh Tran

BONN

Dr. Annika Arnold

Dr. Alexander Behrens

Dr. Anja Kruke

Dr. Wulf-Winrich Lapins

Andrea Nahles

Dr. Manfred Öhm

Dr. Andreas Stamm

Dr. Alexandra von dem Knesebeck
Dr. Christian von Haldenwang

Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Prof. Dr. Hartmut Ihne

Universität

Dr. Ursula Bitzegeio
Prof. Dr. Frank Decker
Prof. Dr. Matthias Hullin
Prof. Dr. Doris Mathilde Lucke
Prof. Dr. Heiko Sauer
Dr. Arne Schneidewind

BRANDENBURG

Technische Hochschule

Prof. Dr. Burghilde Wieneke-Toutaoui

BRAUNSCHWEIG

Technische Universität

Prof. Dr. Katja Koch
Prof. Dr. Dr. Hermann Wätzig

BREMEN

Dr. Janna Wolff

Hochschule Bremen

Prof. Dr. Ernst Mönnich

Universität

Prof. Dr. Sebastian Haunss
Dr. Sigrid Kannengießer
Dr. Gabriele Richter
Prof. Dr. Ursula Rust
Dr. Cordula Weißköppel
Prof. Dr. Arndt Wonka

BRÜHL

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Prof. Dr. Christian Krell

BÜNDE

Dr. Andrea Behrenswerth
Prof. Dr. Teresa Pinheiro

BURGHAUSEN

Dr. Laura-Alice Jantke

CHEMNITZ

Technische Universität

Prof. Dr. Rudolf Boch
Prof. Dr. Stefan Garsztecki
Prof. Dr. Teresa Pinheiro

COTTBUS

Dr. Tilo Biesecke
Markus Möller

Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Prof. Dr. Ludwig Bilz
Prof. Dr. Jacob Spallek

DARMSTADT

Technische Universität

Prof. Dr. Petra Gehring
Prof. Dr. Gerd Lautner

DELMENHORST

Prof. Dr. Gerd Turowski

DETMOLD

Dr. Stefan Klose

DORTMUND

Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Andrea Walter

DRESDEN

Evangelische Fachhochschule

Dr. Anja Katharina Peters

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Ralph Sonntag

Technische Universität

Prof. Dr. Wolfgang Melzer
Dr. Melanie Morisse
Prof. Dr. Christian Prunitsch
Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
Dr. Marina Scharlaj
Prof. Dr. Mike Schmeitzner
Prof. Dr. Klavdia Smola

DUISBURG

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Tobias Debiel
Prof. Dr. Heike Roll

DÜSSELDORF

Universität

Prof. Dr. Helmut Frister
Prof. Dr. Guido Thiemeyer

EBERSWALDE

Hochschule für nachhaltige Entwicklung

Prof. Dr. Peter Spathelf

EICHSTÄTT

Universität

Prof. Dr. Stefan Schieren

ERFURT

Fachhochschule

Prof. Dr. Eckhard Giese
Prof. Dr. Klaus Merfort

Universität

Prof. Dr. Manfred Baldus
Prof. Dr. Heike Grimm
Dr. Jochen Voit

ERLANGEN-NÜRNBERG

Universität

Dr. Susanna Brogi-Däufel
Prof. Dr. Peter Dabrock
Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier

Prof. Dr. Andreas Funke
Prof. Dr. Christian Merkl

ESSEN

Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr. Peter Ulrich Hein

ESSLINGEN

Hochschule
Prof. Dr. Claudia Daigler
Prof. Dr. Gabriele Gühring
Prof. Dr. Reiner Marchthaler
Prof. Dr. Karin Reiber

FLENSBURG

Universität Flensburg EUF
Prof. Dr. Uwe Danker

FRANKFURT / MAIN

Dr. André Kavai
Dr. Stefan Marx
Petra Rossbrey

**FRA School of
Finance & Management**
Prof. Dr. Adalbert Winkler

**Frankfurt University
of Applied Sciences**
Prof. Dr. Michaela Köttig

Universität
Prof. Dr. Alexander Ebner
JuniorProf. Dr. Nicole Kramer
Dr. Nina Morgner
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

FRANKFURT / ODER

Europa-Universität Viadrina
Prof. Dr. Eva Kocher
Prof. Dr. Albrecht Söllner

FREIBERG

**Technische Universität
Bergakademie**
Dr. Thomas Mütze
Dr. Martin Rudolph

FREIBURG

Pädagogische Hochschule
Prof. Dr. Albert Scherr

Universität
Prof. Dr. Ulrich Bröckling
Prof. Dr. Sabine Dabringhaus
Prof. Dr. Tim Epkenhans
Prof. Dr. Lena Henningsen
Prof. Dr. Johanna Pink
Prof. Dr. Ralf Poscher

FRIEDRICHSHAFEN

Zeppelin Universität
Prof. Dr. Manuela Spindler

FULDA

Hochschule
Prof. Dr. Peter Haller
Prof. Dr. Helen Knauf
Prof. Dr. Martina Ritter

GELSENKIRCHEN

Jörg Fleck

Westfälische Hochschule
Prof. i.R. Dr. Andreas M. Heinecke
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier

GIESSEN

Prof. Dr. Hans-Werner Hahn

Universität
Prof. Dr. Jürgen Bast
Peter Brändle
Prof. Dr. Dr. Ulrich Ellinghaus
Prof. Dr. Andrea Gawrich
Dr. Sascha Krannich

Dr. Alexandra Kurth
Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Joybrato Mukherjee

GÖTTINGEN

Universität
Dr. Astrid Biele Mefebue
Prof. Dr. Andrea Dorothea Bührmann
Prof. Dr. Peter Burschel
Dr. Alexander Engel
Dr. Stephan Klecha
Prof. Dr. Rainer Marggraf

GREIFSWALD

Universität
Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann
Prof. Dr. Marko Pantermöller

HAGEN

Fernuniversität
Prof. Dr. Frank Hillebrandt

HALLE / SAALE

Dr. Karamba Diaby

Universität
Prof. Dr. Gunnar Brands
Prof. Dr. Till Kössler
Prof. Dr. Thomas Thurn-Albrecht
Prof. Dr. Daniel Ulber
Dr. Andreas Weber

HAMBURG

Tobias Gros
Nils Haupt
Dr. Arnim Karthaus
Dr. Jan-Hinrik Schmidt
Dr. Torsten Sevecke
Dr. Sven Tode
Dr. Meik Woyke

Bucerius Law School
Prof. Dr. Thomas Rönna

Fachhochschule für Ökonomie und Management (FoM)

Prof. Dr. Marco Zimmer

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Simon Andreas Güntner

Dr. Tilman Lutz

Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka

Prof. Dr. John-Philipp Siegel

Prof. Dr. Gerhard Suess

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Robert Bramkamp

Universität

Prof. Dr. Doerte Bischoff

Dr. Hans-Georg Ehrhart

Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach

Prof. Dr. Peter Heisig

Prof. Dr. Kai-Oliver Knops

Prof. Dr. Gertraud Koch

Prof. Dr. Reiner Lehberger

Universitätsklinikum**Hamburg-Eppendorf**

Dr. Verena Klein

HANNOVER

Christoph Pohlmann

Hochschule

Prof. Dr. Frank Austermann

Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Dr. Thela Wernstedt

Universität

Prof. Dr. Marion Tacke

HEIDE**Fachhochschule Westküste**

Prof. Thomas Haack

HEIDELBERG**Universität**

Prof. Dr. med. Gerhard Gründer

Prof. Dr. Sebastian Harnisch

Prof. Dr. Andreas Kruse

Prof. Dr. Edgar Wolfrum

HILDESHEIM**Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst**

Prof. Dr. Gazi Caglar

Prof. Dr. Lutz Finkeldey

Prof. Dr. Wolfgang Schneider

Prof. Dr. Wolfgang Schröer

Prof. Dr. Wolf Jürgen Schünemann

ILMENAU**Technische Universität**

Prof. Dr. Joachim Weyand

ISERLOHN**Fachhochschule Südwestfalen**

Prof. Dr. Stefan Lennardt

JENA**Universität**

Prof. Dr. Klaus Dörre

Prof. Dr. Hermann Funk

Prof. Dr. Ulrich Hilpert

Prof. Dr. Thomas Kroll

Prof. Dr. Roland Merten

Prof. Dr. Georg Schmidt

Prof. Dr. Kim Siebenhüner

JESTEBURG

Dr. Marcel du Moulin

KAISERSLAUTERN**Technische Universität**

Prof. Dr. Marcus Höreth

Prof. Dr. Michael Schroda

Prof. Dr. Bernd Streich

KARLSRUHE

Dr. Yvonne Ott

Fachhochschule

Prof. Dr. Uwe Volker Haneke

Hochschule Karlsruhe**Technik + Wirtschaft**

Prof. Dr. Hagen Krämer

Karlsruher Institut**für Technologie KIT**

Prof. Dr. Michael Schefczyk

Ulrich Walter

Dr. Manfred Wilhelm

KASSEL**Universität**

Prof. Dr. Minou Isabell Banafsche

Prof. Dr. Sonja Buckel

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Prof. Dr. Felix Welti

KEHL**Fachhochschule für****öffentliche Verwaltung**

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

KIEL

Dr. Christine Schmehl

Fachhochschule

Prof. Dr. Doris Weßels

Universität

Prof. Dr. Federico Foders

KLEVE**Hochschule Rhein-Waal**

Prof. Dr. Eva Maria Hinterhuber

KÖLN

Dr. Christiane Kling-Mathey
Niklas Knust
Brigitta Mühlenbeck
Dr. Matthias von Hellfeld

Deutsche Sporthochschule

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Technische Hochschule

Prof. Dr. Zelal Ates
Prof. Thorsten Burgmer

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Prof. Dr. Fabian Klose
Dr. Claudia Nikodem
Prof. Dr. Ute Planert

KONSTANZ

Hochschule

Prof. Dr. Karen-Sibyll Schirmer

Universität

Prof. Dr. Sven Jochem
Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker
Prof. Dr. Laura Rischbieter
Prof. Dr. Wolfgang Seibel
Prof. Dr. Clemens Wischermann

LAHNSTEIN

Dr. Marcel Will

LANDAU

Dr. Dirk Kratz

Universität Koblenz-Landau

Prof. Dr. Hannes Kopf
Prof. Dr. Werner Sesselmeier

LEIPZIG

Prof. Dr. Ulrike Bick
Prof. Dr. Lars Garlepp
Dr. Dorothea Hegele

Dr. Jens A. Katzek
Holger Mann
Dr. Maximilian Rinck

Hochschule für Grafik

Thomas Locher

Hochschule für Musik

KS Prof. Dr. Roland Schubert

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur

Prof. Dr. Thilo Fehmel
Prof. Dr. Andrea Nikolaizig

Universität

Prof. Dr. Oliver Czulo
Prof. Dr. Alexander Deeg
Prof. Dr. Cornelia Exner
Prof. Dr. Christian Fandrych
Prof. Dr. Birgit Harreß
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Prof. Dr. Thomas Lenk
Prof. Dr. Harald Morgner
Prof. Dr. Julian Schmitz
Prof. Dr. Wolfgang F. Schwarz
Prof. Dr. Sebastian Stehr

LUDWIGSBURG

Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Prof. Dr. Marco Althaus
Prof. Dr. Rafael Bauschke
Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

LUDWIGSHAFEN

Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft

Prof. Dr. Karin A. Kersting

LÜNEBURG

Universität

Prof. Dr. Ullrich Günther
Prof. Dr. Axel Halfmeier
Prof. Dr. Wolfgang Ruck

MAGDEBURG

Minister Prof. Dr. Armin Willingmann

Hochschule Magdeburg-Stendal

Prof. Dr. Thomas Kliche
Dr. Irmtraut Mecke
Prof. Dr. Matthias Morfeld
Prof. Dr. Claudia Wendel
Prof. Dr. Ilona Melanie Wuschig

Universität

Prof. Dr. Horst Gischer

MAINZ

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Prof. Dr. Thomas Guido Maria Blank
Prof. Dr. Gerd Mielke
Prof. Dr. Oliver Scheiding
Prof. Dr. Tanjev Schultz

MANNHEIM

Thomas Lauferweiler
Prof. Dr. Steffen Rittig

Hochschule der Wirtschaft für Management

Prof. Dr. Annette Bornhäuser
Prof. Dr. Lars Castellucci
Prof. Dr. Wera Hemmerich

Universität

Prof. Dr. Philipp Gassert
Prof. Dr. Peter Vorderer

MARBURG

Universität

Prof. Dr. Ursula Birsl
Prof. Dr. Volker Mergenthaler
Dr. Stefan Mitzinger
Dr. Karin Marita Naase
Prof. Dr. Thomas Noetzel
Prof. Dr. Harald Renz

MERSEBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting
Prof. Dr. Malte Thran

MÖNCHEGLADBACH

Hochschule

Prof. Dr. Ulrich Nissen

MITTWEIDA

Hochschule

Prof. Dr. Sebastian Noll

MÖNCHEGLADBACH

Fachhochschule

Prof. Dr. Ulrich Nissen

MÜNCHEN

Dr. Meret Forster
Andrea Gronemeyer
Prof. Dr. Yolanda M. Koller-Tejeiro
Dr. Anna Leuchtweis
Michael-Marco Schönlein
Dr. Hans Wegner

Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Ayse Cicek
Prof. Dr. Peter Hammerschmidt
Prof. Dr. Stefan Rappenglück

Katholische Stiftungshochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner
Prof. Dr. Constanze Giese

Technische Universität

Prof. Dr. Björn Garbrecht
Prof. Dr. Stefan Wurster

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht
Dr. Christian Alexander Braun
Prof. Dr. Martin H. Geyer

Dr. Susanne Krones
Prof. Dr. Carsten Reinemann
Prof. Dr. Andreas Renner
Prof. Dr. Berthold Rittberger
Prof. Dr. Rudolf Tippelt

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Jan-Hendrik Dietrich
Prof. Dr. Stephan Stetter

MÜNSTER

Dr. Sascha Buchholz

Universität

PD Dr. Matthias Freise
Prof. Dr. Thomas Großbölting
Dr. Netaya Lotze
Prof. Dr. Norbert Schläbitz
Prof. Dr. Christoph Weischer

NECKARSTEINACH

Prof. Dr. Walter Mühlhausen

NEURUPPIN

Medizinische Hochschule Brandenburg

Prof. Dr. Joachim Behr

NEUSTADT

Dr. Matthias Petgen

NÜRNBERG

Evangelische Fachhochschule

Prof. Dr. Andreas Scheulen

NÜRTINGEN-GEISLINGEN

Hochschule für Wirtschaft und Technik

Prof. Dr. Marc Ringel

OLDENBURG

Universität

Prof. Dr. Stefan Appelius
Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde
Prof. Dr. Tonio Oeftering
Prof. Dr. Rahel Puffert

ORANIENBURG

Dr. Fabio Longo

OSNABRÜCK

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Mayer

Universität

Prof. Roland Brandt

PASSAU

Universität

Prof. Dr. Guido Pollak
Prof. Dr. Bernhard Stahl

POTSDAM

Fachhochschule

Prof. Dr. Tobias Schröder

Universität

Prof. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. Thomas von Winter

RAVENSBURG

Duale Hochschule BW

Prof. Dr. Ernst Deuer

REGENSBURG

Universität

Dr. Sonja Emmerling
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Prof. Dr. Tonio Walter

REUTLINGEN

Hochschule

Prof. Henning Eichinger
Prof. Dr. Rudolf W. Kessler

ROSTOCK

Hochschule für Musik und Theater

Prof. Marion Küster

Universität

Prof. Dr. Malte Brasholz
Prof. Dr. Ralf Ludwig

SAAL

Dr. Clemens Prokop

SAARBRÜCKEN

Hochschule für Musik

Prof. Dr. Matthias Handschick

Universität des Saarlandes

Dr. Luitpold Rampeltshammer
Prof. Dr. Roland Rixecker
Prof. Dr. Lucia Scherzberg
Dr. Magdalena Telus

SALZGITTER

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Heinz-Dieter Quack

SCHWERIN

Dr. Antje Draheim

Hochschule der Bundesagentur für Arbeit

Prof. Dr. Holger Brecht-Heitzmann
Prof. Dr. Michaela Schulze

SIEGEN

Universität

Prof. Dr. Heiko Ihmels

SPEYER

Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften

Prof. Dr. Gisela Färber

STADE

Prof. Dr. Benno Stinner

SANKT AUGUSTIN

Prof. Dr. Dieter Dowe

STRALSUND

Fachhochschule

Prof. Prof. Dr. Jürgen Dräger

STUTTGART

Hochschule für Technik

Prof. Dr. Elke Sohn

Universität

Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold
Dr. Christine Heinke
Prof. Dr. Rudolf Large

TRIER

Hochschule

Prof. Dr. Thomas Bonart
Prof. Dr. Michael Bottlinger

Universität

Prof. Dr. Laszlo Goerke
Prof. Prof. Dr. Uwe Jun
Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle
Prof. Dr. Till Zimmermann

TÜBINGEN

Universität

Prof. Dr. Thomas Diez
Prof. Dr. Jan Christian Fischer
Prof. Dr. Ewald Frie
Prof. Dr. Klaus Gestwa
Dr. Lars Schneider

TUTZING

Dr. Michael Mayer

ULM

Universität

Prof. Dr. Birgit Liss

VECHTA

Universität

Prof. Dr. Gertrud M. Backes
Prof. Dr. Karl-Heinz Breier
Prof. Dr. Hildegard Theobald

WALD-MICHELBACH

Bürgermeister Dr. Sascha Weber

WEINGARTEN

Hochschule Ravensburg-Weingarten

Prof. Marius Hofmeister

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger

WIESBADEN

EBS Hochschule für Recht und Wirtschaft

Prof. Dr. Markus Ogorek

Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Regina-Maria Dackweiler
Prof. Dr. Jiri Sobota

WISMAR

Hochschule

Prof. Dr. Andreas Bucker
Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

Ausland

WUPPERTAL

Bergische Universität
Prof. Dr. Ronald Schettkat
Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff
Prof. Dr. Roy Sommer
Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

WÜRZBURG

**Hochschule für angewandte
Wissenschaften**
Prof. Dr. Peter Bradl
Prof. Dr. Lutz Frühbrodt

Universität

Prof. Dr. Gisela
Müller-Brandeck-Bocquet

BELGIEN

Prof. Dr. Rudolf Mögele
Paul F. Nemitz

DÄNEMARK

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

FRANKREICH

Dr. Falk Bretschneider
Prof. Dr. Sonja Zmerli

GROSSBRITANNIEN

Prof. Dr. Holger Afflerbach
Prof. Dr. Andreas Gestrich
Dr. Christian Krekel
Prof. Dr. Benjamin Ziemann

ITALIEN

Prof. Dr. Philipp Genschel

NIEDERLANDE

Prof. Dr. Frank Biermann
Dr. Sebastian Krapohl
Prof. Dr. Kiran Klaus Patel
Prof. Dr. René Repasi
Prof. Dr. Wolfgang Wagner

ÖSTERREICH

Dr. Felix Butzlaff
Prof. Dr. Bernd Gössling
Reinhard Joachim Krumm
Prof. Dr. Felix Christian Pinkert

SCHWEIZ

Dr. Benjamin Müller
Dr. Sascha Patrick Quanz
Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler
Dr. Oliver Thränert
Dr. Karim El-Haschimi

USA

Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc
Dr. Michael Bröning

Anschriften

STAND: MAI 2022

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Bonn

Postadresse:

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883 0

presse@fes.de

Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28

10785 Berlin

Telefon 030 26935 6

ABTEILUNG STUDIENFÖRDERUNG

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883 7902

stipendien@fes.de

www.fes.de/studienfoerderung

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE / BIBLIOTHEK IM ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883 9046

archiv.bibliothek@fes.de

fernleihe@fes.de

www.fes.de/archiv-der-

sozialen-demokratie

MUSEUM KARL-MARX-HAUS

Brückenstraße 10

54290 Trier

Telefon 0651 97068 0

Karl-Marx-Haus@fes.de

www.fes.de/museum-karl-marx-haus

Regional- und Landesbüros

BADEN-WÜRTTEMBERG

Fritz-Erler-Forum

Baden-Württemberg

Werastraße 24

70182 Stuttgart

Telefon 0711 2483 943

info.stuttgart@fes.de

www.fes.de/fritz-erler-forum

BAYERN

Büro München

Herzog-Wilhelm-Straße 1

80331 München

Telefon 089 515552 40

bayernforum@fes.de

www.bayernforum.de

Büro Regensburg

Lilienthalstr. 8

93049 Regensburg

Telefon 0941 788 354 0

regensburg@fes.de

www.fes.de/regionalbuero-regensburg

BERLIN

Landesbüro Berlin

Kurfürstenstr. 84

10787 Berlin

Telefon 030 26935 7363

BRANDENBURG

Landesbüro Brandenburg

Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon 0331 29 25 55
potsdam@fes.de
www.fes.de/landesbuero-brandenburg

BREMEN, HAMBURG, SCHLESWIG-HOLSTEIN

Julius-Leber-Forum

Büro für die Bundesländer

Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein

Schauenburgerstr. 49
20095 Hamburg
Telefon 040 32 58 740
hamburg@fes.de
www.fes.de/julius-leber-forum

HESSEN

Landesbüro Hessen

Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 341415 0
landesbuero.hessen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-hessen

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Landesbüro

Mecklenburg-Vorpommern

Arsenalstraße 8 (Haus der Kultur)
19053 Schwerin
Telefon 0385 51 25 96
schwerin@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
mecklenburg-vorpommern

NIEDERSACHSEN

Landesbüro Niedersachsen

Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon 0511 357708 30
niedersachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-niedersachsen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Landesbüro NRW

Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883 7202
landesbuero-nrw@fes.de
www.fes.de/landesbuero-nrw

Landesbüro NRW (Büro Düsseldorf)

Schwanenmarkt 15
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 436375 63

RHEINLAND-PFALZ

Regionalbüro Mainz

Büro für Rheinland-Pfalz und das Saarland

Große Bleiche 18-20
55116 Mainz
Telefon 06131 96067 0
mainz@fes.de
www.fes.de/regionalbuero-
rheinland-pfalz-saarland

SACHSEN

Landesbüro Sachsen

Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 960 2160
sachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen

Außenstelle Dresden

Obergraben 17a
01097 Dresden
Telefon 0351 80468 03
sachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen

SACHSEN-ANHALT

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876 0
info.magdeburg@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
sachsen-anhalt

THÜRINGEN

Landesbüro Thüringen

Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 5980 20
info.erfurt@fes.de
www.fes.de/landesbuero-thueringen

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Hiroshimastraße 28
10785 Berlin

Stabsstelle Kommunikation
Adrienne Woltersdorf (Leitung, Textredaktion)
Karin Kutter, Jana Weber (Bildredaktion)
Peter Donaiski (Pressestelle)

Textredaktion und Korrektorat

Ulrike Schnellbach

Gestaltung

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
www.leitwerk.com

Druck und Verarbeitung

Brandt GmbH, Bonn

Papier

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier,
ausgezeichnet mit dem Blauen Engel

Printed in Germany 2021

ISSN (Print) 0940-0702
ISSN (Online) 2748-0518

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wählt ihre Druckdienstleister sorgfältig aus und berücksichtigt dabei sowohl Nachhaltigkeits- als auch Sozialstandards.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Bildnachweise

Agencia EFE/Méndez, José: S. 24
Blos, Yvonne: S. 20
Bollhorst, Mark: S. 17, 19, 21
Creative Soul Production: S. 49
Elias El Ghorchi: S.13
Gerngross & Glowinski: S. 18
picture alliance/ASSOCIATED PRESS | Kin Cheung: S. 23
picture alliance/ASSOCIATED PRESS | Michael Probst: S. 12
picture alliance/ASSOCIATED PRESS | Sgt. Samuel Ruiz: S. 25
Schäfer, Stefan: S. 14
Uppenkamp, Saskia: S. 22
Villanueva, Pau: S.11
Zensen, Reiner: S. 5, 15

Bildnachweis Collage »2021 in Bildern« (Seite 8/9)

Al Far, Mustafa
Alshamali, Abdallah
Bollhorst, Mark
Creative Soul Production
El Ghorchi, Elias
Shoukat, Ali
Soukup, Briyan
Uppenkamp, Saskia
Yondonrenchin, Batbold
Zensen, Reiner

Geschichte

WWW.FES.DE/DE/STIFTUNG/GESCHICHTE/

1925

↓ Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.

1925

↓ Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geist, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.

1933

↓ Verbot durch die Nationalsozialisten

1946

↓ Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung

1956

↓ Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung

1963

↓ Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit

1969

↓ Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn

1990

↓ Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas

1999

↓ Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin

2001

↓ Die OnlineAkademie der FES geht ins Netz, u. a. mit den Themen Globalisierung, Rechts-extremismus, Geschichte, Soziale Demokratie.

2008

↓ Erste E-Learning-Kurse zur Kommunalpolitik werden mit dem Label »kommcheckers« angeboten.

2019

↓ e-Bert, der erste KI-gesteuerte Chatbot der FES, tritt seinen Dienst in der politischen Bildung an. Spielerisch vermittelt er Kompetenzen in der kritischen Auseinandersetzung mit europafeindlichen Parolen oder Klimamythen.

2022

↓ Unter dem Motto FES 100 vollendet die Stiftung ihren mehrjährigen großangelegten Umstrukturierungsprozess, der sie zukunftsfähig aufstellt.

2025

↓ Die FES feiert 100. Geburtstag

